Island: Erfolgreich ohne Euro, S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 22 – 2. Juni 2012

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Waren sich ihrer Macht bei der Linken wohl zu sicher: Sahra Wagenknecht und Lebensgefährte Oskar Lafontaine Bild: dapd

Ist es endlich vorbei?

Die Selbstzerfleischung der Linkspartei – ein freudiges Ereignis für Deutschland

Personalgerangel und Flügelkämpfe sind nur Symptome: Die Linkspartei zerbricht an ihren inneren Lügen.

Man kann nicht auf Dauer in einer politischen Lüge leben. Irgendwann holt sie einen ein, und man zerbricht an ihr. Die Partei „Die Linke“ ist womöglich an diesem unausweichlichen Punkt angelangt.

Hinter dem monatelangen Postengeschacher an der roten Spitze verbarg sich mehr als nur ein Wust an persönlichen Eitelkeiten und strategischen Flügelkämpfen. Was hier aufbricht, sind 23 Jahre Heuchelei. Nie haben die „Linken“ mit ihrer trüben Vergangenheit als diktatorische DDR-Staatspartei glaubhaft gebrochen oder abgerechnet. Auch fanden sie nie zu einem positiven Verhältnis zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat. Alle Beteuerungen, „erneuert“ zu sein, wurden von trotzigen Bekenntnissen zu den „guten Seiten“ des SED-Staates bis hin zu Mauer und Stasi konterkariert.

Zudem verharrte „Die Linke“ in einem abgrundtiefen Misstrauen, ja regelrechter Feindschaft dem deutschen Volk gegenüber. Eine Haltung, wie sie einzigartig ist unter Europas radikalen Linken, die sich außerhalb Deutschlands stets als Anwälte nicht bloß einer „Klasse“, sondern auch ihrer Nation verstehen – auch wenn sie dafür ideologische Schlüsse ziehen, die jeder bürgerliche oder sozialdemokratische Patriot als zutiefst schädlich für sein Vaterland ablehnt.

> Die Distanz zum eigenen Volk ist einzigartig in Europa

Wie tief gestört das Verhältnis der „Linken“ zum eigenen Volk ist, zeigt nicht zuletzt die abstoßende, von Eiseskälte geprägte Haltung, welche sie deutschen Opfern von Krieg, Vertreibung, Bomben oder Zwangsarbeit entgegenbringt. Doch es verträgt sich schlecht, als „Anwalt des kleines Mannes“ aufzutreten, wenn man dem Schützling ob seiner Nationalität in Wahrheit mit größter Distanz begegnet.

Indes ist die Geringschätzung des eigenen Volkes beleibe kein Monopol der Linkspartei, sondern in weiten Teilen des politischen Spektrums verwurzelt. Von der deutschen Einheit war ein Großteil, wenn nicht gar die Mehrheit der politisch-medialen Tonangeber mehr entsetzt als entzückt. Hierin liegt der Grund, warum es die SED-Erben so leicht hatten, trotz ihrer dunklen Vergangenheit und der bei ihnen weitverbreiteten Unbelehrbarkeit als „normale Partei“ akzeptiert zu werden. Sie waren bei weitem nicht die einzigen, die es den Deutschen nicht verzeihen mochten, dass sie sich vom „Experiment DDR“ und der brutalen Teilung ihres Landes befreit hatten.

Somit ist die Selbstzerlegung der Linkspartei, oder zumindest ihre Schrumpfung zur Splitter- oder Regionalpartei, ein freudiges Ereignis für alle, denen an der Versöhnung der Deutschen mit sich selbst gelegen ist. Mit dieser Partei verschwände auch wieder ein Stück des Schattens, den die deutschen Dämonen des 20. Jahrhunderts noch immer über unser Volk legen. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Gerechtigkeit

Wir zahlen in Europa für alle, dann können wir auch für deutsche Zwangsarbeiter zahlen.“ Es sind starke Worte, mit denen sich Horst Seehofer zu zwei zentralen Anliegen der deutschen Vertriebenen bekannt hat. Recht hat er. Im Vergleich zu den Unsummen, mit denen zur „Euro-Rettung“ jongliert wird, nehmen sich die 200 Millionen Euro, die die Zwangsarbeiterentschädigung kosten würde, wahrlich bescheiden aus. Doch bei der Forderung nach einer Zwangsarbeiterentschädigung und einem Gedenktag für die deutschen Heimatvertriebenen geht es nicht um Aufrechnung, weder finanziell noch im übertragenen Wortsinn. Es geht schlicht um Gerechtigkeit. Während die NS-Zwangsarbeiter schon seit Jahren Wiedergutmachungszahlungen erhalten, gehen die deutschen Zwangsarbeiter noch immer leer aus. Auch gibt es viele staatliche Gedenktage, jedoch keinen für die deutschen Vertriebenen. Der Versuch, diese Ungerechtigkeiten mit Ursache und Wirkung, mit „deutscher Schuld“ zu erklären, geht fehl, denn kein Verbrechen kann ein anderes rechtfertigen. Die Vertriebenenverbände haben es sich zum Ziel gesetzt, in beiden Punkten Gerechtigkeit zu schaffen. In Horst Seehofer haben sie einen starken Fürsprecher gefunden.

Nun kommt es darauf an, dass Seehofer sich beim Koalitionsgipfel durchsetzen kann. Als Oppositionsparteien waren Union und FDP für die Zwangsarbeiterentschädigung und den Vertriebenen-Gedenktag. Damit haben sie hohe Erwartungen geweckt. Eigentlich können sie heute als Regierung schlecht dagegen sein. Sollten sie dennoch ablehnen, wären ihre früheren Zusagen als leere wahltaktische Versprechen entlarvt. Ihre Glaubwürdigkeit wäre dahin.

Politisches Feuer in Coburg?

Antifa könnte hinter Großbrand in der Altstadt stecken

Möglicherweise linke Chaoten haben am frühen Pfingstsonntag die historische Altstadt der nordfränkischen Stadt Coburg in ein Flammenmeer verwandelt. Bei dem Großbrand gab es 16 Verletzte, sechs Häuser wurden zerstört, acht weitere beschädigt. Das Feuer brach im Dachstuhl eines Nachbargebäudes der Traditionsgaststätte „Loreley“ aus, in der zu diesem Zeitpunkt rund 500 Teilnehmer des 144. Pfingsttreffens des Coburger Convents (CC) der studentischen Landsmannschaften und Turnerschaften versammelt waren. Zeugen hatten zuvor das Abbrennen eines „nicht genehmigten Feuerwerks“, so die Polizei, beobachtet. Gleichzeitig demonstrierten zahlreiche linke „Aktivisten“, die einem Aufruf der „Antifa Bamberg“ und des „Coburger Aktionsbündnisses gegen rechtsradikale Aktivitäten“ gefolgt waren, am Veranstaltungsort gegen den CC. Nur weil hier 50 Bereitschaftspolizisten wegen der Demonstration im Einsatz waren, konnten alle Bewohner des Altstadtquartiers in Sicherheit gebracht werden. Obwohl die Brandursache noch nicht feststeht, beeilte sich Coburgs Kripo-Chef sogleich zu versichern, dass die Feuerwerkskörper den Brand nicht ausgelöst hätten. Auch die lokalen Medien halten sich hinsichtlich eines möglichen Zusammenhangs zwischen den Demonstranten und dem Feuer auffallend bedeckt. Der Verdacht, dass die Demonstranten auch vor Straftaten nicht zurückschrecken, ist nicht unbegründet, wurde doch am nächsten Tag ein 81-jähriger, gehbehinderter Teilnehmer des CC niedergeschlagen und seine Studentenmütze geraubt.

> Nebenan tagten Verbindungsstudenten

Oberbürgermeister Norbert Kastner dankte den Verbindungsstudenten für eine Spende über 5000 Euro für die Brandopfer und das Einfühlungsvermögen, sowohl eine Feier auf dem Marktplatz als auch seinen Fackelzug abzusagen. *J.H.*

»Jetzt, nicht irgendwann«

Seehofer für Vertriebenen-Gedenktag und Zwangsarbeiterentschädigung

Der Bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende Horst Seehofer fordert einen nationalen Gedenktag für die deutschen Opfer von Flucht und Vertreibung. Außerdem will er Entschädigungszahlungen für deutsche Zwangsarbeiter durchsetzen. Auf dem 63. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg am vergangenen Wochenende kündigte er an, beide Themen schon beim nächsten Koalitionsgipfel am 4. Juni „mit bayerischem Nachdruck“ zur Sprache zu bringen. Seehofer verwies darauf, dass der Bundestag der Bundesregierung einen klaren Prüfauftrag gegeben habe und dass den Worten endlich Taten folgen müssten. „Einen solchen Gedenktag brauchen wir nicht irgendwann, sondern jetzt“, so Seehofer. Damit bekennt sich Seehofer zu zwei zentralen und seit Jahren immer wieder vorgebrachten Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen.

> Klarer Auftrag vom Bundestag

Nach Schätzungen des Bundes der Vertriebenen (BdV) leben noch etwa 40 000 Deutsche, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Polen, der Sowjetunion, Rumänien und der Tschechoslowakei in Lagern interniert waren und Zwangsarbeit leisten mussten. Gedacht ist an eine einmalige Entschädigung in Höhe von 5000 Euro pro Betroffenem, was etwa dem Betrag entspricht, der anderen Zwangsarbeitern gezahlt wurde. Die Gesamtkosten für die Entschädigung der deutschen Zwangsarbeiter würden sich somit auf 200 Millionen Euro belaufen.

Die BdV-Präsidentin und Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach (CDU) begrüßte Seehofers Ankündigung und gab sich zuversichtlich, dass es nun zu einer Lösung kommt. Sie sei entschlossen, so Steinbach, „in der Frage nicht nachzugeben“. *Jan Heitmann*

(siehe auch Leitartikel)

MELDUNGEN

Soldaten fühlen sich abgeschoben

Berlin – Da läuft gerade eine Reform, welche die Bundeswehr in ihrem Kern auf den Kopf stellt, und die Betroffenen fürchten, sie seien für die Politiker, vor allem für Kanzlerin Angela Merkel, nur Nebensache: „Ich habe nicht den Eindruck, dass diese Bundesregierung die Reform als Gesamtaufgabe betrachtet. Es sieht eher so aus, dass alles dem Verteidigungsminister zugeschoben wird“, klagte dieser Tage Bundeswehrverbands-Chef Ulrich Kirsch. Vor einigen Wochen hatte er bereits angemerkt, dass ohne zeitgerechten Personalabbau Überalterung und schlechte Berufsperspektiven für diejenigen, die diese Neuausrichtung schultern müssen, drohten, nämlich für jene Menschen, die in den Streitkräften bleiben sollen. In den nächsten drei Jahren soll die Bundeswehr von 220000 auf nur noch 185000 Soldaten verkleinert werden. *Bel*

Bergung erst 2036?

Wolfenbüttel – Mit Entsetzen reagierten die Anwohner des seit Jahren maroden Atommüll-Lagers Asse II auf einen Bericht, wonach erst 2029 entschieden werde, ob der Atommüll überhaupt aus dem Bergwerk herausgeholt werden soll. Entscheidet man sich dann für eine Bergung, würde 2036 damit begonnen werden können. Da pro Tag etwa 12000 Liter Wasser in die Anlage einströmen und ein Einsturz somit immer wahrscheinlicher wird, fragen sich viele, wieso nicht endlich mit der Bergung begonnen wird. Bis 1978 wurden rund 126000 Atommüllfässer in Asse II zur Lagerung verbracht. Die Anwohner fürchten nun, dass bei einem Einsturz des instabilen Lagers ihr Grundwasser auf Generationen hin verseucht werden könnte, und verstehen nicht, warum die Bundesregierung sie mit der Aussage vertröstet, sie müsse erst alle Fakten erheben, bevor sie handelt. *Bel*

Das rote Kuckucksei von Paris

EU-begeisterte SPD dürfte sich noch umschauen, wenn ihre französische Schwesterpartei Tacheles redet

Während die kunstvolle Zusammenstellung der neuen französischen Ministerriege nach Kriterien wie Migrationshintergrund oder Frauenquote in den Medien breit diskutiert wurde, ist eine Tatsache bisher kaum beachtet worden: Mehrere der neuen Minister haben in der Vergangenheit gegen die EU mobil gemacht und dies sogar erfolgreich.

17 Frauen, 17 Männer, jeder fünfte Minister aus einem französischen Überseegebiet: Aus dem Blickwinkel der politischen Korrektheit scheint das neue Kabinett unter Frankreichs Präsident François Hollande kaum zu beanstanden. Wären da nicht fünf Minister, die als ausgewiesene Kritiker der EU gelten. Das gilt vor allem für den neuen französischen Außenminister Laurent Fabius. Innerhalb der Parti Socialiste gilt der ehemalige Premierminister als politisches Schwergewicht, gleichzeitig hängt ihm seit einigen Jahren der Ruf eines EU-Kritikers an. Im Jahr 2005 hatte er dabei geholfen, die Franzosen gegen eine EU-Verfassung zu mobilisieren. Mit Erfolg: Mit fast 55 Prozent wurde der maßgeblich vom Ex-Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing beeinflusste Verfassungsentwurf von den Franzosen abgelehnt. Zusammen mit der Ablehnung durch die Niederländer war das das Ende des Projekts „EU-Verfassung“. Begründet hatte Fabius seinen damaligen Einsatz gegen die Verfassung damit, dass sie zu wirtschaftsliberal sei. Damit stellte er sich nicht nur gegen den damaligen Parteichef François Hollande, sondern er eckte auch als EU-Abgeordneter bei den Fraktionskollegen im EU-Parlament an. Der ihm bis heute anhaftende Ruf eines linken EU-Kritikers dürfte der Grund gewesen sein, warum er es für nötig gehalten hat, zum Amtsantritt ein Bekenntnis zur EU abzulegen. Der vorgebrachte Wunsch nach einem „anderen Europa“ folgte auf dem Fuße.

Die Berufung Fabius' durch Hollande ist noch aus einem anderen Grund erstaunlich. Der neue Außenminister galt lange Zeit als entschiedener Gegner von Hollande. Er hat ihn in der Vergangenheit nicht nur als „Walderdbeere“ tituliert, sondern auch gespottet, dass Hollande „im Traum nicht Präsident wird“. Nachdem sich Hollande bei den parteiinternen Vorwahlen durchgesetzt hatte, änderte Fabius schlagartig seine Strategie und unterstützte Hollande. Neben solcher „Flexibilität“ zeichnet Fabius noch eine andere Eigenschaft aus: die Fähigkeit, auch schwere politische Krisen zu überstehen. In seine Zeit als Premierminister unter seinem politischen Ziehvater François Mitterand als Präsidenten fällt der Skandal um die Sprengung des Greenpeace-Schiffes „Rainbow Warrior“ durch den französischen Geheimdienst DGSE. Ebenso wie diese Affäre hat er unbeschadet ein Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof überstanden, das wegen der Verwendung HIV-kontaminierter Blutprodukte in Frankreich gegen ihn geführt wurde.

Minister haben EU-Verfassung verhindert

Genauso erstaunlich wie die Ernennung von Laurent Fabius ist die Berufung eines anderen bekannten EU-Kritikers. Arnaud Montebourg wurde von Hollande zum „Minister für die Wiederbelebung der Produktion“ gemacht. Trotz des pompösen Titels wird Montebourg nichts anderem als dem althergebrachten Industrieministerium vorstehen. Beim Erhalt von Arbeitsplätzen setzt Montebourg ganz offen auf Protektionismus. Auch er hat im Jahr 2005 gegen die EU-Verfassung mobil gemacht. Montebourg, der in der Vergangenheit bereits Kanzlerin Merkel mit Bismarck gleichgesetzt hat, macht bis heute offen gegen Deutschland und die EU Front.

Nicht übersehen sollte man auch ein anderes Detail bei der Kabinettsbildung durch Hollande. Zum Premier hat er seinen Vertrauten Jean-Marc Ayrault ernannt. Der frühere Deutschlehrer gilt nicht nur als germanophil, sondern auch gut verdrahtet mit der deutschen SPD. Allerdings war Hollandes Wahl von Ayrault gleichzeitig eine Entscheidung gegen Martine Aubry. Sie ist die Tochter des ehemaligen EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors.

Als Erklärung für die Personalpolitik Hollandes sind zwei Möglichkeiten naheliegend. Zum einen bindet Hollande linke EU-Kritiker in der Parti Socialiste von vornherein in die Regierungsarbeit ein und sichert sich damit Einfluss auf sie. Vor allem mit Blick auf die Parlamentswahlen am 17. Juni dürfte er allerdings noch etwas anderes im Blick haben: die Möglichkeit, zur gegebenen Zeit selbst die Anti-EU-Karte auszuspielen. Dass er auch diese Tonart beherrscht, hatte er bereits im Präsidentschaftswahlkampf klar gemacht. „Die Franzosen sind nicht irgendein Volk, das sich von Beamten in Brüssel herumkommandieren lässt“, ließ er da verlauten. Mit solchem Auftrumpfen zielt Holland vor allem auf die Wähler der Front Nationale (FN). In einem Interview mit „Libération“ hatte Hollande erklärt, dass er diejenigen FN-Wähler erreichen will, die politisch eher links stehen und aus „sozialer Wut“ die FN wählen. Hollandes Konfrontationskurs mit Bundeskanzlerin Merkel dürfte ihm bei diesem Vorhaben zusätzlich Pluspunkte bringen. Allerdings könnte im Zuge dieser Strategie auch die EU-fixierte deutsche SPD noch einige Überraschungen mit ihrer französischen Schwesterpartei erleben. *Norman Hanert*



Starke EU-Gegner an seiner Seite: François Hollande (r.) kann auf Laurent Fabius (2.v.r.) und Arnaud Montebourg (l.) bauen, wenn er gegen Brüssel zu ziehen gedenkt Bild: pa

Die Schulden-Uhr: Mehrheit für Austritt

Eine absolute Mehrheit der Deutschen von 54 Prozent will, dass das überschuldete Griechenland aus der Euro-Gemeinschaft ausscheidet. Das ergab eine Forsa-Umfrage im Auftrag des „Stern“, bei der auch nach der Parteipräferenz gefragt wurde. Dass der Anteil der Parteianhänger, die ein Verbleiben Griechenlands in der Gemeinschaft befürworten, von den im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien bei den antinationalen bis antideutschen Grünen mit 47 Prozent am größten und bei der gegen staatliche Umverteilung argumentierenden FDP mit 32 Prozent am kleinsten ist, erstaunt dabei weniger als dass der Anteil der Austrittsbefürworter ausgerechnet bei der SPD mit 56 Prozent am größten ist. *M.R.*

2.038.297.090.476 €

Vorwoche: 2.037.505.342.505 €
Verschuldung pro Kopf: 24.918 €
Vorwoche: 24.908 €

(Dienstag, 29. Mai 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Georgien will in die Nato

Präsident Michail Saakaschwili verteidigt seinen West-Kurs

Georgien wird bis 2014 Vollmitglied in der Nato sein. Das stellte zumindest Georgiens Staatschef Michail Saakaschwili nach dem letzten Nato-Gipfel in Chicago Mitte Mai so dar. Deshalb sei es auch äußerst wichtig, im Oktober, wenn in Georgien Parlamentswahlen stattfinden, faire und demokratische Wahlen durchzuführen. Zurzeit hat Saakaschwili mit Massenprotesten der Opposition zu kämpfen. Am vergangenen Wochenende versammelten sich 40000 bis 80000 Gegner seiner Politik in Tiflis, vorwiegend Anhänger des Oppositionspolitikers und Oligarchen Bidsina Iwanischwili und seiner Partei „Georgischer Traum“. Sie werfen Saakaschwili Unterdrückung der Opposition und einen autoritären Regierungsstil vor. Um Iwanischwili zu bekämpfen, hatte Saakaschwili dem Politiker und seiner Ehefrau die Staatsbürgerschaft entzogen. Saakaschwili begründet sein scharfes Vorgehen gegen den politischen Gegner damit, dass dieser von Moskau gelenkt und finanziert werde, um die von ihm durchgeführten Reformen und den Demokratieprozess rückgängig zu machen. Die Opposition bezeichnet seine Handlungen, wie die Verlegung der Regierung von Tiflis nach Kutaisi, der zweitgrößten Stadt Georgiens, als unsinnig.

Im kommenden Januar wird Saakaschwilis Präsidentschaft nach zwei Amtszeiten enden. Die Parlamentswahl im Oktober wird also unumgänglich über die Zukunft des Landes entscheiden und darüber, wie eine neue Regierung in Georgien die geopolitische Lage im Kaukasus verändern wird. Bis zum nächsten Nato-Gipfel, der voraussichtlich 2014 stattfinden wird, bleibt wenig Zeit, die Situation um die abtrünnigen georgischen Teilrepubliken Südossetien und Abchasien zu klären. Zwar hat die Nato Russland aufgefordert, die Anerkennung der Unabhängigkeit der beiden Republiken zurückzunehmen, doch die Präsenz von russischem Militär in der Region sorgt immer wieder für Konflikte mit georgischen Grenztruppen.

Beteiligung am Raketenschutzschild wird angestrebt

Ob Saakaschwilis Wunsch nach einer baldigen Nato-Vollmitgliedschaft in Erfüllung gehen wird, ist noch nicht klar. Bislang haben die Nato-Staaten jedenfalls noch stets eine offene Konfrontation mit Russland vermieden.

Zentraler Punkt des diesjährigen Nato-Gipfels war zunächst das internationale Engagement in Afghanistan. Es ging um die Übergabe der kompletten Sicherheitsverantwortung bis Ende 2014 und die Rolle der Nato nach 2014. Im Anschluss fanden Gespräche mit Vertretern Mazedoniens, Montenegros, Bosnien-Herzegowinas und Georgiens statt. Das sind die Staaten, die sich in unterschiedlichen Phasen des Beitrittsprozesses zur Nato befinden.

Das georgische Kontingent bei der ISAF-Truppe beträgt zurzeit etwa 1000 Soldaten. Georgien erhält militärische und technische Unterstützung aus Nato-Ländern, vorwiegend aus den USA.

Eine Beteiligung am geplanten US-Raketenschutzschild würde Georgien begrüßen. Einerseits würde durch die Stationierung von einem Radarsystem, das in der Türkei installiert werden sollte, Georgien als Nato-Partner aufgewertet, andererseits würde seine Position gegenüber Russland gestärkt. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Hoffen auf Einheit

Evangelische Nordkirche gegründet

Mit einem Festakt im holsteinischen Ratzeburg wurde am Pfingstsonntag die neue lutherische Nordkirche aus der Taufe gehoben. Fünf Jahre dauerten die Fusionsverhandlungen, bis aus den Nordelbischen, Mecklenburgischen und Pommerschen Landeskirchen die „Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland“ entstand.

4200 Gäste verfolgten den Gottesdienst im Ratzeburger Dom mit, darunter auch Bundespräsident Joachim Gauck, der selbst einmal Pfarrer der Mecklenburgischen Landeskirche in Rostock gewesen war. Er erinnerte an die zahlreichen Repressionen des DDR-Regimes gegen die Kirchen und das nun abgelegte „bleierne Kleid der Unfreiheit“. Dennoch brauche man noch viel Geduld, bis die Mentalitätsunterschiede zwischen Ost und West überwunden seien.

Bischofssitz geht nach Schwerin

Diese Unterschiede waren beim mühsamen Fusionsprozess oft spürbar. Die östlichen Partnerkirchen, die nur 300000 der insgesamt 2,3 Millionen Kirchenmitglieder der Nordkirche stellen, fürchteten eine Überfremdung. Dennoch blieb der Zusammenschluss scheinbar alternativlos, weil „nüchterne Erwägungen über Kosten und Nutzen“, so die Landesbischöfe, zwingend waren. Auch der Mitgliederschwund aller drei Landeskirchen machte den Zusammenschluss unumgänglich. Allein die Nordelbische Landeskirche verlor in den letzten 30 Jahren über eine Million und damit ein Drittel ihrer Mitglieder.

Zäher Streit herrschte bei den Fusionsverhandlungen über den zukünftigen Sitz des Landesbischofs, der nun nicht nach Hamburg, sondern nach Schwerin gehen wird. Damit wird die Landeshauptstadt in Mecklenburg zum Mittelpunkt von 1045 Gemeinden, die von Rügen bis nach Sylt reichen. Nun hoffen die Verantwortlichen auf den „Geist Gottes, der uns stark macht, eins zu werden“, wie die Landesbischöfe verlautbarten. Als „Jahrhundertwerk“ und „Herkulesaufgabe“ bezeichnete der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider die Fusion und verwies ebenfalls auf die verschiedenen Traditionen und Mentalitäten in Ost und West. *H.E.B.*

Derzeit geht aber auch alles schief

Von THEO MAASS

Pleiten, Pech und Pannen. Berlin kann in diesen Tagen mit wenig – genau genommen gar keinen – Erfolgen aufwarten. Dem Chaos mit der geplatzten Flughafeneröffnung folgte dieser Tage der Abstieg des Fußballvereins Hertha BSC aus der 1. Bundesliga.

In ganz Europa ein einmaliger Vorgang, denn in jeder anderen europäischen Hauptstadt gibt es (mindestens) einen Fußballklub in der jeweils höchsten Spielklasse. Notorische Fußballhasser werden einwenden: „Na und?" Aber so einfach ist das nicht, denn Fußball ist nicht nur eine Massenveranstaltung, sondern auch ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor. Da werden enorme Geldsummen bewegt. Fernsehen und Werbung, Gastronomie, Reiseunternehmen, das Hotelgewerbe und viele andere mehr profitieren davon.

Dabei ist der Abstieg als solcher nicht das Hauptproblem des Hauptstadtklubs Hertha BSC. Auch in der Zeit, als der als Fußballskandalnudel verschriene Verein bessere Zeiten sah, war auf internationalem Parkett wenig los. Während Dortmund, Gladbach, der HSV und die bei manchen Fußballfreunden durchaus kritisch gesehenen Bayern aus München in internationalen Wettbewerben wenigstens in die Endrunden vordrangen, flog der deutsche Hauptstadtklub meist schon in der ersten Runde raus.

In Großbritannien verfügt London über eine ganze Reihe von international erfolgreichen Vereinen. Denkt man an den spanischen Fußball, fallen sogleich die Namen Atletico und Real Madrid. Die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen.

Offenbar zieht sich das schlechte Management wie ein roter Faden durch die Nachkriegsgeschichte der Hertha, denn der letzte Gewinn der deutschen Meisterschaft datiert auf die Jahre 1930 und 1931. In der Stadt gibt es nur noch wenige, die sich aus eigenem Erleben daran erinnern können.

Möglicherweise ist der Abstieg von Hertha der erste Schritt zu einer spektakulären Wachablösung an der Spree. Der aus dem Ostteil stammende 1. FC Union könnte bald der erste Klub am Platze werden. Dort hält man auf Kontinuität und setzt im hohen Maße auf die eigene Jugend. Das Stadion und die Fans könnten durchaus auch einen internationalen Vergleich aushalten. Es gibt hier eine Aura, die an die beiden schottischen Kultklubs Celtic und Rangers Glasgow denken lässt. Es wird sich zeigen, ob aus den „Schlosserjungs aus Köpenick" in der kommenden Saison die „Breavehearts" der deutschen Hauptstadt werden. Bis dahin trösten sich die Hauptstädter, dass hier immerhin noch die Türen klappen – man ist bescheiden geworden.

Gemeinsam gegen den Schwund

Brandenburg: Kreis Havelland stemmt sich gegen den Bevölkerungsrückgang



Idyllisch, aber einsam: Feldweg bei Semlin im Havelland in Brandenburg, etwa 80 Kilometer westlich von Berlin. Immer mehr der kleinen Dörfer werden nicht mehr regelmäßig vom Linienbus angefahren, da es nicht rentabel ist. Ein sogenannter Rufbus soll nun in einer Testregion Abhilfe schaffen.

Bild: pa

Brandenburgs Landkreis Havelland ruft als bisher einmaliges Projekt in den neuen Ländern eine Sonderrücklage ins Leben, um den Bevölkerungsschwund abzufedern. In den Demografie-Topf zahlen der Kreis, Städte, Ämter und eine privatwirtschaftliche Klinik ein. Die Mittel dienen der Vorsorge: Das Geld fließt in Projekte zur Hebung der Attraktivität der Region, besonders für junge Menschen.

Was die CDU auf Bundesebene als Demografie-Rücklage diskutiert, ist in Brandenburg in anderer Form lokal bereits Realität. 2010 startete das Demografie-Projekt im Havelland. Die erst Ende April verabschiedete Demografie-Strategie der Bundesregierung „Jedes Alter zählt" scheint indes eine Bestandsaufnahme und weist wenig Konkretes auf. Die Pläne der Bundespolitiker sehen eine Rücklage für die Sozialkassen vor, in die alle über 25-Jährigen einzahlen sollen. Entsprechend sah sich Regierungssprecher Steffen Seibert genötigt, klarzustellen, die Bundesregierung plane „keine irgendwie geartete neue Steuer".

Die Idee der Havelländer hat bereits konkrete Formen. In Zusammenarbeit mit privaten Trägern, aber ohne zusätzliche Abgaben für die Bürger suchen Lokalpolitik und Wirtschaft neue Wege. Das Problem des Bevölkerungsrückgangs vorrangig über öffentliche Einnahmen zu lösen, verlockt indes auch in Brandenburg die Lokalpolitik. Aktuell erwägen Gemeinden neue Steuern, so auf Pferde, um sich zahlungsfähig zu halten.

Weil die Idee, über das Kommunalabgabengesetz Geld einzutreiben, die Wirtschaft lähmt, geht die öffentliche Hand im Havelland aber einen anderen Weg: Die Städte Rathenow und Falkensee, die Ämter Nennhausen, Friesack und Rhinow sowie die Havelland-Kliniken arbeiten zusammen, geben bis 2013 gut eine Million Euro in einen Fonds zur Finanzierung von Projekten. Weitere 180 000 Euro Fördermittel der Robert-Bosch-Stiftung stocken den Topf weiter auf.

Ein Lenkungsausschuss aller Beteiligten zieht regelmäßig Bilanz. Dort entscheidet sich in öffentlich-privater Partnerschaft, wohin Geld fließt und damit, was Vorrang hat. Die Fachhochschule Potsdam begleitet das Projekt, und das Kompetenzzentrum Havelland steuert als „Agentur für bürgerschaftliches Engagement" Ideen bei. Vier Modellregionen profitieren derzeit. Für förderungswürdig erachten die Havelländer dabei Mobilität, Gesundheit und Wohnen. Allerdings fällt auf, dass vor allem Projekte gefördert werden, die statt der jungen Zielgruppe eher der alten Generation entgegenkommen.

> Vor allem für junge Menschen attraktiver werden

Was Gesundheit angeht, förderte der Topf den „Outdoor Bewegungspark" mit Sportgeräten im Freien als eine Art moderner Trimm-dich-Pfad im städtischen Rathenow. Dieser soll besonders ältere Bürger ansprechen. Mobile Bürgerdienste in Nauen setzen Verwaltungsleistungen auf einen Tourenplan: Bürger können Hausbesuche buchen. Und die Mieterinsel in Nennhausen und Rhinow schafft Zugang zu Büchern, Computern und Mieterberatung.

Auch der sogenannte Rufbus in Nauen steht im Förderkatalog. Diese Idee soll das öffentliche Verkehrssystem bedarfsgerecht aufrechterhalten. Auf 260 Quadratkilometern leben in Nauen gut 16 500 Einwohner in 14 Ortsteilen. Einige davon sind für jede Art Linienverkehr unrentabel, da zu klein. Der Kreis und ein privates Busunternehmen entwickelten daher einen Fahrplan, der aber nur gilt, wenn sich Fahrgäste finden und spätestens eine Stunde vorher telefonisch anmelden. Die Haltestellen tragen bereits ein eigenes R-Schild.

Zwar gibt es eine Art Kurier-, Post- und Linienbus auch bereits in der Ukkermark, die gebündelte Steuerung von Schritten gegen die Verödung im Havelland weist über den Einzelcharakter aber hinaus. Das sonstige Nebeneinander kennzeichnet auch die landesweit im „Demografie-Forum Brandenburg" gelobten lokalen Projekte.

Das Ziel „gleichwertiger Lebensverhältnisse" in Deutschland, das der Bund mit „Jedes Alter zählt" auch künftig aufrechterhalten will, hängt aber nicht allein von Einzelbereichen wie öffentlicher Mobilität ab. Auch strauchelte jüngst Brandenburgs Landespolitik bei Maßnahmen gegen die Entvölkerung. Sie setzte zu sehr auf Solartechnik und drängte der Branche Finanzspritzen auf. Doch die rot-rote Landesregierung beschreibt immerhin korrekt das beträchtliche Ausmaß des demografischen Wandels. So kam heraus, dass der Schwund alles andere als gleichmäßig erfolgt: „Die eine Hälfte der Bevölkerung konzentriert sich auf 15 Prozent, die andere Hälfte verteilt sich auf 85 Prozent der Landesfläche", so das offizielle Szenario für 2030.

Potsdam ist froh über die Eigeninitiative der Havelländer. Das sei ein „bislang einmaliges Strategiepaket eines Landkreises", lobte Staatskanzleichef Albrecht Gerber (SPD). Kurse und Freizeit- wie Behördenangebote können indes bestenfalls „Mosaiksteinchen im Umgang mit dem demografischen Wandel" sein, so Nennhausens Amtsdirektorin Angelika Thielicke. Noch bevölkern 4767 Einwohner das Amt Nennhausen. Für 2030 rechnen Prognosen mit 3912.

Auch die mobile Gesundheitsberatung im Havelländischen Förderkorb täuscht nicht darüber hinweg, dass der große Wurf für eine Belebung des ländlichen Raums fehlt. Aus DDR-Zeiten fortbestehende Großbetriebe in der Landwirtschaft engen zudem im Agrarbereich Spielräume für neue Arbeitsplätze und damit gesteigerte Attraktivität ein.

Sverre Gutschmidt

Henkels leere Drohung

Berlins CDU-Innensenator stellt sich bei Salafisten-Verfolgung quer

Nicht nur im Ruhrgebiet haben Moslems Polizisten und Demonstranten angegriffen, auch in Berlin kam es unlängst auf dem Potsdamer Platz zu Übergriffen von Salafisten, die dort den Koran an Passanten verschenken wollten. Mitglieder der Partei „Pro Deutschland" sowie des islamkritischen Vereins „Pax Europa" hatten in der Nähe Plakate mit Mohammed-Karikaturen des dänischen Künstlers Kurt Westergaard gezeigt, die erstmalig am 30. September 2005 in der Zeitung „Jyllands Posten" abgedruckt worden waren.

Teilweise vermummte Moslems griffen daraufhin die Polizei an und versuchten die Gegendemonstranten zu attackieren. Drei Beamte wurden verletzt. Innensenator Frank Henkel (CDU) sprach von einer „militanten Protestkultur", welche die Sicherheitsbehörden „sehr genau beobachten" würden, sowie von einer „neuen, anlassbezogenen Straßengewalt". Indes: Konkrete Maßnahmen wurden bislang nicht ergriffen. Linke Zeitungen machen sich daher über den „weichgespülten" Henkel lustig.

In CDU-nahen Kreisen wächst die Enttäuschung über den eigenen Mann. Die Opposition und SPD-Kreise versuchen derweil, Verständnis für die Salafisten zu wecken. So warnt Hakan Tas (Linke) vor „Stimmungsmache" und SPD-Innenexperte Tom Schreiber fordert, man dürfe Pro Deutschland „nicht auf den Leim gehen". Berlins Verfassungsschutzchefin Claudia Schmid erklärt, das Zeigen von Mohammed-Karikaturen sei eine „ultimative Provokation".

> Bosbach: »Mit der Demokratie unvereinbar«

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) fordert dagegen, die Meinungsfreiheit vor Islamisten einzuschränken (ähnlich wie dies nach dem Strafgesetzbuch für Holocaustbestreiter gilt). Der Innenexperte der Bundes-CDU, Wolfgang Bosbach, assistiert: „Salafisten wollen die freiheitliche Grundordnung durch einen Gottesstaat ersetzen. Salafismus und Demokratie sind daher schlechthin unvereinbar." So wären Verbote von Versammlungen möglich. Auch die CSU fordert Reaktionen. Deren Innenexperte Stephan Mayer (CSU): „Die Gefahr durch Islamisten wird immer konkreter. Der Rechtsstaat muss mit aller Härte vorgehen. Wer bei uns mit Gewalt gegen die Gesellschaftsordnung droht, hat keinen Platz in Deutschland." Aus Berlin scheint es dafür keine Unterstützung zu geben. Henkel: „Wir können nicht die Freiheit verteidigen, indem wir selbst wichtige Grundwerte preisgeben."

H.L.

Aufklärer entlarvt

Linke: Stasi-Veteran als Stasi-Aufarbeiter

Mit Thomas Falkner sitzt ein Stasi-Zuträger ausgerechnet in Brandenburgs Enquetekommission zur DDR-Aufarbeitung. Der Vordenker der Landes-Linkspartei ist als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) überführt. Er gestand eine Zusammenarbeit.

Das RBB-Politmagazin „Klartext" wirft dem einstigen DDR-Rundfunkmitarbeiter vor, als IM gearbeitet zu haben. Seit 1994 mit Unterbrechungen ist er Referent der Brandenburger Linksfraktion, also kein Hinterbänkler. Er war Referent der Fraktionschefin im Landtag, Kerstin Kaiser, und saß mit ihr in der SED-Enquetekommission des Landtags, deren Aufgabe die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit ist – anfangs gegen große Widerstände aus der rot-roten Koalition. Falkner ist zudem Mitautor des aktuellen Leitbilds der Landespartei und war enger Mitarbeiter des früheren Linke-Bundesvorsitzenden Lothar Bisky.

Laut RBB belegen Stasi-Unterlagen, dass der 55-Jährige bis 1989 als „IM Poet" für die Abteilung XV (Aufklärung) und XX (Kirchen, Untergrund) tätig war. Falkner gesteht, von 1980 bis 1986 Kontakt zu Stasi-Mitarbeitern gehabt zu haben, was ihm als „Anwerbe- und Ausbildungsvorgang" dargestellt worden sei. Er will dies von sich aus beendet haben. IM sei er nie gewesen.

> Falkner hatte hohe Positionen inne

Die Linkspartei hält an Falkner fest. Der Parlamentarische Geschäftsführer Christian Görke sagte, Falkner habe immer zu seiner Vergangenheit und „gebrochenen Biografie" gestanden. Von der Enquetekommission 2011 zu dieser Vergangenheit befragt, sagte Falkner nichts über eine aktive Stasi-Tätigkeit.

SV

Wer wird Polizeichef?

Seit einem Jahr ist der Posten des Berliner Polizeipräsidenten unbesetzt. Das liegt daran, dass der zunächst gehandelte Nachfolger des schwachen und bei der Polizei unbeliebten Dieter Glietsch, Udo Hansen, ein Opfer der neu gebildeten rot-schwarzen Koalition wurde. Hansen gilt als „harter Hund", hat aber das „falsche" (SPD-)Parteibuch. Der neue Innensenator Frank Henkel von der CDU wollte ihn nicht, nachdem das Verwaltungsgericht das bisherige Auswahlverfahren beanstandet hatte. Stattdessen gibt es nun offiziell drei Bewerber. Zum einen ist da die als linksliberal geltende Margarete Koppers, derzeit Berlins Polizeivizepräsidentin. Die Juristin wird vor allem von der linken Berliner Presse hofiert. Klaus Keese, Leiter der Direktion 1, der sich bereits zuvor beworben hatte, gilt als CDU-nah. Henkel favorisiert indessen offenbar Klaus Kandt. Das 51-jährige CDU-Mitglied ist derzeit Chef von rund 4600 Bundespolizisten in der Hauptstadt.

T.M.

Zeitzeugen



James Anaya – Der Professor der Universitäten von Arizona und Neu Mexiko wurde 2008 von den Vereinten Nationen zum Beobachter für die Situation indigener Völker ernannt. Er setzte sich unter anderem für die gerichtliche Feststellung der Landrechte von Mayas in Mittelamerika und der Awas Tingni in Nicaragua ein. Jüngst untersuchte er die Situation nordamerikanischer Indianer und ihrer Reservate.

Gilbert Walking Bull – Der 2007 verstorbene Urenkel des legendären Indianerhäuptlings Sitting Bull (1831–1890) gründete 2000 das „Tatanka Mani Camp“ mit seiner Frau Diane Marie. Er gilt als einer der am meisten authentischen Verfechter der spirituellen Lehren der Sioux. Das Camp dient vor allem der Erhaltung der Lakota-Kultur (Sioux).



Deborah Cheetham – Sie ist eine Aborigine und eine gefeierte Sopranistin in Australien. 2003 beim Rugby World Cup durfte sie als erste Ureinwohnerin die australische Nationalhymne singen. Gleich nach ihrer Geburt wurde sie ihrer Mutter weggenommen und in eine weiße Familie integriert – ein Schicksal, das sie mit vielen der „Stolen Generation“ teilt, denen beispielsweise noch um 1970 für ihre Fronarbeit keine Löhne gezahlt wurden. Die sogenannte Reconsilation, der Versöhnungsprozess, kommt nur schleppend in Gang.

Leopold Sédar Senghor – Der senegalesische Dichter und Politiker (1906–2001) war der erste Afrikaner, der Mitglied der Académie fran-çaise wurde. Als Präsident seines Landes hielt er die Eröffnungsrede zur Einführung der Afrikanischen Charta für Menschenrechte und Rechte der Völker. Kritiker warfen ihm vor, sich mit seinem Bemühen um Konsens zu sehr am Westen zu orientieren.



Cynthia Maung – Die promovierte Ärztin („Mutter Teresa Birmas“) gehört der verfolgten Minderheit der Karen an. 2003 wurde sie vom „Time Magazin Asia“ als Heldin des Jahres gefeiert. Nach den Unruhen von 1988 floh sie nach Thailand, wo sie ein Hospital betreibt, das sich um flüchtige Stammesmitglieder kümmert. Mehrfach hatte die einstige Militärjunta von Birma versucht, die Karen auszurotten. Erst jetzt kam es zu einer ersten Versöhnung.

Der Raub geht weiter

Indianer in den USA endeten in Reservaten, anderen Urvölkern droht jetzt die Vertreibung

Ihre Bezeichnung lautet „Vierte Welt“. Geschätzte 450 Millionen Menschen, Angehörige von etwa 5000 indigenen Völkern, gehören zu den unterdrückten Minderheiten auf dem Globus. Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch die Industrienationen verdrängen sie aus angestammten Gebieten und vernichten ihren Lebensraum. Nur mühsam gelingt es den Vereinten Nationen, die Rechte der Urvölker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken.

Erst Anfang Mai forderte die Uno die USA auf, den Indianern Nordamerikas endlich ihre heiligen Stätten zurückzugeben. Die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) erkennt zwar die Landrechte indigener Völker an, eine entsprechende Uno-Resolution folgte, doch bislang haben nur 22 von 194 Staaten diese unterzeichnet. Vor allem diese vier Länder stemmen sich gegen ILO 169: Australien, Kanada, Neuseeland und die USA.

Viele andere Regierungen treten weiterhin die Rechte ihrer Minderheiten mit Füßen, lediglich die kleinen Philippinen haben per Gesetz ein Mitspracherecht indigener Stämme bei industriellen und ökonomischen Eingriffen in deren Lebensraum verankert. Zum Ende des 21. Jahrhunderts, so prognostizieren Linguistik-Forscher, sollen zwischen 50 und 70 Prozent ihrer seltenen Sprachen verschwunden sein.

Wie die australischen Aborigines den Ayers Rock, einen gigantischen Felsrücken in der zentralaustralischen Wüste und ein bevorzugtes Touristenziel, als Sitz ihrer Anderwelt verehren, so sind in den USA beispielsweise die Black Hills in South Dakota oder die San Francisco Peaks heilige Stätten der Indianer. Ihre Rückgabe sei für die sozioökonomische Entwicklung, Selbstbestimmung und die kulturelle Integrität wichtig, betonte jetzt James Anaya, Uno-Sonderberichterstatter für die Rechte von indigenen Völkern, nach einer Reise durch sechs Staaten der USA. Er berichtete von den tiefgehenden Folgen seit dem Eindringen des weißen Mannes in das Land der „Rothäute“ bis zum heutigen Tag. Oft ist der gesamte Lebensraum durch Bergbau, Waldrodung und Staudammprojekte in Gefahr oder bereits verloren. Manchmal spielen, wie im Sudan oder in Westneuguinea, für den schleichenden Genozid zudem rassistische und religiöse Vorurteile eine Rolle.

Uno fordert Rückgabe von heiligen Stätten

Da viele dieser kleinen Völker in ressourcenreichen Gebieten der Erde leben, sind Konflikte um die Landnutzung programmiert. Denn ein Großteil der Uran-, Erdöl-, Gold- und Kohleförderung, der Diamantminen und Holzeinschlagflächen sowie der Anbaugebiete zur Bio-Treibstoffgewinnung (mit Vergiftung des Trinkwassers durch Dünger und Pestizide) findet in ihren Lebensräumen statt. Sie werden zudem von Atomtests bedroht, müssen großen Staudammprojekten wie beispielsweise in China oder Brasilien weichen und leiden unter den Folgen von Atommüllendlagern. Allein der seit 1989 tobende Bürgerkrieg um eine Kupfermine des Bergbauriesen Rio Tinto auf der zu Papua-Neuguinea gehörenden Insel Bougainville forderte 10 000 Todesopfer.

Die Kampfbereitschaft indigener Minderheiten und Ureinwohner hat jedoch in den letzten Jahren immer mehr zugenommen. Sie wehren sich zum Teil mit Guerilla-Bewegungen oder aber mit spektakulären Auftritten bei der Uno und internationalen Konferenzen gegen das Diktat von Regierungen, ökonomische Interessen sowie gegen die Folgen der Globalisierung. In Lateinamerika hat das Ringen der Indios um soziale und ökonomische Gleichberechtigung mit Vehemenz begonnen. Einen ersten Kongress arktischer Völker gab es bereits 1971 in Kopenhagen. Auch westliche Umweltschützer formieren sich. So verabschiedeten 250 Verbände in Europa 2008 eine Erklärung, wonach der großflächige Palmölanbau keineswegs, wie durch den World Wildlife Fond geschehen, als nachhaltig bezeichnet werden kann. *Joachim Feyerabend*



San Francisco Peaks: Für die Navajos und die Hopis sind die Berge seit Urzeiten heilig. Bild: laif



Der Neuzeit ausgeliefert

Ein Kapitel für sich sind die sogenannten unkontaktierten Indigenen, die nur geringfügigen Kontakt mit anderen Menschen in der Mehrheitsgesellschaft eines bestimmten Landes haben wie beispielsweise die Awá-Indianer oder Matis im brasilianischen Regenwald. Sowohl dieser Teil Amazoniens als auch alle anderen Anrainerstaaten sind geprägt von Gewalt und Bedrohungen durch Goldsucher, Holzfäller, Erdölfirmen und Neusiedler, die sogenannten „Isolados“ oder „lost tribes“ schweben täglich in Gefahr. Daran ändert auch der am 9. August stattfindende Tag der Indigenen Völker als Alibiveranstaltung wenig.

Die Regierung von Ecuador beispielsweise versteigert derzeit Lizenzen für die Ölförderung. Etwa 80 Prozent der ausgewiesenen Areale gelten als anerkannte indigene Gebiete, in denen sieben Völker leben. Offiziell haben die beiden Präsidenten Evo Morales (Bolivien) und Ollanta Humala (Peru) die Probleme der indigenen Völker zu ihrer Sache gemacht, um sie vor künftigen und rücksichtslosen Großprojekten zu schützen.

Kaum ein Urvolk ist noch ungestört

Weitere Ethnien ohne Kontakt zur Zivilisation gibt es auf den indischen Andamanen- und Nicobaren-Inseln wie die Jarawa und Sentinelesen, die Dani in West-Papua oder ein Stamm in der philippinischen Inselprovinz Palawan.

Ein besonderes Kapitel trägt die Überschrift „50 Jahre Völkermord“ und spielt im Südsudan. Rund 2,5 Millionen Menschen der nubischen Stämme Dinka, Nuer, Schilluk, Bari und Zande fielen dem vom muslimischen Norden und seinem Präsidenten Umar al-Bashir betriebenen Genozid zum Opfer. Er sieht sie als rassisch minderwertig an und weiß zudem um die Ölreserven der Region, die ihm vor der Abspaltung reichlich Geld in die Kassen spülten. *J.F.*

Ausbeutung hat Tradition

Das grausame Schicksal ethnischer Minderheiten im Strudel

Das große Elend begann mit dem Zeitalter der Entdekker. Spanische Konquistadoren, britische, französische und holländische Eroberer sowie portugiesische Seefahrer fielen über die ressourcenreichen Länder der neu entdeckten Kontinente her. Der Goldrausch zwang das Reich der Azteken in die Knie und das Volk der Inka dazu, sich in geheimen Bergfestungen wie Machu Picchu zu verstecken. Kriege um Rohstoffe waren an der Tagesordnung. Dann folgten die Ära der Kolonisation und mit ihr die totale Ausbeutung der besetzten Kontinente, von Belgiens Verbrechen im Kongo bis hin zur Apartheid in Südafrika.

Schon im Altertum gab es die Jagd auf Beute in fremden Territorien, wie die Suche nach dem Goldenen Vließ bei den alten Griechen belegt. Das Edelmetall Gold wurde zur Triebfeder und zum Symbol menschlichen Strebens. Die Geschichte der Vereinigten Staaten schließlich ist beredtes Beispiel für die Enteignung eines ganzen Kontinents und seiner Ureinwohner. Die fast völlige Ausrottung gigantischer Bisonherden durch Männer wie Buffalo Bill zeugt von der Gier des weißen Mannes zulasten der angestammten Einwohner. Alkoholismus und nie gekannte Krankheiten waren die Folgen ihres Abdrängens in Reservate.

Gold und Silber, Diamanten, Kautschuk, Kupfer, seltene Hölzer versprachen den ultimativen Profit. Unermüdlich drangen Pflanzer und Goldgräber in Urwald- und Berggebiete vor und vertrieben oder versklavten deren Ureinwohner. Die spanische Goldgaleone wurde auf den Ozeanen dieser Welt zum Sinnbild der Ausbeutung. Und die Religion spielte mit ihrem Missionierungsdrang kräftig mit.

Willkürliche Grenzen verursachen Kriege

Durch die Aufteilung der Welt wurden schließlich sogar die Konflikte von heute angestoßen. Willkürliche Staatsgrenzen der Kolonialmächte zerschnitten die Kontinente. Und bis jetzt lastet dieses Erbe schwer auf den ursprünglichen Einwohnern. Das gilt besonders für Afrika, wo es immer wieder zu Spaltungstendenzen solcher künstlich geschaffenen Staatsgebilde kommt, im Sudan, in Nigeria, in der Sahara. Die verschiedenen Ethnien besinnen sich auf sich selbst. In Südamerika versuchen sie, sich wieder jene Rechte zurückzuholen, die ihnen einstmals genommen wurden.

Bedroht sind unter anderem einige nordamerikanische Indianer wie die Cheyenne, die Maori in Neuseeland, nach wie vor die australischen Aborigines, die Salami in Skandinavien, die Inuit in Kanada und Alaska, die Kung der Kalahari, die Tuareg in der Sahara, die Mbuti im Kongo, die U'wa in Kolumbien, die Yanomami, Tukuna, Uruku, Timbira und Krahó in Brasilien, die Iban und Penan in Malaysia, die Piaroa, Warao und Yukpa in Venezuela, die Aeta und Igorot auf den Philippinen, die zahlreichen Bergvölker in Kambodscha, Laos, Myanmar und Thailand sowie in Vietnam, ein Großteil der pazifischen Insulaner, die Ainu in Japan und die Tschuktschen, Jukagiren und Negidalzen in Sibirien – oft Namen, von denen wir Westeuropäer noch nie etwas gehört haben. *J.F.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-47
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **7654**

Vor Zwangsarbeit nicht zurückgeschreckt

DDR ließ politische Häftlinge für Devisen arbeiten – Partner-Länder lieferten »Sklaven« für Schuldenabtrag

Von der DDR zur Arbeit gezwungene politische Häftlinge kritisieren verstärkt West-Konzerne, die von ihrer Arbeit profitierten. Neben Ikea und Neckermann stehen zahlreiche Firmen unter Verdacht. Die Betroffenen fordern von der Politik eine Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft II“ in Anlehnung an die Entschädigung für NS-Zwangsarbeiter. Der größte Profiteur, die Partei „Die Linke“ als Rechtsnachfolger der DDR-Staatspartei SED, bleibt indes unbehelligt. Auch die Frage der Ausbeutung von Ausländern durch die DDR ist nach wie vor offen.



Mit DDR-Fahnen demonstrieren Ex-Gastarbeiter aus Mosambik für deutsche Gelder, die sie nie erhalten haben: Seit fast 20 Jahren marschieren die „Madgermans“ für ihr Recht. Bild: pa

„Ich würde es begrüßen, wenn westliche und vor allem bundesdeutsche Unternehmen, die in der DDR produzieren ließen, für Transparenz sorgen würden“, sagt der Stasi-Bundesbeauftragte Roland Jahn zu aktuellen Vorwürfen der Ausbeutung von DDR-Gefangenen. Seine Behörde ist nun bei betroffenen einstigen Zwangsarbeitern wie den bis Ende der 80er Jahre mutmaßlich profitierenden Konzernen gefragt. Es geht darum, wer alles an diesen bislang diskret abgewickelten innerdeutschen Beziehungen verdiente. „Zwischen 1974 und 1976 habe ich Bett- und Kopfkissenbezüge für den VEB Planet genäht“, sagte die Ex-Zwangsarbeiterin Tatjana Sterneberg jüngst dem „Handelsblatt“ und ergänzte: „Diese Bettwäsche habe ich nach meiner Entlassung bei Quelle und Neckermann gefunden.“ Neckermann hat „keine Kenntnis von solchen Vorgängen“. Mit bestenfalls geringsten Löhnen abgespeist, sahen politische Häftlinge der DDR sich enormem Arbeitsdruck ausgeliefert. Wer sich weigerte, war „Bodenschläfer“ ohne Bett und wurde geschlagen. Arbeitsnormen waren hoch, der Arbeitsschutz gering und selbst schwere Krankheit galt nicht als Befreiungsgrund. Der Vorsitzende der „Vereinigung der Opfer des Stalinismus“, Hugo Diederich, spricht sich nun für eine Entschädigung aus: „Wenn die Firmen nicht mehr existieren, muss eben der Staat nach Möglichkeiten für eine Entschädigung suchen.“ Die Vereinigung beziffert die Gesamtzahl politischer Häftlinge in sowjetischer Besatzungszone und DDR mit rund 200 000.

Die Bedingungen im DDR-Betrieb Mewa waren für Dieter Ott „menschenunwürdig“. Er stellte dort als Zwangsarbeiter Türgriffe, Scharniere und Rollen für Stühle her und entdeckte sie später bei Ikea. Ikea will jetzt mit Hilfe der Stasi-Unterlagenbehörde klären, ob Zwangsarbeiter tatsächlich Billy-Regale herstellten und damit eines der gefragtesten Möbelstücke auf dem deutschen Markt. Die Liste der Beteuerungen aus der Wirtschaft ist inzwischen lang:

> West-Firmen bezeugen, nichts davon gewusst zu haben

„Unsere Produkte sind definitiv nicht unter Zwangsarbeit in der DDR produziert worden“, so Michael Huggle, von 1975 bis 1996 Vorstand bei Schiesser. Underberg räumte hingegen ein, in Berlin-Lichtenberg beim „VEB Bärensiegel“ Kräuterschnaps abgefüllt zu haben, doch entbehre der Vorwurf, politische Gefangene seien für die Firma tätig gewesen, „jeder Grundlage“, so Underberg. Auch Beiersdorf weiß nichts über die Beschäftigung politischer Häftlinge, will „diesen Themenkomplex aber weiter untersuchen“.

Der Mythos volkseigener Produktion bricht so restlos zusammen. Nicht nur produzierte die DDR-Wirtschaft querbeet für den als „imperialistisch“ geschmähten Klassenfeind, um Devisen zu erhalten. Das belegen die aktuellen Angaben der Firmen eindrucksvoll. Sie führte auch im eigenen Land knappe Waren aus und verstärkte so Mangel und allgemeine Unzufriedenheit mit dem Regime.

Unzufrieden sind meist auch die über 20 000 ehemaligen „Vertragsarbeiter“ aus Mosambik, in ihrer Heimat „Madgermans“, „irre Deutsche“ genannt, eine Verballhornung von „Made in Germany“. DDR-Funktionäre lockten sie mit dem Versprechen, viel Geld zu verdienen. Doch zahlte das sozialistische Deutschland ihnen bestenfalls 40 Prozent ihres Lohnes direkt aus. Weitere 17,4 Millionen US-Dollar überwies die DDR angeblich zusätzlich direkt an die Volksrepublik Mosambik und zahlte laut Akten dazu 18,6 Millionen Dollar Sozialversicherung. Doch die 1990 zur Rückkehr gedrängten, heute meist arbeitslosen Vertragsarbeiter sahen dieses Geld nie. Sie vermuten, Mosambiks Regierung habe mit ihrem Arbeitseinsatz in der DDR Schulden bezahlt. Sie gelten in ihrer Heimat als Unruhestifter, weil sie die DDR bis heute an deren Selbstanspruch messen und faire Bezahlung einfordern.

In ihrem improvisierten Hauptquartier in Maputo sind die Geschädigten überzeugt, dass mit dem Großteil ihrer Löhne Waffenlieferungen Ost-Berlins für Mosambiks Unabhängigkeitskampf bezahlt wurden. Seit 1979 bestand ein Freundschaftsvertrag mit der DDR. Einige Mosambikaner kehrten trotzdem ganz ohne Lohn und ohne Habseligkeiten aus der DDR nach Hause zurück. Frauen, die schwanger wurden, mussten sofort heim. Zulasten der ihnen versprochenen Ausbildung schufteten die Mosambikaner bald nur noch in der Produktion der DDR und wissen bis heute ähnlich den politischen Zwangsarbeitern nicht, wie viel die DDR ihnen schuldet beziehungsweise an ihren Lohn einbehielt.

Sverre Gutschmidt

MELDUNGEN

Bund spart beim Straßenbau

Berlin – Zahlt er oder zahlt er nicht. Eine Antwort auf die Frage haben die Kommunen bisher nicht erhalten, zumal sie nicht mit am Verhandlungstisch saßen, als Bund und Länder Ende Mai über die Zuschüsse des Bundes beim kommunalen Straßenbau berieten. Laut Föderalismusreform I von 2006 sollen die Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern klarer getrennt werden. Der Bund sieht das als Zeichen dafür, dass er sich künftig die 1,4 Milliarden Euro für den kommunalen Straßenbau, die für den Bau und Erhalt von Straßen, Brücken und Tunneln sowie die Förderung der öffentlichen Personennahverkehrs gedacht sind, sparen kann. Der Städtetag und der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen fordert stattdessen eine Aufstockung auf 1,96 Milliarden Euro, damit Deutschland nicht zur Schlaglochpiste wird. Die Länder möchten zumindest auch, dass der Bund ihnen das Geld weiter überweist. Doch ob sie es weiter an die klammen Kommunen weiterreichen ist offen, denn ab 2014 fällt die Zweckbindung weg. *Bel*

Teure Folgen der Rentengarantie

Kiel – 17,5 Milliarden Euro hat die Einzahler in die deutsche Rentenversicherung das Aussetzen des „Riester-Faktors“ 2008 und 2009 bei der Rentenformel und die Rentengarantie des ehemaligen Arbeitsministers Olaf Scholz (SPD) gekostet. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Instituts für Weltwirtschaft (IfW). Hätte der Minister dies nicht getan, wäre der Beitragssatz zwischen 2008 und 2012 im Schnitt um 0,4 Punkte geringer gewesen. Der Durchschnittsrentner hat aufgrund der politischen Entscheidung hingegen sechs Euro im Monat mehr bekommen. *Bel*

Linke kippen Tradition

Kein Marburger Marktfrühschoppen wegen Androhung von Protesten

Man nehme eine Ladung Denunziation, ein wenig Phantasie, eine Prise Gewalt und ein paar öffentliche Marionetten – das Rezept für eine linke Hetzkampagne ist nicht sonderlich innovativ, doch wirksam ist es allemal. Die Universitätsstadt Marburg präsentiert sich aktuell als Paradebeispiel linker Machtdemonstration und sendet dabei ein fatales Signal an ihre Bürger.

Seit rund 100 Jahren findet auf dem Marburger Marktplatz der sogenannte Marktfrühschoppen statt, welcher über Generationen hinweg ein geselliges Beisammensein von Bürgern und ortsansässigen Studentenverbindungen ermöglicht. Bei dem ein oder anderen Bier und traditioneller Blasmusik läutet das laut Guiness-Buch „kürzeste Volksfest Deutschlands“ jedes Jahr aufs Neue den sonnigen Monat Juli ein. Dieses Jahr jedoch scheinen die jährlich demonstrierenden linken Gruppen ihr Ziel erreicht zu haben, denn der traditionell stattfindende Marktfrühschoppen steht vor dem Aus.

> Veranstaltung war vielen ein Dorn im Auge

Das öffentliche Trauerspiel begann zunächst mit der Forderung der örtlichen Grünen, bestimmte Verbindungen, explizit Burschenschaften, vom Marktfrühschoppen auszuladen, da diese rechtsextremes Gedankengut direkt in die Mitte der Gesellschaft tragen würden. Nicht bedacht hatten die Grünen dabei jedoch, dass der Marktfrühschoppen eine öffentliche Veranstaltung ist und man somit weder Leute ein- noch ausladen kann.

> Treffen der Studentenverbindungen im Guinness-Buch

Wie jedes Jahr kündigten linke Unruhestifter massive Proteste an. Corinna Bader, Sprecherin einer linken Studentengruppierung, äußerte sich gegenüber der „Oberhessischen Presse“ wie folgt: „Wir werden es nicht zulassen, dass sich Nazis auf dem Marktplatz treffen und in aller Ruhe feiern. Wir werden dieses reaktionäre Nazi-Fest nicht in Frieden lassen. Über die Wahl der Mittel gibt es noch keine Entscheidung, sie können aber von Demonstrationen, über Blockaden oder weitere kreative Aktionen reichen.“ Eine klare Aussage, dennoch nichts Neues. Es verwundert also durchaus, dass der Marburger Bürgermeister Egon Vaupel (SPD), welcher sich bereits viele Male abfällig über ansässige Studentenverbindungen geäußert hat, nun ebenfalls auf der Bildfläche erschien, um dem Stück eine überraschende Wende zu verleihen. Denn statt sich schützend vor seine Bürger zu stellen, hat der Magistrat dem Veranstalter kürzlich empfohlen, den Marburger Marktfrühschoppen wegen Sicherheitsbedenken abzusagen.

Doch was tut man, wenn der Arm des Gesetzes sich nicht für die eigenen Zwecke verbiegen lässt? Ganz einfach: Man instrumentalisiere ein paar linke Demonstranten, erfinde Fakten und suche sich eine örtliche Tageszeitung, die alles ungefragt abdruckt, klagen ortsansässige Verbindungen. Tatsächlich hat sich die ortsansässige „Oberhessische Presse“ schon seit Jahren auf die angeblich verfassungsfeindlichen Marburger Burschenschaften eingeschossen. Ihre oft einzige Quelle sind linksextreme Gruppen wie etwa die „Antifa Gruppe 5 Marburg“.

So schafft man es, eine einzigartige deutsche Tradition vielleicht für immer ins Exil zu schicken, bedauern nun viele Marburger Bürger. *Philip Stein*

MELDUNGEN

Stimmung völlig falsch eingeschätzt

Kairo – Der größte Verlierer bei der ersten Runde der ägyptischen Präsidentschaftswahl waren die Meinungsforschungsinstitute. Die meisten hatten Amr Mussa, den ehemaligen Chef der Arabischen Liga (2001–2011), der extra für seine Präsidentschaftskandidatur von diesem Amt zurückgetreten war, auf Platz 1 gesehen. Doch er kam nur auf Platz 5. Hosni Mubaraks letztem Premier hingegen, Ahmed Shafik, hatte niemand zugetraut, einer der beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen zu werden. Doch zusammen mit Mohammed Mursi, dem Kandidaten der Muslimbruderschaft, geht Shafik am 16. und 17. Juni in die Stichwahl um das höchste Staatsamt in Ägypten. *Bel*

Basken kämpfen gegen Islamisten

Bilbao – Das spanische Baskenland gerät immer mehr unter islamischen Einfluss. Hunderte Einwohner der Hauptstadt Bilbao demonstrieren regelmäßig gegen den Bau einer neuen Moschee. 2011 hielten bereits 2500 radikale Muslime in Trápaga ihren 3. Salafistischen Jahreskongress ab. Insgesamt leben etwa 50 000 sehr selbstbewusst auftretende Moslems in der Provinz, die insgesamt knapp über zwei Millionen Einwohner hat. Sie gelten als stark radikalisiert und fordern spezielle Halal-Mahlzeiten, die Einführung von Arabisch in den Schulen sowie für sie reservierte Abschnitte auf Friedhöfen. Immerhin führen schon 60 Prozent der 480 öffentlichen Schulen des Bas-kenlandes die verlangten Halal-Speisen. Die Muslime der Provinz stammen meist aus Algerien, Marokko und Pakistan. Immer wieder kommt es zu Verhaftungen besonders militanter Islamisten, die in der baskischen Provinz Dschihadisten anwerben wollten. *J.F.*

Islamisierung in aller Stille

Von Europa fast unbeachtet rollen radikale Moslemgruppen Bosnien-Herzegowina auf

Bosnien-Herzegowina ist auf dem Weg, ein islamistisches Zentrum nach dem Vorbild der iranischen Hauptstadt Teheran zu werden. Unter den Augen des wahabitisch orientierten Religionsführers Obermufti Reis Ulema Mustafa Ceric, der lange als Vordenker eines europäischen, gemäßigten Islam galt, werden Andersgläubige und selbst moderate Muslime verfolgt, diskriminiert und bedroht. Der Vielvölkerstaat droht, nach Bürgerkrieg, Völkermord und anschließender Befriedung militanten Moslems in die Hände zu fallen und zudem den Anschluss an Europa zu verpassen.

Der gemäßigte Bildungsminister Sarajewos, Emir Suljagic, erklärte bereits seinen Rücktritt, nachdem er eine Morddrohung mit einer beigelegten Kugel vom Kaliber 7,23 erhalten hatte, weil er das Schulwesen säkular halten wollte. Er fürchtet seither um sein Leben.

Am eindrücklichsten wird der Trend zur Re-Islamisierung aber anhand neuer Straßenschilder dokumentiert. Allein in Sarajewo wurden innerhalb eines Tages 500 Platz- und Straßennamen geändert und dabei alle Hinweise auf nichtmuslimische Ehrenträger entfernt. Bosnien soll nach dem Willen Cerics ganz unter die Rechtsgrundlagen der Scharia gestellt werden. Mit seiner schon früher erhobenen Forderung nach einem europäischen Imamat weist er auf die politische Zielsetzung der Zukunft hin.

Die drei in Bosnien als Beobachter stationierten Bundeswehrsoldaten müssen ähnlich wie ihre 2600 Kollegen im benachbarten Kosovo und die 6000 Mann in Afghanistan mit ansehen, wie Demokratie und Frauenrechte mehr und mehr unter die Räder der islamischen Propagandamaschine geraten. Letztendlich ist der geplante Rückzug aus Afghanistan das Signal auch in andere Krisengebiete, dass die Einsätze an der Militanz der muslimischen Einwohner scheitern.

Die Stadt Sarajewo mit ihren 300 000 Einwohnern wird bereits zu 98 Prozent von Anhängern des Propheten bewohnt. Insgesamt leben mehr als zwei Millionen Muslime in Bosnien-Herzegowina. Die gesamte Bevölkerungszahl beträgt etwa 4,6 Millionen. Die Moslems setzen immer selbstbewusster Andersgläubige unter Druck und versuchen, katholische und orthodoxe Serben und Kroaten zu vertreiben: Christliche Nonnen in Sarajewo werden bei muslimischen Bäckern nicht mehr bedient, Kirchen überfallen (allein die katholische Lukaskirche 22 Mal). Orthodoxe Priester

Muslimische Bäcker verkaufen nicht an Nonnen

trauen sich in ihren Kutten nicht mehr auf die Straße.

Es ist inzwischen ein offenes Geheimnis, dass diese Renaissance des orthodoxen Islam durch Millionen Dollar der arabischen Golfstaaten vor allem aus Saudi-Arabiens gefördert wird. Schon jetzt existieren in Sarajewo 70 Moscheen. Mostar zerfällt immer mehr in einen muslimischen östlichen Stadtteil und einen westlichen, in dem die katholischen Kroaten leben. Aber auch die islamische Gemeinde selbst spaltet sich immer stärker in Liberale und radikale „Rechtgläubige“. Es kam bereits zu Massenschlägereien.

Der Vormarsch der radikalen Gotteskrieger begann in den 1990er Jahren durch den Einmarsch von 2000 Kämpfern aus den arabischen Ländern, darunter auch der Gründer der radikalen Terrorgruppe Abu Sayyaf auf den Philippinen. Nachdem sie einheimische Frauen geheiratet hatten, blieben trotz eines nach dem Friedensschluss verfügten Abzuges einige Hundert der Kämpfer im Land. Sie bilden heute den Kern des wahabitischen Einflusses, bauten mit saudischer Unterstützung Moscheen (wie die pompöse König-Fahd-Moschee in Sarajewo) und bewirkten eine Radikalisierung der übrigen Muslime. Hochburgen ihrer Bewegung sind Ostbosnien und die Hauptstadt Sarajewo. Eine illegale Scharia-Polizei verfolgt sich in der Öffentlichkeit oder im Schutz von Parks küssende Pärchen.

„Sie sind mittlerweile fest verankert in unseren Medien, in unserer religiösen Verwaltung und in den akademischen Behörden, in unseren Moscheen, in unseren Koranschulen, in unserer Wissenschaft, einfach überall“, klagte schon vor Jahren der Theologe Resid Hafizovic und wies darauf hin, dass die Wahabiten die sogenannte Knabenauslese betreiben wollen. Dieser aus dem Osmanischen Reich stammende Brauch institutionalisiert die Zwangsrekrutierung und -islamisierung von andersgläubigen, männlichen Jugendlichen und Kindern, um sie zu Elitekriegern auszubilden.

Gegen diese Unterströmungen kämpft die bosnische Innenministerin Maria Fekter an. Sie will einen „europäischen Islam“ fördern, eine Gleichberechtigung von Mann und Frau durchsetzen und verweist immer wieder auf die symbolträchtige Brücke von Mostar. Sie verbinde Christentum und Islam, Katholiken und Orthodoxe. Nur der interkulturelle Dialog könne den jungen Staat stabilisieren, postulierte sie jüngst. Es ist abzuwarten, wann auch sie einen Brief mit beigelegter Kugel erhält.

Joachim Feyerabend



Von Saudi-Arabien bezahlt: Die König-Fahd-Moschee in Sarajewo Bild: imagetrust

Kiewer Wirtshausszenen

Abstimmung über Sprachenstreit in der Ukraine grotesk eskaliert

Das politische Engagement der ukrainischen Abgeordneten und deren Leidenschaft für die Sache in allen Ehren; doch was die Welt am Donnerstag vor Pfingsten in der Kiewer Obersten Rada geboten bekam, war ein bisschen doll. Nach fruchtlosem Debattieren sah man fliegende Fäuste, zerrupfte Sakkos, zerrissene Hemden, blutende Platzwunden und im Getümmel miteinander ringende Männer. Eine kapitale Massenschlägerei im Parlament hat die Abstimmung über ein von der regierenden „Partei der Regionen“ initiiertes Sprachengesetz verhindert, welches nach Auffassung der Opposition das Russische in weiten Teilen des Landes faktisch zur Amtssprache machen würde.

Zu der wüsten Keilerei kam es am Abend, als oppositionelle Abgeordnete der Timoschenko-Fraktion unmittelbar vor der Abstimmung über den Gesetzesentwurf zur Stärkung von Minderheitensprachen zur Rednertribüne stürzten, die von Vertretern der Partei der Regionen umstellt war. Wladimir Litwin, Vorsitzender der „Werchowna Rada“, des nationalen Parlaments der Ukraine, war just im Begriff, die Stimmabgabe zu eröffnen – doch angesichts der sich im Nu entfaltenden Wirtshausszene schloss er die Versammlung und verließ rasch den Saal.

Im Ergebnis mussten zwei Abgeordnete im Krankenhaus behandelt werden: Mikol Petruk vom „Block Julia Timoschenko“ schleppte sich blutüberströmt aus dem Hohen Haus. Übel zugerichtet wurde auch der Verfasser des Gesetzentwurfs, der für seine prorussische Haltung bekannte Volksvertreter der Partei der Regionen von Präsident Janukowitsch, Wadim Kolesnitschenko.

Die Praxis würde Russisch zur ersten Sprache machen

Nach der Vorlage Kolesnitschenkos bleibt Ukrainisch zwar die einzige Amtssprache, doch sollen im Verkehr mit Ämtern in Gebieten mit großen Konzentrationen nationaler Minderheiten und Volksgruppen auch die Sprachen dieser Minderheiten zugelassen werden. Nach Auffassung der Opposition bedeute das in der Praxis eine klare Bevorzugung des Russischen, denn im Osten und Süden der Ukraine, in dem großen Raum jenseits von Kiew, spreche die Mehrheit der Einwohner die Sprache der Moskowiter. „Die Vernichtung der Sprache bedeutet die Vernichtung des Vaterlandes“, steht denn auch auf einem Plakat, das Mitglieder der Opposition im Sitzungssaal aufhängten – welche die Blockade des Parlaments tags darauf fortsetzten.

Die russische Sprache der ukrainischen gleichzustellen, hatte Janukowitsch bereits in seinem Wahlkampf um die Präsidentschaft 2010 gefordert und versprochen. Die nächsten Parlamentswahlen stehen bereits Ende Oktober an. Seit der Machtübernahme jedoch hat der Abkömmling des rein russischsprachigen Donbass in der Angelegenheit eine Politik der ruhigen Hand gefahren: Obwohl seine Partei in der Rada über eine komfortable Mehrheit verfügt, ist nichts passiert.

Die Stellung der russischen Sprache im öffentlichen Leben der Ukraine ist ein Politikum. Die Ära als Sowjetrepublik wird unter nationalbewussten Ukrainern als Okkupation empfunden, die die Nation an den Rand des Ausgelöschtwerdens gebracht habe: Dem Hunger-Genozid zu Beginn der 30er Jahre fielen viele Millionen Bauern zum Opfer. Ein großer Teil der mittleren und alten Generation unter der Bevölkerung in den östlichen Gebieten beherrscht als Folge der Russifizierungspolitik zu Sowjetzeiten das Ukrainische weder schriftlich noch mündlich. *CR*

Reingewaschen für EU

Neuer serbischer Präsident passt sich an – Zugleich Flirt mit Moskau

Was wäre der Balkan ohne Verschwörungstheorien? Sie erklären Unerklärliches wie das Resultat der serbischen Präsidentenwahlen vom 20. Mai, die der als proeuropäisch eingestufte Boris Tadic mit 47,3 Prozent gegen den als nationalistisch verschrienen Tomislav Nikolic (49,6 Prozent) verlor und dies bei gerade 45 Prozent Wahlbeteiligung. So wollte es die EU, die keine serbischen „Proeuropäer“ mag, raunte Belgrad, denn nur so könne die überlastete EU den Beitritt Serbiens noch verhindern. Der Umstand, dass die EU-Spitzen Herman van Rompuy und José Manuel Barroso dem Sieger drei Stunden vor Schließung der Wahllokale gratulierten, war Öl im Feuer der Verschwörungstheorie. Tatsächlich war es eine Panne, die Brüssel schnell korrigierte, und erleichtert vernahm die EU, was ihr Abgesandter, der slowakische Außenminister Miroslav Lajcak, von Nikolic berichtete. Dieser „bestehe auf der Fortsetzung des europäischen Wegs Serbiens, auf einem nationalen Konsens zur Lösung des Kosovo-Problems und auf dem Kampf gegen Korruption und Kriminalität“. Nun war Brüssel zufrieden, denn vom „grobar“ (Totengräber), als der Nikolic als Ex-Friedhofsverwalter der Stadt Kragujevac verhöhnt wurde, und vom Ex-Stellvertreter des Radikalen Voijslav Seselj hatte man Schlimmeres erwartet. Und Nikolic bemühte sich weiter um guten Eindruck: Er trat aus der von ihm 2008 als Konkurrenz zu den Radikalen gegründet Serbischen Fortschrittspartei (SNS) aus, die ihn gerade in der Koalition „Bewegen wir Serbien“ an die Staatsspitze katapultiert hatte. Jetzt will Nikolic mit Überparteilichkeit seinen „europäischen“ Wandel demonstrieren.

Kosovo wird weiter Zankapfel bleiben

Ein serbischer Präsident ist im Grunde so machtlos wie ein deutscher, so dass Nikolic alles und jedes zusagen konnte. Zumal er sich immer auf die Verfassung berief, die in Artikel 1 Serbien auf „europäische Prinzipien und Werte“ verpflichtet und in Artikel 182 das Kosovo explizit als Teil Serbiens nennt. Also wird in der „Kohabitation“ mit dem neuen Präsidenten weiterhin gelten, dass Serbien die Unabhängigkeit des Kosovo nicht anerkennt, nicht einmal um den Preis seines EU-Beitritts. Hinter Nikolic steht Russland, das ein unabhängiges Kosovo als völkerrechtswidrig ansieht und es im UN-Sicherheitsrat blockiert. So wird es weitergehen, versicherte nach der Wahl Moskaus Botschafter Aleksandr Konuzin, während Nikolic am 25. Mai nach Moskau flog, um am Kongress der Putin-Partei „Einiges Russland“ teilzunehmen und mit ihr ein „Kooperationsabkommen“ zu schließen. Falls Brüssel sich ärgert, sollte es sich erinnern, wie oft es Tadics Serbien Kooperation verweigerte.

Westliche Kommentare zu Nikolic betreiben Ursachenforschung zu dessen Sieg: Der abgewählte Tadic sei zu „arrogant“ gewesen, die Wirtschaft läge danieder, die Arbeitslosigkeit sei „katastrophal“ hoch. Solche Urteile sind, milde gesagt, übertrieben. Serbien galt lange als „Primus unter den Transitionsländern“ und kann sich auch nach den Krisenjahren ab 2008 noch sehen lassen. Sein Wirtschaftswachstum wird 2013 etwa 2,6 Prozent erreichen, seine Inflation wird laut Nationalbankgouverneur Dejan Soskic weiter fallen und 2012 bei (erwarteten) vier Prozent liegen. Zwar gingen ab 2008 200 000 Arbeitsplätze verloren, doch sind bis zu einer Million Schwarzarbeiter tätig, die 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erwirtschaften.

Tadic will nun für das Amt des Ministerpräsidenten kandidieren. *W.O.*

Verschwiegene Erfolgsgeschichte

Dem krisengeplagten Island geht es wieder besser, gerade weil es sich nicht an den Rat von EZB, EU und IWF hielt

Nach dem Zusammenbruch dreier Großbanken hat Island einen wirtschaftlichen Absturz erlebt wie die Euro-Krisenländer Irland und Griechenland. Während diese allerdings immer tiefer in der Krise versinken, ist Island längst wieder auf Erfolgskurs.

Von „massiven Erschütterungen“ bis zum „unkalkulierbaren Risiko“: So klingen Warnungen vor einem Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone üblicherweise. Etwas anders lautet die langfristige Prognose des Chefs des weltgrößten Devisenhandelsunternehmens ICAP, Michael Spencer: „Sobald ein Land austritt und davon profitiert, werden einige andere das auch für vernünftig halten. Die ganze Dürftigkeit des Euro-Experiments wäre dann so klar zu sehen, wie des Kaisers neue Kleider.“ Ein Griechenland, das nach Rückkehr zur Drachme den Weg aus der Krise schafft, könnte in der Tat Nachahmer wie Portugal und Irland finden. Auf der Strecke bleiben würden dabei Brüsseler Träume von einer noch stärkeren europäischen Integration als scheinbare Patentlösung der Krisenbekämpfung.

Dass Island, das sich nicht an die Rezepte von EU, EZB und Bankenlobby gehalten hat und dabei überaus erfolgreich war, weitgehend aus der Berichterstattung der deutschen Medien verschwunden ist, dürfte kein Zufall sein. Vergleicht man die katastrophale Ausgangslage der Insel im Jahr 2008, dann drängt sich ein Vergleich mit der aktuellen Lage von Griechenland und Irland fast auf. Dem Bankrott dreier isländischer Großbanken im Herbst 2008 folgte ein Kollaps der Wirtschaft. Islands Inflationsraten reichten im Laufe der Krise bis an 19 Prozent heran, während der Wechselkurs der isländischen Krone zu 60 Prozent einbrach. Zwar sank die Wirtschaftsleistung zunächst im zweistelligen Prozentbereich, der unvermeidbar scheinende Staatsbankrott konnte allerdings in letzter Minute noch abgewehrt werden.

Umso erstaunlicher ist die Lage Islands drei Jahre später: Die Wirtschaft wächst mit rund drei Prozent und somit dreimal schneller als in Irland, das von der EU gern als Vorbild der Krisenbewältigung dargestellt wird. Der irischen Arbeitslosenquote von 14,5 Prozent steht ein Wert von 7,5 Prozent in Island gegenüber.

Abwertung der isländischen Krone machte es möglich

Der isländische Erfolg beruht auf dem Zusammenspiel mehrerer Faktoren. Anders als Irland hat sich Island geweigert, die horrenden Schulden des privaten Bankensektors den Steuerzahlern aufzubürden. Stattdessen wurden die bankrotten Banken einfach fallengelassen. Hätte man das irische Modell übernommen, dann hätten die 320 000 Isländer jahrzehntelang die 85 Milliarden Dollar an Schulden zurückgezahlt, die rund 30 größenwahnsinnige Bankmanager innerhalb weniger Jahre angehäuft hatten. Islands Regierung hat lediglich das Inlandsgeschäft der Pleitebanken übernommen, ausländische Gläubiger mussten ihre Verluste alleine tragen. Ebenso wichtig war die Handlungsfreiheit in der Währungspolitik. Durch eine Abwertung der isländischen Krone um 50 Prozent ist die isländische Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig geworden.

Die Abwertung nach außen hat etwas möglich gemacht, wovon die Arbeitnehmer in den Euro-Krisenländern nur träumen können: Lohnerhöhungen, mit denen die Binnenwirtschaft angekurbelt wird. In Tarifverhandlungen wurde ein Anstieg der Löhne von 11,4 Prozent und sogar eine Verdoppelung der Mindestlöhne innerhalb von zwei Jahren vereinbart.

Banken wurden vom Steuerzahler nicht gerettet

Nobelpreisträger Joseph Stiglitz steht mit seiner Einschätzung „Island hat das Richtige getan, während Irland alles falsch gemacht hat“ nicht allein. Danske-Bank-Analyst Lars Christensen sieht für die schnelle Erholung Islands noch einen weiteren entscheidenden Grund: „Die Staaten der Euro-Zone sind den falschen Weg gegangen, indem sie ihre Haushaltspolitik gelockert haben. Island hat dies nicht getan, auch weil seine einzige Möglichkeit die Verschärfung der Haushaltspolitik war. Zwei Jahre später haben sie sich gut aus ihren Problemen herausgearbeitet, während die Griechen tief im Schlamassel stecken.“ Angesichts der aktuellen Diskussion über mehr „Wachstumsimpulse“ in der Euro-Zone scheint die Haushaltspolitik Reykjavíks ebensowenig Nachahmung gefunden zu haben wie die dortige Aufarbeitung der Bankenkrise.

Erst vor wenigen Tagen wurde etwa der ehemalige Chef der Kaupthing Bank, Sigurður Einarsson, von einem Gericht in Reykjavik dazu verurteilt, umgerechnet 3,4 Millionen Euro an die Bank zurückzuzahlen. Derartige Prozesse sind in der EU ebenso unwahrscheinlich wie das Verfahren, mit dem sich Island eine neue Verfassung geben will. Ein gewählter Verfassungsrat aus Bürgern statt Politikern ist mit der Ausarbeitung eines neuen Entwurfs beauftragt worden, um Ersatz für ein mittlerweile 68-jähriges Provisorium zu schaffen. Mit kleinen Änderungen hatten die Isländer 1944 bei ihrer Unabhängigkeit einfach die dänische Verfassung übernommen. Sollte der neue Entwurf eine parlamentarische Mehrheit und die nötige Stimmenanzahl bei einem Referendum erhalten, wäre Island auch mit diesem bürgernahen Verfahren einer Verfassungsgebung Vorreiter in Europa.

Norman Hanert



Der Joker der Isländer: Die eigene Währung wurde um ganze 50 Prozent abgewertet und Lohnerhöhungen im Inland durchgesetzt, die die Binnenwirtschaft ankurbelten Bild: pa

KURZ NOTIERT

Börse soll Geld für Schutz der Umwelt bringen: Beim Streit um den gefährdeten Börsengang des deutschen Spezialchemieherstellers Evonik geht es um mehr als Geld. Der britische Investor CVC, der 25,1 Prozent der Anteile hält, will zwar nur verdienen, doch die RAG-Stiftung, der 74,9 Prozent von Evonik gehören, muss mit den Einnahmen die Abwicklung und die „Ewigkeitskosten“ des deutschen Steinkohlenbergbaus bewältigen. *Bel*

Teures gutes Gewissen: Laut seiner Zentralbank haben „Ethik-Regeln“ Norwegen in den letzten sieben Jahren 1,4 Milliarden Euro gekostet. Nachdem Oslo sein Geld mit „schmutzigem“ Öl verdient hatte, wollte die norwegische Regierung ihren Ölfonds nach strengen ethischen Anlageregeln investieren lassen. Kein Geld für Tabakkonzerne, Ausstieg aus Anlagen in die Luftfahrt- und Rüstungsbranche sowie Verkauf von Anteilen an Grubenkonzernen. Doch die Anlagevorgaben des norwegischen Finanzministeriums sorgten für massive Verluste. Derzeit wird übrigens geprüft, ob man sich finanziell bei Siemens engagieren darf, da gegen den Konzern Korruptionsvorwürfe vorliegen. *Bel*

Warnschuss für französischen Immobilienfinanzierer: Das Geschäftsmodell einer der größten Hypothekenbanken Frankreichs, der „Caisse Centrale du Credit Immobilier de France“, wurde durch die Ratingagentur Moodys als langfristig nicht tragfähig eingestuft. Für den Fall, dass die Bank keine staatliche Unterstützung erhält und an ihrem Geschäftsmodell festhält, hat Moodys die Herabstufung der Bonität des Unternehmens auf die Stufe „Caa1“ (hoch spekulativ) angekündigt. *N.H.*

Erstmalig Mehrheit der US-Arbeitslosen mit College-Abschluss: Nach Angaben des Labour-Departments stammte im April erstmalig mehr als die Hälfte der Arbeitslosen in den USA aus der Gruppe der Höherqualifizierten. Den Angaben zufolge hatten 4,7 Millionen der neun Millionen registrierten Arbeitslosen einen College-Abschluss oder eine höherwertigere Ausbildung. *N.H.*

Euro-Bonds gibt es schon

Während Politiker über Einführung streiten, sind sie längst Realität

Während auf dem Gipfel der EU-Staatschefs am 23. Mai scheinbar noch ohne Ergebnis über die Einführung von Euro-Bonds gestritten wurde, erfolgten hinter den Kulissen erste Schritte, die de facto zum gleichen Ergebnis führen werden, nämlich zur Vergemeinschaftung von Schulden unter den EU-Ländern. Dies wird geschehen entweder gleich über eine gemeinsame Kreditaufnahme oder über eine nationale Schuldenaufnahme bei gemeinschaftlicher Haftung. So hatten sich bereits zwei Tage vor dem EU-Gipfel Diplomaten auf einen Testlauf für sogenannte „Euro-Projekt-Bonds“ geeinigt. Zunächst 230 Millionen Euro sollen für länderübergreifende Infrastrukturprojekte aufgebracht werden. Von deutscher Seite durchgesetzt wurde lediglich, dass 2015 eine Prüfung der Wirksamkeit dieses Instruments stattfindet.

Für die vorgebrachte Vermutung, dass es sich bei diesen Projekt-Anleihen um eine Vorstufe zu den Euro-Bonds handelt, gibt es überzeugende Gründe. Für die Finanzierung von Infrastruktur-Vorhaben steht nämlich bereits die Europäische Investitionsbank bereit (EIB). Da an der Arbeit der Bank bisher kaum Kritik laut geworden ist, stellt sich die Frage, warum die Projekt-Bonds eingeführt werden sollen. Sollten mehr Mittel für Infrastrukturprojekte erforderlich sein, steht der Weg einer Kapitalerhöhung bei der EIB offen.

Dass dieser Weg nicht begangen werden soll, scheint gute Gründe zu haben. Zum einen ist die EIB dafür bekannt, dass sie Kreditanträge tatsächlich auf ihre wirtschaftliche Tragfähigkeit hin abklopft. Schon damit sticht sie gegenüber der Regional- und Strukturförderung der EU-Kommission hervor. Zum anderen wird mit den Euro-Projekt-Bonds der Grundstein für eine gemeinschaftliche Schuldenhaftung unter den EU-Ländern gelegt. In die gleiche Richtung zielt eine fragwürdig zustandegekommene Initiative innerhalb des EU-Parlaments. Ebenfalls „durch die Hintertür“ hat der Wirtschafts- und Währungsausschuss des EU-Parlaments in einem Gesetzentwurf zur EU-Aufsicht über die nationale Haushaltspolitik eine Variante der Euro-Bonds eingeschmuggelt. Während sich der Gesetzestext noch an den EU-Fiskalpakt hält, ist in einem beigefügten Anhang plötzlich die Rede von der Gründung eines EU-Altschuldentilgungsfonds.

Euro-Projekt-Bonds nur ein Beispiel für gemeinsame Haftung

Der auch von SPD-Politikern unterstützte Vorschlag des „Altschuldentilgungsfonds“ sieht vor, dass jedes Euro-Land den Anteil von Staatsschulden, der 60 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts übersteigt, in den Tilgungsfonds einbringt und nach einem festgelegten Plan abbaut. Was zunächst einmal nach Schuldenabbau klingt, dürfte in der Realität das Gegenteil bewirken und zwar zu Lasten der wenigen noch leistungsfähigen EU-Länder. Zwar sieht das Konzept eine Tilgung durch das jeweilige Land vor, falls diese aber nicht zustandekommt – etwa durch wirtschaftliche Schwierigkeiten oder einen Staatsbankrott –, würden alle EU-Länder gemeinschaftlich haften. In der bisherigen Konstruktion könnten letztendlich diejenigen Länder profitieren, die gezielt einen Staatsbankrott in Kauf nehmen, statt die eigenen Schulden zu tilgen. *H.M.*

Banken an die Kette

Gegenwind für die US-Investmentbanken

Anti-amerikanisch und geschäftsschädigend, so lauteten noch vor wenigen Wochen die Argumente des Chefs der Investmentbank J.P. Morgan, Jamie Dimon, wenn es um strengere Regulierung der Investmentbanken ging. Stützen konnte sich Dimon dabei auf das Argument, dass J.P. Morgan besser und risikobewusster gewirtschaftet hatte als die Konkurrenz. Abblocken wollte Dimon damit unter anderem die sogenannte „Volcker Rule“. Die nach dem ehemaligen US-Notenbankchef Paul Volcker benannte Regelung soll verhindern, dass Banken auf eigene Rechnung so riskante Geschäfte eingehen, dass sie im Notfall durch den Steuerzahler gerettet werden müssen.

Die vom Chef von J.P. Morgan bisher vehement abgelehnte Regelung scheint aktuell wichtiger denn je: J.P. Morgan selbst hat sich bei einer Finanzwette drastisch verzockt. Durch eine Fehlspekulationen hat die Bank innerhalb kurzer Zeit Milliarden verloren. Nach eigenen Angaben zwei Milliarden Dollar – nach Schätzungen des Konkurrenten Morgan Stanley könnten die Verluste bis zum Jahresende allerdings auf fünf Milliarden Dollar anwachsen. Die Geschäfte haben sich inzwischen so ungünstig entwickelt, dass an den Märkten bereits davon gesprochen wird, dass J.P. Morgan „bei lebendigem Leibe gefressen“ werde. Der theoretisch mögliche vorzeitige Ausstieg aus den gefährlichen Finanzwetten unterbleibt, da er noch höhere Verluste einbringen würde.

Immer mehr Experten fordern Zerschlagung großer Institute

Da die Sorge wächst, dass für derartig riskante Geschäfte eines Tages wieder der Steuerzahler bezahlen muss, ist auch die Diskussion über Regulierungen für die Investmentbranche wieder aufgeflammt. Nach der Lehman-Brothers-Pleite 2008 waren entsprechende Forderungen im Sande verlaufen, allerdings könnte diesmal der Ausgang ein anderer sein. Mittlerweile haben sich hochkarätige Kritiker der Investmentbanken in die Diskussion eingeschaltet. „Es wäre einfacher, wir hätten kleinere Institute, damit sie pleitegehen können, wenn sie pleitegehen müssen“, war etwa von James Bullard, dem Chef der Federal Reserve Bank von St. Louis, zu hören. Er schließt sich damit seinem FED-Kollegen Richard Fisher aus Dallas an, der bereits ganz offen die Aufspaltung übergroßer Banken gefordert hatte.

Auch die Diskussion um das Geschäftsgebaren der Investmentbanken dürfte weiter Fahrt aufnehmen. Bereits in der ersten Maihälfte hatte ein Anwalt versehentlich Dokumente freigegeben, die nach dem Willen seiner ehemaligen Klienten, den Investmentbanken Goldman Sachs und Merrill Lynch, niemals an die Öffentlichkeit gelangen sollten. Detailliert ist in den Papieren nachzulesen, wie Mitarbeiter der Banken für bevorzugte Kunden bewusst illegale Geschäfte durchgeführt und vor den Aufsichtsbehörden verheimlicht hatten. Allerdings scheinen nicht alle Kunden derartige Privilegien zu genießen. Für Aufsehen sorgte im März dieses Jahres ein Ex-Manager von Goldman Sachs, der gegenüber der „New York Times“ Interna aus seiner aktiven Zeit bei der Investmentbank ausplauderte. Er berichtet unter anderem, dass Kunden bankintern gerne mal als „muppets“ (Deppen) bezeichnet werden. *N.H.*

Neues Fass?

Von Manuel Ruoff

Wird da ein neues Fass aufgemacht? Wir erinnern uns an die Debatte um die osteuropäischen NS-Zwangsarbeiter. Damals argumentierte die deutsche Regierung anfänglich, dass sie den osteuropäischen Heimatstaaten der Zwangsarbeiter pauschal Entschädigungsleistungen habe zukommen lassen. Und schützte das die Deutschen davor, hinterher die osteuropäischen Zwangsarbeiter mit den berühmten 20 Milliarden D-Mark der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ entschädigen zu müssen? Wer sagt, dass das diesmal anders läuft? Der deutsche Steuerzahler zahlt für ausländische Opfer des Kaiserreiches (Hereros) und des Dritten Reiches, warum dann nicht auch gleich noch für diejenigen der DDR. Schließlich ging doch auch deren Unrecht von deutschem Boden aus beziehungsweise fand sogar auf deutschem Boden statt. Da werden wir uns doch wohl nicht aus der Verantwortung stehlen wollen?!

Dabei sei einmal dahin gestellt, inwieweit man bei Gastarbeitern aus sozialistischen Drittweltländern in der DDR von Zwangsarbeit sprechen kann. Wenn man beispielsweise an die „Wende“ zurückdenkt, dann fallen einem keine Vietnamesen ein, die jubelten, dass sie wieder nach Hause durften, sondern nur solche, die mit allen Mitteln darum kämpften, bleiben zu dürfen.

Realität schlägt Film

Von Rebecca Bellano

An einem Dienstagabend nach *PAZ*-Redaktionsschluss bedarf es der Entspannung. Die Fernsehzeitung pries die Verfilmung des Romans „Alles, was wir geben mussten“ von Kazuo Ishiguro mit der britischen Schauspielerin Keira Knightley auf Sky an. Doch irgendwie wollte sich die Entspannung nicht einstellen.

Was war denn das für ein Quatsch? Es ging um junge Leute in einem englischen Internat, die erfahren, dass sie Klone sind, deren einziger Lebensinhalt das Spenden von Organen ist. Nicht, dass der Stoff schon ziemlich bizarr war, noch irritierender war der Umstand, dass keiner der Schüler rebellierte. Alle nahmen sie ihr Schicksal als gegeben hin. Sie fanden es zwar nicht schön, wünschten sich einen Ausweg aus ihrer Situation, doch als sie Organe spenden sollten, begaben sie sich fügsam ins Krankenhaus, um dort die Entnahme geschehen zu lassen.

Entnervt wurde der Fernseher mitten im Film ausgeschaltet und stattdessen zum Buch gegriffen: „Europa braucht den Euro nicht“ von Thilo Sarrazin. Doch schon nach den ersten Sätzen der Einleitung kam ein Déjà-vu auf. Hier ging es um ein ganzes Volk, das fügsam und ohne Anflug einer Rebellion zuließ, dass man ihm etwas Existenzielles, nämlich seine Währung, nahm, und sie gegen etwas eintauschte, dessen Wert und Funktionalität völlig ungewiss war. Und plötzlich erschien der Film „Alles, was wir geben mussten“ viel realistischer als noch wenige Minuten zuvor.

Verludertes Denken

Von Hans Heckel

Wer schon länger den Verdacht hegte, dass es mit der Meinungsfreiheit in Deutschland bergab geht, der darf sich durch die hysterischen Reaktionen auf das neue Sarrazin-Buch bestätigt sehen. Insbesondere, was der Generalsekretär der FDP, Patrick Döring, zum Besten gab, ist den Anhängern der Freiheit, jene also, die sich traditionell „Liberale“ nennen, durch Mark und Bein gegangen.

Döring nannte den Gedankengang von Sarrazin, dass ein Zusammenhang bestünde zwischen dem Holocaust und deutscher Zahlfreudigkeit, „unzulässig“. Das geht weit über die Attacken hinaus, welche der Autor von Wolfgang Schäuble, ja selbst von Renate Künast an den Kopf bekam. „Unzulässig“ bedeutet nicht bloß falsch oder abwegig. Dörings Verdikt rückt Sarrazins These in den Bereich des ethisch Verbotenen, das nicht gesagt werden dürfte.

Man darf davon ausgehen, dass Döring in seinem Ausspruch keinen Widerspruch sieht zum Liberalismus, ja, dass er sich ob seiner Härte gar besonders „liberal“ vorkommt. Somit drückt sich in der Auslassung des FDP-Generals nichts weniger aus als die Verluderung seines Denkens.

> Eigentlich geht es um Billigung von Dingen, die man verabscheut

Der Verluderung des Denkens aber geht meist die Verluderung der Begriffe voraus. Für den Liberalismus ist der Begriff der Toleranz fundamental. Doch gerade er ist in den vergangenen Jahren wie kaum ein anderer unter die Räder gekommen. Was Toleranz wirklich bedeutet, ist nirgends besser zusammengefasst als in dem fälschlich Voltaire zugeschriebenen Zitat: „Ich missbillige, was du sagst, aber würde bis auf den Tod dein Recht verteidigen, es zu sagen.“

Toleranz bedeutet Duldsamkeit, das freie Existierenlassen von Meinungen, Haltungen, die man ablehnt, ja sogar abscheulich finden mag. Heute indes wird „Toleranz“ gesagt, wo „Akzeptanz“, deutsch: Billigung, gemeint ist.

Wortklauberei? Mitnichten, denn heutzutage loben sich Diskutanten für ihre „Toleranz“, die in Wahrheit nur das tolerieren wollen, was sie ohnehin billigen. Freiheit aber ist nur echt, wenn sie die Freiheit zum Unerwünschten, sprich: die Toleranz gegenüber dem, was man ablehnt, einschließt.

Erst durch die Verluderung des Begriffs „Toleranz“ konnte es passieren, dass sich heute „liberal“ oder „tolerant“ sogar der (oder gerade der) nennen und fühlen darf, der Lichtjahre vom wahren Kern der Toleranz entfernt ist. Nur so kann es passieren, dass Meinungsfreiheit und Toleranz verdampfen, obschon das ganze Land von ihren wackeren Verteidigern zu wimmeln scheint. Und nur so konnte ein Partei-„Liberaler“ ein Quasi-Meinungsverbot aussprechen, ohne zu bemerken, in welche Sphäre er hinabgesunken ist.



Vor allem linke Parteien fordern immer Toleranz, dabei wissen sie gar nicht, was das überhaupt bedeutet: Die Initiative „Sarrazin absagen“ forderte in einem offenen Brief, eine Lesung des Autors abzusagen. 236 Institutionen und Personen haben den Protest unterschrieben.

Bild: J.-U. Koch/dapd

Gastbeitrag

Von Villen, Fledermäusen und Tretboot-Kapitänen



Von Norbert J. Breuer

Wenn der Sozialist François Hollande dieser Tage – pflichtgemäß in einer Vermögensschau im „Journal officiel“ – dartut, dass er drei Immobilien im Raum Nizza und Cannes im Gesamtwert von 1,17 Millionen Euro besitzt, dann kann den Neider damit allenfalls versöhnen, dass Hollande andererseits weder ein Auto noch Kunst oder Schmuck sein Eigen nennt und bloß 10000 Euro in einer Lebensversicherung angelegt hat. Da trifft es sich gut, dass der frischgebackene Präsident knapp unter die von seinem Amtsvorgänger Nicolas Sarkozy festgezurrten 1,3 Millionen Euro als Bemessungsgrenze für die Vermögenssteuer fällt. Zumal er einmal offenbarte: „Ich mag keine Reichen.“

Im meistbesuchten Land der Erde, das mit dem goldenen Löffel zur Welt gekommen zu sein scheint, herrscht trübe Stimmung. Jeder zweite Franzose beklagt, dass es seine Eltern besser gehabt hätten als er und für die nächste Dekade ihm nichts Gutes schwane. Etwa 2800 Euro beträgt der Bruttomonatslohn im Landesmittel. Im krisengeschüttelten Lothringen blättern vergilbende Wahlplakate von Schaufensterscheiben leerer Ladenlokale ab; sie werden durch neue für die Parlamentswahlen ersetzt, auf denen sich Bewerber stolz mit dem den deutschen Nachbarn Angst einflößenden Atomkraftwerk Cattenom ablichten lassen.

Die Schlacht um den Elysée-Palast ist geschlagen. Am 15. Mai fand sodann die Machtübergabe in aller „Nüchternheit“ statt. Sarkozy soll sich dem Vernehmen nach fürderhin wieder als Anwalt und womöglich Geldvermehrer à la Gerhard Schröder betätigen wollen. Seine konservative Partei UMP hingegen steht verloren vor einer gegenwärtig wenig verheißungsvollen Zukunft. Mit Sarkozy geht sie ihrer Galionsfigur verlustig. Ob der Generalsekretär der UMP, Jean-François Copé, diese Rolle auszufüllen vermag, wie es einer aktuellen Umfrage zufolge 35 Prozent der Franzosen annehmen, ist ungewiss. Zumal er nur mit einem Prozentpunkt vor Marine Le Pen auf die Frage hin liegt, wer als Oppositionsführer gelten könne.

Letztere wollte partout nicht zur Steigbügelhalterin Sarkozys geraten; sie hatte keine Wahlempfehlung kundgetan, allerdings Wert darauf gelegt, sie selbst werde einen leeren Stimmzettel in die Urne werfen. Der auffallend hohe Anteil ungültiger Stimmzettel (5,8 Prozent) wird auf dieses Manöver zurückgeführt. Es ist indes nicht von der Hand zu weisen, dass Madame Le Pen somit zumindest den rechten Steigbügel des neuen sozialistischen Präsidenten gehalten haben dürfte – dem sie vor der Wahl noch in ihrer nicht selten keifenden Weise vorgehalten hatte, weder er noch Sarkozy hätten „Vertrauen“ oder „Mandat“ verdient. Inwieweit ein Teil der Wählerschaft dem „Front National“ diese Selbstsucht bei den Parlamentswahlen in Frankreich noch nachtragen wird, muss sich erst erweisen. Zumal Le-Pen-Wähler aus dem vormaligen Sarkozy-Lager für sich zu gewinnen trachtet.

Die Wahlen zur Nationalversammlung beherrschen derzeit noch wenig die Schlagzeilen. Nur eine Meldung weckt Wahl-Spannung: Im nordfranzösischen Hénin-Beaumont wird bei den jetzt anstehenden Wahlen zur Nationalversammlung vom 10. und 17. Juni Marine Le Pen überraschend Jean-Luc Mélenchon, Chef des linksextremen „Front de Gauche“ gegenüberstehen – und dieser im zweiten Wahlgang gar gegen sie obsiegen, wie das Umfrageinstitut Ifop prognostiziert. Mélenchon will die »Fledermaus«, wie er seine Intimfeindin Le Pen schon titulierte, unerwartet in ihren eigenen Jagdgründen bekämpfen. Ein verbales Duell, dem ganz Frankreich mit amüsierter Vorfreude entgegensieht. Immerhin hatte Mélenchon mit seiner Sentenz, „warum die Linke in stürmischer Zeit einen Tretboot-Kapitän wie Hollande wählen soll“, schon zuvor für Furore gesorgt.

Der so Gescholtene ist für seinen Teil aus den Grabenkämpfen heraus. Erfolgreich dabei, einen Präsidenten alter Schule einzuüben, wird er mit Gestik und Pathos à la Mitterand über den Wässern seines Ministerpräsidenten Jean-Marc Ayrault schweben wollen und nicht wie Sarkozy selbst auch in den politischen Niederungen kolibrigleich umherschwirren: Macht an der Spitze des Staates werde künftig mit Macht und Bescheidenheit ausgeübt; er werde nicht für alle und überall entscheiden, verkündete Hollande bei seiner Inauguration. Doch leicht wird ihm die würdevolle Rolle als Staatspräsident dennoch nicht fallen: Wie will er unter Anhebung der Mindestlöhne die Rekordarbeitslosigkeit abbauen? Und das in einem Land, dessen Staatsschulden sich in nur 22 Jahren um das 2½-fache hochkatapultiert haben? Symptomatisch: Hollandes neuer Citroën soll vorgeblich „100 Prozent Made in France“ sein, was in Zeiten der globalisierten Zulieferung dem Fachmann bloß ein Lächeln abringt. Gemeint kann nur sein, dass das Gefährt ausschließlich im französischen Sochaux montiert wurde. Und eben das will mittlerweile schon etwas heißen: in einem Land, das als Automobilhersteller binnen weniger Jahre auf den achten Rang durchgereicht wurde, auch weil seine Vorzeigeunternehmen PSA (Peugeot-Citroën) und Renault inzwischen mehr im Ausland produzieren als im Stammland.

> Leicht wird Hollande die würdevolle Rolle des Präsidenten nicht fallen

Helfen würde es Hollande, und daraus macht er keinen Hehl, wenn es in der Nationalversammlung im Palais Bourbon eine Mehrheit für die Linke Frankreichs gäbe. Sarkozys gaullistisch-konservative UMP dürfte Verluste einfahren, wollen die Auguren wissen. Sollten die Franzosen indes dem neuen Präsidenten aus Gründen der politischen Ausgewogenheit, und das taten sie schon häufiger, eine parlamentarische Schlappe bereiten, drohte eine Variante der ungeliebten „cohabitation“: Hollande müsste mit einem Ministerpräsidenten des gegnerischen Lagers zusammenarbeiten.

Der 1954 in Rouen geborene Elitehochschulabsolvent, vormalige Universitätsprofessor und Anwalt ist deutschlandunerfahren, zeigte aber schon auf dem SPD-Bundesparteitag, dass er wohl um das eminent Belangvolle der deutsch-französischen Achse weiß: „Wenn die Franzosen mir die Verantwortung übertragen, dann möchte ich diese Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland verstärken im Dienste Europas.“ Die Wahlkampfunterstützung der deutschen Bundeskanzlerin für Sarkozy wurde in Frankreich als unglückliche Geste gesehen. Wer die sensible französische Seele kennt, gleich welcher Partei-Couleur, würde auf eine solche deutsche Darbietung lieber verzichtet haben, da diese – ungewollt – einen Hauch von Demütigung erspüren lassen könnte. Vorbehalte und Aversionen, die nicht zuletzt aus der als schmachvoll empfundenen Blitzkrieg-Besetzung im Zweiten Weltkrieg herrühren, kommen auch heute noch daher. Bei Hollandes Antrittsbesuch in Berlin wurden zwischen Merkel und Hollande, die sich bis dahin nicht kannten, bloß die ohnehin bekannten Standpunkte zu Schuldenbremsen und deren Aufweichung höflich wattiert ausgetauscht. „Ich möchte, dass unsere Partnerschaft respektvoll vonstatten geht“, hatte Hollande auf dem SPD-Parteitag gewünscht. Man wird erst à la longue sehen, ob das neue mächtigste Staatsoberhaupt Europas der Bundeskanzlerin deren harsche, diplomatisch törichte Ausladung nachträgt, die sie dem allerdings nicht eben germanophil aufgetretenen Wahlkämpfer Hollande mit ihrem ostentativen Nicht-Empfang in Berlin bereitet hat.

Den Euro-Idealisten nebst der deutschen Geldschatulle könnte Merkels Hoffart noch teuer zu stehen kommen, denn: einmal zugefügte Kränkungen können ehrsinnige Franzosen dekadenlang nachtragen. „Merkande“ statt „Merkozy“ dürfte es wohl kaum geben.

Norbert J. Breuer, geb. 1954 in Saarlouis, arbeitet als selbstständiger internationaler Managementberater mit Schwerpunkt Deutschland/Frankreich. Daneben ist er als Seminardozent zahlreicher Kammern und Akademien sowie als Hochschuldozent, Publizist und Fachbuchautor tätig. Außerdem schreibt Breuer belletristisch.

Zu viel Geld schadet der Kunst

Das Buch »Kulturinfarkt« hat Besitzstandswahrer aufgescheucht und eine Debatte ausgelöst – Eine erste Bilanz

Die Reaktion der Medien auf die Veröffentlichung des Buches „Der Kulturinfarkt. Von allem zu viel und überall das Gleiche“ war groß, dabei verkürzten die meisten Kritiker die Aussagen des Buches auf den Vorschlag der vier Autoren, die Hälfte aller subventionierten Kultureinrichtungen in Deutschland zu schließen und das Geld anders zu verteilen. Dabei geht es den selbst aus dem Kulturbereich stammenden Verfassern um viel mehr.


Foto: pa

„Von allem zu viel und überall das Gleiche“: Kulturpolitik-Rebellen meinen, dass auf deutschen Bühnen kreative Langeweile herrscht

Man fühlte sich an den medialen Aufschrei zur Veröffentlichung von Thilo Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ erinnert: Auch bei „Der Kulturinfarkt“ wurden die Autoren attackiert und ihre Urteilsfähigkeit in Frage gestellt. Zudem wurde der Inhalt ihres Buches auf wenige Aspekte verkürzt. Dabei bieten die Thesen von Dieter Haselbach, Armin Klein, Pius Knüsel und Stephan Opitz im „Kulturinfarkt“ zahlreiche gute Ansätze für die Gestaltung der Kulturpolitik.

„Kunst, eigentlich ein Schlachtross der Aufklärung, wird plötzlich zu ihrem Widerpart“, lautet eine der Kernthesen des Autoren-Quartetts. Die vier erklären anschaulich, warum die staatliche Förderung von Kulturinstitutionen dazu geführt hat, dass diese jegliche Dynamik verloren haben. Wer einmal vom Staat gefördert werde, hänge fortan am Tropf des Steuerzahlers. Und so erhöhten sich Jahr für Jahr die Kosten der Kulturförderung, ohne dass hinterfragt würde, ob diese die gewünschten Ziele erreiche, was zum Teil auch daran liege, dass inzwischen kaum jemand mehr sagen könne, welche konkreten Ziele die Kulturförderung überhaupt verfolge.

Jegliche Dynamik verloren

Haselbach, Geschäftsführer der ICG Culturplan Unternehmensberatung, Knüsel, noch amtierender Direktor der Schweizer Kulturstiftung „Pro Helvetia“, Opitz, Referatsleiter für Kulturelle Grundsatzfragen im Ministerium für Bildung und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, und Klein, Professor für Kulturwissenschaft in Ludwigsburg, waren oder sind selber für den Staat tätig. Vielleicht erklärt das auch die wütenden Reaktionen auf ihr Buch: Da klagt jemand aus den eigenen Reihen das System an. „Uns erstaunt die rabiate, oft beleidigende Zurückweisung der Thesen des Buchs“, so Autor Knüsel gegenüber der *PAZ*. „Wo gerade der Kulturbetrieb behauptet, die gegenwärtigen Verhältnisse besonders kritisch unter die Lupe zu nehmen, Erkenntnis zu produzieren, und das oft mit Verkürzung, Verdrehung, Überzeichnung. Offenbar fällt er selbst nicht darunter. Das ist, was wir den ‚religiösen Aspekt‘ des Kulturbetriebs nennen: Kultur ist gut. Kritisieren darf man nur das andere. Wie in der Kirche des Mittelalters. Wer ihre lauteren Absichten und ihre Potenz, den Mensch zu verbessern, kritisierte, wurde exkommuniziert, im schlimmeren Falle auf den Scheiterhaufen gestellt. Der Scheiterhaufen heißt heute ‚shitstorm‘.“ Und dieser „Shitstorm“ kam über die Autoren, die schätzen, dass 75 Prozent der Reaktionen auf ihr Buch aus absoluter Abwehr bestanden, 15 Prozent aus ausgewogenen Analysen und nur zehn Prozent aus Zustimmung.

Allerdings üben die Autoren auch Kritik an der Kulturauffassung der 68er, die das heutige System prägen. Deren Ziel der „Kultur für alle“ habe dazu geführt, dass der Staat sich massiv engagiere, doch in der Realität würden nur etwa zehn Prozent der Bevölkerung die Angebote regelmäßig nutzen, die zudem keineswegs den finanziell zu unterstützenden Schichten der Gesellschaft angehörten. Niedrige Preise für Kultureinrichtungen dank staatlicher Subventionen sollten die Zutrittsschwelle niedrig halten und jedem dem Zugang zur Kultur ermöglichen, doch das habe dazu geführt, dass die niedrigen Preise den gefühlten Wert von Kultur gesenkt hätten und zudem alle Bürger, auch die armen, die wenigen Kulturangebotsnutzer subventionierten. Die Menschen seien durchaus bereit, viel Geld für Kultur zu bezahlen, dies sei anhand von Festivals, Rockkonzerten und Musicals leicht zu erkennen, denn hier würden die Menschen tief in die Tasche greifen, um sich dieses „besondere Erlebnis“ zu leisten.

Vor allem kritisieren Haselbach, Klein, Knüsel und Opitz das Menschenbild der 68er. So sei nach deren Auffassung der Mensch über Kultur zu erziehen und offenbar nicht in der Lage, selbst zu entscheiden, was für ihn richtig sei. Zudem sei Kultur, die nicht nur bilde, sondern zugleich unterhalte, kritisch beäugt worden. Als Ergebnis der These, dass Kultur in banaler Zerstreuung ende, sofern die Menschen selbst entschieden, was sie in ihrer Freizeit tun wollten. Dass bis heute geschätzte Autoren wie Goethe und Schiller, Maler wie Albrecht Dürer und Caspar David Friedrich, Bildhauer wie Tilman Riemenschneider und Ernst Barlach große Werke ganz ohne staatliche Subventionen erschufen, passte nicht in die Theorie der 68er und wurde daher ausgeblendet. Inzwischen soll Kultur zudem „die Demokratisierung befördern, die Fremden integrieren, die Wirtlichkeit von Städten steigern, die geistige Einheit der Nation herstellen, die Neonazis vertreiben, den Frieden sichern, wirtschaftliches Wachstum generieren sowie den sozialen Ausgleich schaffen“. Alles, was irgendwie in dieses Muster passt, wird also gefördert, wie die Autoren anmerken, und so erhielten rund 5000 öffentliche Museen, 140 Staats- und Stadttheater und Landesbühnen, 8500 öffentliche Bibliotheken sowie fast 1000 Musik- und Volkshochschulen neun Milliarden Euro pro Jahr. Kleine private Initiativen hätten es so schwer, ihre Ideen zu verwirklichen, da sie, so sie am Markt zu Marktpreisen anbieten würden, nur deutlich teurer agieren könnten.

»Wes Brot ich ess'« auch im Kulturbetrieb

Zugleich: „Je mehr öffentliches Geld drinsteckt, umso unverrückbarer ist die Institution dem Druck des Publikums enthoben ... Eine Kulturindustrie, welche den Namen verdient, würde sich nach außen öffnen und in Produkten denken ...“

Auch zweifeln die Autoren an, dass staatlich geförderte Kultur wirklich frei ist, da auch sie den Ansprüchen ihres Geldgebers, in diesem Fall eben des Staates, der in zahlreichen Gremien mitentscheidet, gerecht werden will. Die in der Kulturpolitik übliche Verachtung marktorientierter Ansätze im Bereich der Kultur hält das Autoren-Quartett für überheblich und grundfalsch, wenn auch aufgrund der antikapitalistischen Grundeinstellung der Vordenker der deutschen Kulturpolitik konsequent. Doch: „Die öffentlichen Kulturbetriebe von der Nachfrage abzuschirmen hat fatale Konsequenzen für ihre Innovationsfähigkeit ... Kultureinrichtungen, die kein Bild von ihrer eigenen Zukunft haben, werden neuen Situationen immer mit Mitteln der Vergangenheit zu begegnen suchen.“

All diese Thesen der Autoren, für die nur der Erhalt des nationalen Gedächtnisses mit Staatsgeld heilig ist, schmecken freilich den Tonangebenden in der deutschen Kulturszene nicht, hängen sie doch genau an diesem Tropf, der jetzt kritisiert wird. Doch Pius Knüsel nennt im Gespräch mit der *PAZ* auch Lichtblicke. Zwar hätten er und seine Kollegen bisher noch keinen Auftrag von der Politik erhalten, ein konkretes Reformprojekt zu erarbeiten, so der im Schweizer Kulturmanagement Engagierte, doch immerhin sei man von verschiedenen Parteien eingeladen worden, die Thesen zu präsentieren. Außerdem habe der Kulturrat vorgeschlagen, den Begriff „Kulturinfarkt“ zum Unwort des Jahres zu küren, was zeigt, dass man zumindest prägend auf die kulturpolitische Diskussion gewirkt habe. *Rebecca Bellano*

Ein Ritter, der mit Tod und Teufel fährt

Dichterrettung: Der Neidenburger Schriftsteller Axel Lübbe neu verlegt

Der heute vergessene Schriftsteller Axel Lübbe wurde am 18. Dezember 1880 in Littfinken, Kreis Neidenburg, geboren und verstarb am 15. Dezember 1963 im brandenburgischen Schöneiche bei Berlin. Nach dem Ersten Weltkrieg betätigte er sich erfolgreich als Lyriker, Novellist und Übersetzer, verkehrte mit Gerhart Hauptmann und Arthur Schnitzler.

Das Dritte Reich erstickte Lübbes Produktivität. Ihm wurde ein Schreibverbot auferlegt, weil er mit einer Jüdin verheiratet war. Während seiner Frau und seiner Tochter die Flucht in die USA gelang, blieb Lübbe im nationalsozialistischen Deutschland und führte in Berlin das karge Leben eines Ausgegrenzten.

Nach Kriegsende wandte er sich an keinen Geringeren als Peter Suhrkamp, dem der einst bekannte Verfasser geradezu klassischer Novellen noch in bester Erinnerung war. 1948 veröffentlichte Suhrkamp Lübbes Roman „Erbe“, der die tragikomische Geschichte einer bürgerlich-philisterhaften Familie erzählt und in eine Auseinandersetzung mit der NS-Ideologie einmündet. Danach wurde es wieder still um Lübbe.

Am 18. August 1979 erinnerte das *Ostpreußenblatt* mit einem Artikel erneut an den vergessenen Schriftsteller, der in der DDR nichts veröffentlicht hatte (*OB* Nr. 33/1979).



„Deutsches Antlitz“ aus Ostpreußen: Axel Lübbe verfasste klassisch durchkomponierte Novellen Bild: Archiv M. Völker

Anfang 2011 wurde der Berliner Kultur- und Literaturhistoriker Martin A. Völker, der sich auf Regionalkunde spezialisiert hat und zur deutschen Literatur im Osten forscht, auf Lübbe aufmerksam. Fasziniert von dessen Œuvre plante Völker eine erste kleinere Neuherausgabe. Er sammelte alle in Lübbes Hoch-Zeit veröffentlichten Werke und Informationen und setzte seine Suche in zahlreichen Archiven fort. In seine Recherche bezog er Ruth Geede mit ein, die in ihrer allwöchentlich in der *PAZ* erscheinenden Kolumne „Die ostpreußische Familie“ am 15. Oktober 2011 (*PAZ* Nr. 41/2011) Völkers Suche nach Lübbes Familie und Erben publik machte.

Die von Völker ausgewählte Novelle „Hugo von Brandenburg“, erstmals 1927 veröffentlicht, widmet sich der letzten Lebenszeit eines florentinischen Edelmannes und kaiserlichen Statthalters, der seinen inneren Dämonen entkommen will und in den Krieg zieht, um ihnen dort auf fatale Weise wiederzubegegnen. Es ist ein düsteres und zugleich packendes psychologisches Kammerspiel. Das Buch ist mit einem Nachwort versehen und bietet sich als bibliophiles Mitbringsel geradezu an.

Lübbes „Hugo von Brandenburg“ gewinnt, je häufiger man ihn liest. Hugos Kampf mit seinen verdrängten Gefühlen erinnert an die grausige Schönheit des sterbenden Laokoon. Lübbe verwischt die Grenze zwischen Traum und Wirklichkeit und erzeugt so eine Stimmung, die im Leser lange nachwirkt.

Der aufstrebende „hochroth Verlag“ in Berlin, der mittlerweile Dependancen in Leipzig und Wien unterhält, ist mit kostengünstigen, aber fein ausgestatteten Lyrikbänden bekannt geworden. Die strenge Auswahl weniger Gedichte oder, wie im vorliegenden Fall, die Konzentration auf eine Novelle bringt es mit sich, dass sich der Leser intensiv mit dem Dargebotenen beschäftigt.

Vortrefflich illustriert wird die Novelle durch den bekannten Dürer-Stich „Ritter, Tod und Teufel“ aus dem Jahr 1513. Mit Albrecht Dürer hatte sich Lübbe eingehend befasst. 1918 veröffentlichte er den Band „Deutsches Antlitz“, in dem er bekannte Bildnisse Dürers (zum Beispiel die Mutter des Künstlers oder Hieronymus Holzschuher) mit eigenen Gedichten beschrieb und kommentierte. Der Herausgeber Völker wählte für die Neuherausgabe Dürers „Ritter“, um Lübbes Menschenbild gegenüber den heutigen Lesern transparent zu machen: Der mit der Geburt an den Tod verlorene Mensch ist ein fragiles und störungsanfälliges Wesen, das zwar stets Stärke demonstriert, aber seine Schwächen und seine Ohnmachtsgefühle nur schlecht verbergen kann, dessen Leidenschaften und Ängste ein mithin gefährliches Eigenleben zu führen beginnen, sobald die Kräfte nachlassen.

Der Mensch als fragiles, störanfälliges Wesen

85 Jahre nach ihrer Erstveröffentlichung hat Lübbes Novelle kaum an Bedeutung verloren. Im Gegenteil.

Es wäre schön, bald wieder mehr von dem Neidenburger Schriftsteller lesen zu dürfen. Das vorliegende Buch lässt zudem die Hoffnung aufkeimen, dass auch andere Autoren Ost- und Westpreußens wiederentdeckt und in einer ähnlich zeitgemäßen Form editorisch bearbeitet werden. Das ist Musik einer hoffentlich nicht allzu fernen Zukunft. Der Herausgeber Völker hat jedenfalls versichert, dass er seine Literaturarchäologie fortsetzen wird. *Branka Golding*

Axel Lübbe: „Hugo von Brandenburg“, Novelle, mit einem Nachwort herausgegeben von Martin A. Völker, hochroth Verlag, Berlin 2012, 40 Seiten, 6 Euro. www.hochroth.de

Jüdisches Leben in Brandenburg

Noch bis zum 17. Juni zeigt das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte (HBPG) in Potsdam die Sonderausstellung „Synagogen in Brandenburg – Auf Spurensuche“. Es handelt sich dabei um eine Gemeinschaftsausstellung des HBPG mit dem Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien der Universität Potsdam (MMZ).

Für die Ausstellung hat eine Gruppe von Potsdamer Geschichts-, Judaistik- und Pädagogikstudenten authentische Zeugnisse vom jahrhundertelangen jüdischen Leben zwischen Prignitz und Oderbruch, Uckermark und Lausitz zusammengetragen. Unterstützt wurden sie dabei von regionalen Archiven und Museen sowie engagierten Brandenburger Bürgern.

In den heutigen Grenzen des Landes Brandenburg gab es ab dem frühen Mittelalter bis in die 1930er Jahre in etwa 50 Städten und Gemeinden Synagogen. Ihre Größe reichte vom einfachen Raum in Privathäusern bis zu stattlichen Bauten im Stil der Epoche des 19. Jahrhunderts. Mit der „Reichskristallnacht“ sowie der Vertreibung und Vernichtung der Juden wurden – nicht nur in Brandenburg – die Zeugnisse ihrer Kultur und Religion zerstört. Nach 1945 tat die Politik der DDR ein Übriges, die ehemaligen Stätten jüdischen Gemeindelebens der kollektiven Erinnerung zu entziehen. So sind ihre Spuren bis heute in manchen Orten fast vollständig verwischt, anderenorts hingegen sind sie wieder sichtbar gemacht. Die Schau lädt ein, sich auf Spurensuche zu begeben und mehr zu erfahren über Traditionen und Rituale jüdischen Gemeindelebens und über die Synagoge als Ort der Versammlung, der Lehre, des Lernens und des Gebetes.

Nach der Schließung der Ausstellung im HBPG soll ab Juli 2012 ein großer Teil der Schau als Wanderausstellung weiterziehen. Nähere Informationen, auch über die Führungen durch die Ausstellung, erteilen das Führungsbüro des HBPG, Telefon (0331) 62085-55, E-Mail: fuehrungsbuero@hbpg.de, sowie das MMZ, Telefon (0331) 28094-12, E-Mail: kotowski@uni-potsdam.de *PAZ*

Sie hatte einen Kampfeinsatz

Vor 75 Jahren, am 8. Juni 1937, lief die „Blücher“ bei den Deutschen Werken Kiel (DWK) vom Stapel. Der Schwere Kreuzer der „Admiral Hipper“-Klasse war ein Schwesterschiff der „Prinz Eugen“ und hatte eine Länge von insgesamt 205,9 Metern, eine Breite von 22 Metern, einen maximalen Tiefgang von 7,2 Metern, eine maximale Verdrängung von 18200 Tonnen, eine Höchstgeschwindigkeit von 32,8 Knoten, eine Besatzung von 1382 bis 1599 Mann sowie als Bewaffnung unter anderem acht 20,3-Zentimeter-Kanonen in vier Zwillingstürmen.


Bild: Archiv

Schwerer Kreuzer „Blücher“

Bereits bei ihrer ersten Feindfahrt wurde die „Blücher“ versenkt. Beim Unternehmen „Weserübung“, der Invasion Norwegens, wurde das Schiff, das Heeressoldaten nach Oslo bringen sollte, im Oslofjord von Land beschossen. Es fing Feuer und kenterte am 9. April 1940. Die Zahl der Opfer ist unbekannt. *M.R.*

Erst ein Krieg machte ihn möglich

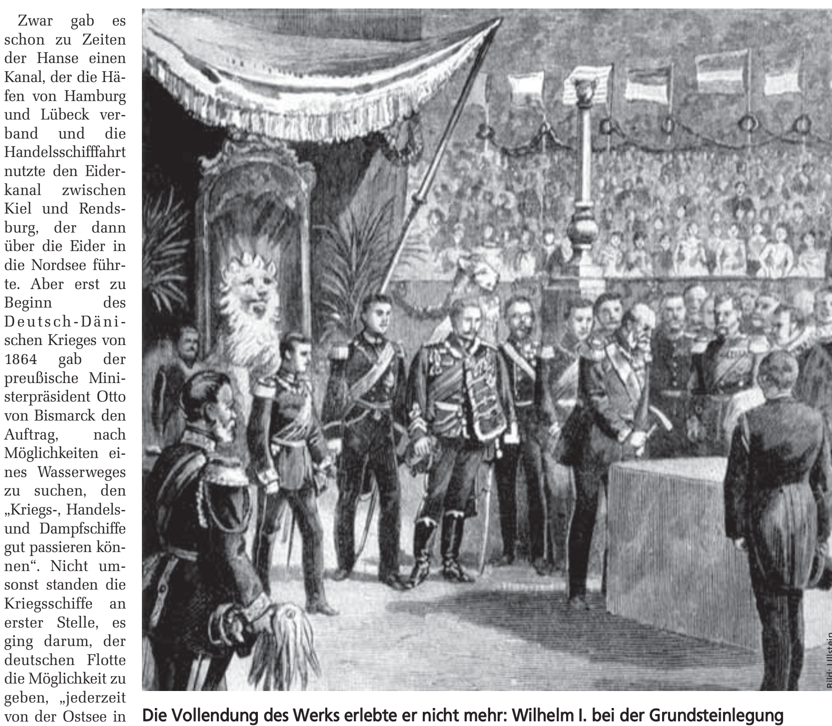
Vor 125 Jahren legte Kaiser Wilhelm I. den Grundstein des heutigen Nord-Ostsee-Kanals

Die Idee ist alt. Schon die Wikinger hatten nach Möglichkeiten gesucht, mit ihren Booten zwischen Nord- und Ostsee zu pendeln, ohne das stürmische Kap Skagen an der Nordspitze Dänemarks umrunden zu müssen. Es bedurfte jedoch erst des ersten Einigungskrieges zwischen Deutschen und Dänen von 1864, bevor vor 125 Jahren mit der großzügigen Umsetzung der Idee begonnen werden konnte.

Zwar gab es schon zu Zeiten der Hanse einen Kanal, der die Häfen von Hamburg und Lübeck verband und die Handelsschifffahrt nutzte den Eiderkanal zwischen Kiel und Rendsburg, der dann über die Eider in die Nordsee führte. Aber erst zu Beginn des Deutsch-Dänischen Krieges von 1864 gab der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck den Auftrag, nach Möglichkeiten eines Wasserweges zu suchen, den „Kriegs-, Handels- und Dampfschiffe gut passieren können“. Nicht umsonst standen die Kriegsschiffe an erster Stelle, es ging darum, der deutschen Flotte die Möglichkeit zu geben, „jederzeit von der Ostsee in die Nordsee zu gelangen, ohne unter dänischen Kanonen passieren zu müssen“.

Nach dem Friedensschluss mit den nördlichen Nachbarn schien diese Dringlichkeit nicht mehr so sehr geboten, sogar Militärs sprachen sich gegen das Kanalprojekt des Regierungschefs aus. Es fand aber Unterstützung in der Wirtschaft. Dabei engagierte sich der Hamburger Reeder Hermann Dahlström so sehr für den Wasserweg, dass er in der Hansestadt nur noch „Kanalström“ genannt wurde.

Auch der Reichskanzler hatte die Idee nicht vergessen und schaffte es, Kaiser Wilhelm I. dafür zu begeistern. Der gab 1883 den Auftrag, Beratungen über einen Bau des Kanals anzustellen und zwar ausdrücklich „mit den für die Flotte notwendigen Ausmaßen“. Die im Wasserbau erfahrenen Brüder Franzius sollten klären, ob der Kanal besser in die Kieler Förde oder in die Eckernförder Bucht münden sollte. Sie sprachen sich trotz erheblicher Mehrkosten für die Kieler Lösung aus. Am 16. März 1886 wurde der Kanalbau mit einem von Wilhelm I. und Bismarck unterzeichneten Reichsgesetz angeordnet.


Bild: Ullstein

Die Vollendung des Werks erlebte er nicht mehr: Wilhelm I. bei der Grundsteinlegung

Im Herbst 1887 begann die Kanalkommission den Baugrund zu erwerben, sie zahlte durchschnittlich 3265 Mark pro Hektar. Wer nicht verkaufen wollte, wurde enteignet und erhielt im Schnitt lediglich 2208 Mark pro Hektar.

Die Baukosten wurden auf 156 Millionen Mark veranschlagt. In heutigen Zeiten ist unvorstellbar, dass die nicht überschritten und auch der Eröffnungstermin eingehalten wurde. Am 3. Juni 1887 legte Wilhelm I. in Kiel-Holtenau den Grundstein.

An technischen Hilfsmitteln standen 60 Bagger, 94 Lokomotiven, zehn Dampframmen, 20 Kräne, fünf Betonmischmaschinen, 270 Dampfschlepper und 55 weitere Maschinen wie beispielsweise Dampfpumpen zur Verfügung. In Gegenden mit guten Tonböden errichteten Unternehmen zwei Ziegeleien, eine bei Brunsbüttel und eine am Flemhuder See. Die Zahl der Arbeiter erreichte ihren Höchststand im Juni und Juli 1862 mit 8900 Mann. Über zweieinhalbtausend waren es immer.

Sie kamen überwiegend aus den östlichen Provinzen Preußens, aber nicht alle konnten aus dem Deutschen Reich rekrutiert werden. So wurden auch Polen und Italiener angeworben. Bei der Rekrutierung wurden strenge Maßstäbe angelegt. Die Bewerber mussten über 17 Jahre alt sein, durften keiner anarchistischen oder sozialdemokratischen Partei angehören und sollten körperlich gesund sein. Über die Einhaltung der gesundheitlichen Vorschriften wachte ein Marinestabsarzt.

Untergebracht waren die Kanalarbeiter in staatlich verwalteten Lagern entlang der Kanaltrasse. Dort wurde darauf geachtet, dass nicht „gewissenlose Cantinenwirte sie ausbeuten und sie nicht verwildern“. Der Lohn für Erdarbeiter lag bei 3,30 Mark für eine Tagesschicht von zehn Stunden. Zimmerleute, Steinmetze und Maurer erhielten zwischen sechs und acht Mark pro Tag. Ein Bier kostete zu jener Zeit neun Pfennig.

Für die Unterkunft in Schlafsälen mit 100 Mann, einen halben Liter Morgenkaffee, gesüßt und mit Milch vermischt sowie ein Mittagessen wurden 65 Pfennig pro Tag vom Lohn abgezogen. Die Fleisch- und Speckrationen waren bemessen wie für die Armee im Felde.

Für weitere Verpflegung standen Kantinen zur Verfügung, von denen eine geradezu legendär wurde. Bei der Wirtin Kempny an der Grünenthaler Hochbrücke fühlten sich nicht nur Arbeiter und einfache Beamte wohl, auch Minister, Staatssekretäre, Botschafter und andere Würdenträger schwärmten von ihrer Gastfreundschaft und ihrer Küche.

Hochgestellte Persönlichkeiten waren immer wieder zu Gast an der Großbaustelle. Kaiser Wilhelm II., der Nachfolger von Wilhelm I., nutzte jede Gelegenheit, sie zu besichtigen, aber auch der russische Zar Alexander III. bewunderte die Ingenieurkunst der Deutschen.

Als am 20. Juni 1895 die Yacht „Hohenzollern“ mit dem deutschen Kaiser an Bord mit ihrem Bug in Brunsbüttel eine schwarz-weiß-rote Kordel durchtrennte und damit den Kanal eröffnete, wurde den deutschen Steuerzahlern die Schlussrechnung präsentiert. Zwar war die veranschlagte Bausumme nicht überschritten worden, aber um von vornherein mögliche Diskussionen über die Kosten von 156 Millionen Mark gar nicht erst aufkommen zu lassen, rechnete man der Öffentlichkeit vor, wie „vergleichsweise gering“ sie seien. Während der Suezkanal, der keine Schleusen benötigte, 2,28 Millionen Mark pro Kilometer gekostet hatte, war man beim Kaiser-Wilhelm-Kanal, wie er bis 1948 genannt wurde, trotz seiner aufwändigen technischen Vorrichtungen mit 1,58 Millionen Mark pro Kilometer ausgekommen.

> Nach Schiffsanzahl der meistbefahrene Kanal der Welt

Heute ist der Nord-Ostsee-Kanal die nach Anzahl der Schiffe meistbefahrene künstliche Wasserstraße der Welt. Vergangenes Jahr nutzten 33522 Schiffe mit einer Gesamt-Bruttoraumzahl von 154,5 Millionen den Kanal. Die gesamte transportierte Gütermenge stieg im Vergleich zum Vorjahr um 16,9 Prozent und betrug 98036571 Tonnen. Wegen der zunehmenden Schiffsgrößen steigt die Menge der Ladung überproportional zur Anzahl der Schiffe. Den größten Teil machen Containerzubringerdienste aus, die aus dem Ostseeraum kommen und in Häfen in der südlichen Nordsee fahren, wo ihre Ladungen zu Transozean-Passagen zusammengestellt werden. *Eigel Wiese*

Denkmal für Karl Marx’ Geliebte

Helena-Demuth-Statue: Eingeweiht von einem CDU-Bürgermeister, erschaffen von einem Hrdlicka-Schüler

Die saarländische Stadt St. Wendel hat Helena Demuth ein Denkmal gesetzt. Bei der so Geehrten handelt es sich um die Haushälterin und Geliebten von Karl Marx sowie Mutter seines unehelichen Sohnes Henry Frederick Demuth. Solange der Sozialismus in vielen Ländern Europas noch Staatsdogma war, wusste St. Wendel nicht, wie es mit dem Erbe seiner Tochter umgehen solle. Jetzt, mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Untergang des real existierenden Sozialismus, wurde Helena Demuth in St. Wendel ein Denkmal gesetzt.

Das vom christdemokratischen Bürgermeister Klaus Bouillon eingeweihte Denkmal an der St. Wendeler Stadtmauer stammt von dem Künstler Kurt Tassotti. „Sie war eine Frau, die wir heute emanzipiert nennen würden, und verfügte über eine hohe politische Kompetenz. Ich habe sie so erschaffen, wie ich sie mir vorstelle. Zu ihrem emanzipierten Wesen gehörte auch der Mutterwunsch“, so der aus Österreich stammende Künstler und Schüler Alfred Hrdlickas. Denn das ist das Besondere an seinem Werk: Demuth ist schwanger dargestellt. Sie blickt auf ein Bild, das sie in der Hand hält. Es zeigt ihren Arbeitgeber und Liebhaber Karl Marx.

Vor 175 Jahren ging die nun Geehrte als Dienstmädchen in das Haus der späteren Schwiegereltern von Karl Marx. 1845 schickte Marx’ Schwiegermutter das fünfte von sieben Kindern einer armen Tagelöhnerfamilie zur Unterstützung ihrer Tochter nach Brüssel. Seitdem war Helena Demuth bei der Familie Marx und folgte ihr auch 1848 nach Paris, 1848/49 nach Köln, 1849 wieder nach Paris und dann 1849 ins endgültige Exil nach London.


An der St. Wendeler Stadtmauer: Bouillon und Tassotti mit dem Helena-Demuth-Denkmal Bild: Boost

Helena Demuth war nicht nur Haushälterin und Köchin, sondern auch Erzieherin der Kinder, die sie Nimmy nannten. Gelegentlich spielte sie auch Schach mit Marx, der gegen sie verlor, wie Wilhelm Liebknecht erzählte. Außerdem führte sie lange Gespräche mit ihm und half, seine Ideen zu verbreiten. Die beiden kamen sich näher und 1851 gebar Demuth einen Sohn, der zu Ehren Friedrich Engels’ den Vornamen Frederick erhielt. Obwohl der Junge seinem Vater "lächerlich ähnlich" sah, um es mit den Worten einer Freundin der Familie zu sagen, kümmerte sich Marx nicht um ihn. Frederick Demuth (genannt Freddy) wurde in eine Londoner Pflegefamilie gegeben.

Nach dem Tod des Vaters ihres Sohnes zog Helena Demuth zu Friedrich Engels und führte nun diesem den Haushalt. Erst seitdem durfte ihr erwachsener Sohn sie ab und zu in der Küche besuchen. 1890 erkrankte sie an Krebs und starb am 4. November in London. In ihrem Testament vermachte sie ihrem Sohn Frederick 95 Pfund. Auf Wunsch der von Karl Marx ehelich geborenen Töchter Eleanor und Laura Lafargue wurde sie im Familiengrab der Familie Marx beigesetzt. Ihr letzter Arbeitgeber Engels hielt die Trauerrede. *Bodo Bost*

Ein Marsch zeugt bis heute vom Sieg

Bei Hohenfriedberg schlugen am 4. Juni 1745 die Preußen die in Schlesien einmarschierten Österreicher und Sachsen

Zu Beginn des Frühjahrs 1745 hatte sich die politische Lage in Europa zu Ungunsten Friedrichs des Großen gewandelt. Preußens Offensive in Böhmen, mit der Friedrich den Zweiten Schlesischen Krieg begonnen hatte, war gescheitert. Nun war es der Gegner, der in Schlesien preußischen Boden betrat. Vor 267 Jahren lieferten sich Preußen auf der einen Seite sowie Österreicher und die mit ihnen verbündeten Sachsen auf der anderen im schlesischen Hohenfriedberg eine Schlacht, von der bis heute der Militärmarsch „Der Hohenfriedberger" zeugt.

Im Januar 1745 war der glücklose Kaiser Karl VII. aus dem bayerischen Herrscherhaus Wittelsbach überraschend gestorben. Nun sah Friedrichs große Rivalin Maria Theresia, die Königin von Ungarn und Böhmen, ihre Chance gekommen, ihren Gatten, Franz Stephan von Lothringen, auf den Kaiserthron zu bringen. Der Sohn des Verstorbenen, Maximilian Joseph von Bayern, hatte kein Interesse mehr, den verlustreichen Krieg gegen Österreich an der Seite Preußens fortsetzen. So schlossen er und Maria Theresia am 22. April den Frieden von Füssen. Damit hatte Friedrich einen wichtigen Verbündeten verloren und auch keine Gelegenheit mehr, die Kaiserpolitik des Hauses Wittelsbach als Vorwand für seine eigenen Ambitionen zu benutzen. Nun schien für Habsburg die Chance gekommen, im Bündnis mit Großbritannien, den Niederlanden und Sachsen gegen Preußen vorzugehen.

Grundstein für Friedrichs des Großen Ruhm als Feldherr

Friedrich hatte inzwischen viel Mühe aufwenden müssen, um nach dem Rückzug aus Böhmen Ende 1744, der für ihn beinahe zur Katastrophe geführt hätte, seine durch Desertionen geschwächte Armee wieder zu festigen. Die Soldaten waren demoralisiert und begingen Übergriffe an der schlesischen Bevölkerung, die deswegen zahlreiche Beschwerden vorbrachte. Friedrich musste die Armee disziplinieren und auf den erwarteten Angriff des Gegners vorbereiten. Dieser ließ nicht lange auf sich warten.

Während es dem alten Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau gelang, österreichische Truppen, die in Oberschlesien eingefallen waren, zurückzuwerfen, trat die Hauptarmee unter Prinz Karl von Lothringen, dem Schwager Maria Theresias, Ende Mai den Vormarsch an. Nach Vereinigung mit dem sächsischen Korps unter Herzog Johann Adolf von Sachsen-Weißenfels überschritt sie bei Trautenau die Ausläufer des Riesengebirges. Bei Landeshut lieferte Oberst Hans Karl von Winterfeldt gemeinsam mit Rittmeister Friedrich Wilhelm von Seydlitz, dem späteren Reitergeneral, ein erfolgreiches Gefecht und verschaffte dem König wertvolle Zeit. Schließlich bezog die Armee der Verbündeten am 3. Juni bei Hohenfriedberg, 20 Kilometer nordöstlich von Landeshut, ein Lager. Die gemeinsame Stärke betrug rund 70 000 Mann und 121 Geschütze.

Friedrich wollte den Gegner beim Austritt aus den Gebirgstälern stellen und hatte durch seine Späher von dessen Anmarsch rechtzeitig Meldung erhalten. Unverzüglich traf er seine Dispositionen. Er war 60 000 Mann stark und beschloss die Offensive. Er brach sein Lager nordwestlich von Schweidnitz ab und marschierte in der Nacht zum 4. Juni unbemerkt auf Hohenfriedberg zu. Im Morgengrauen drangen die Kolonnen zwischen den Feldwachen des Gegners hindurch und formierten sich, ohne auf Widerstand zu stoßen, zum Angriff. Friedrich hatte seine Armee in zwei Treffen gegliedert. Das erste Treffen sollte nach Norden marschieren, dann nach links einschwenken und das sächsische Korps werfen, das den linken Flügel des Gegners bildete und eine relativ sichere Stellung innehatte. Hierauf wollte er gemeinsam mit dem zweiten Treffen die österreichische Hauptmacht angreifen und schlagen.

Die Sachsen wurden in der Morgendämmerung aus dem Schlaf gerissen und mussten sich in aller Eile formieren. Die preußische Kavallerie unter dem 73-jährigen Feldmarschall Wilhelm Dietrich von Buddenbrook warf die Sachsen, die von einigen österreichischen Regimentern unterstützt wurden, aus ihren Stellungen beim Dorf Pilgramshain. Damit hatte man den äußersten linken Flügel des Gegners zersprengt, worauf 21 Bataillone unter dem Erbprinzen Leopold von Anhalt-Dessau die sächsische Infanterie zügig angriffen und aus ihren Stellungen warfen. Um 7 Uhr war das sächsische Korps geschlagen. Nun sahen sich die Österreicher dem Angriff des ganzen preußischen Heeres gegenüber.

Inzwischen hatte General Friedrich von Kyau auf dem äußersten Südflügel der Preußen mit 45 Schwadronen eine Attacke geritten und die österreichische Kavallerie in ein heftiges Gefecht verwickelt, wurde aber von der gegnerischen Übermacht zurückgeworfen. Erst das Eingreifen des Generals Hans Joachim von Zieten wendete das Blatt. Die preußische Kavallerie und der daran anschließende Infanterieflügel rückten weiter vor, wodurch sich aber der Abstand zum rechten preußischen Flügel vergrößerte. Dadurch verlor die Bewegung an Schwung, während die österreichische Infanterie, in deren Zentrum das kampferprobte Grenadierkorps stand, erfolgreich Widerstand leistete. Zwei preußische Regimenter erlitten schreckliche Verluste, und der Angriff drohte zu erlahmen.

In dieser Situation erkannte Generalleutnant Friedrich von Gessler, der mit seiner Truppe in Reserve stand, die Krise. Er sah, wie sich zwischen dem rechten und linken Flügel eine Lücke von etwa 600 Metern auftat und setzte das Regiment der Bayreuth-Dragoner an dieser Stelle zum Entlastungsangriff an. Das Regiment, 1500 Mann stark, ritt eine so heftige Attacke, dass das Grenadierkorps durchbrochen wurde. Es verlor 2500 Gefangene und 66 Fahnen, worauf sich die Österreicher fluchtartig zurückzogen. Kurz nach 9 Uhr fand die Schlacht ihr Ende.



Angriff des preußischen Grenadiergardebataillons: Gemälde von Carl Röchling (1855–1920) Bild: Archiv

Die Entscheidung war durch die Initiative und das Eingreifen eines Kommandeurs gefallen, der auf die taktische Krise richtig reagiert hatte. Zum ersten Mal in den Schlesischen Kriegen hatte die bisher unterlegene preußische Kavallerie die Schlacht entschieden. Der Gegner verlor 13 500 Mann, etwa dreimal so viel wie die Preußen. Doch der König veranstaltete keine Siegesfeier, sondern zog es der Überlieferung nach vor, sein musisches Talent zu pflegen. Er setzte sich hin und komponierte in Anerkennung seiner tapferen Reiter einen berühmt gewordenen Marsch: „Auf, Ansbach Dragoner, auf, Ansbach-Bayreuth! Schnall um deinen Säbel und rüst' dich zum Streit! Prinz Karl ist erschienen auf Friedbergs Höh'n, sich das preußische Heer mal anzusehn …"

Hohenfriedberg entschied zwar nicht den Feldzug, legte aber den Grundstein zu König Friedrichs Ruhm als Feldherr.

Heinz Magenheimer

In Ostpreußen wurde er zum Tierfilmer

Wie 1937 zum Schlüsseljahr der gesamten späteren Entwicklung Heinz Sielmanns wurde

Im Jahre 1937 hielt Heinz Sielmann seine ersten öffentlichen Vorträge, in Rossitten und Königsberg, und veröffentlichte seinen ersten Beitrag „Belauschte Brutvögel" in der „Ostpreußischen Sonntagspost" (12. Dezember). In den Sommermonaten 1937 unterstützte er die Wissenschaftler der Vogelwarte bei ihrer Arbeit und lernte den Mann kennen, der ihm die Richtung für sein gesamtes späteres Leben wies: den Tierfilmer Horst Siewert.

Horst Siewert, Leiter der „Forschungsstätte Deutsches Wild" in Joachimsthal in der Schorfheide bei Berlin, kam allein 1937 siebenmal nach Ostpreußen, um das Leben der Elche im Jahresverlauf im Film festzuhalten. Die größte Hirschart der Welt kam im Deutschen Reich ausschließlich in Ostpreußen – im Bereich des Memeldeltas auf der Ostseite des Kurischen Haffs und auf der Kurischen Nehrung – vor. Als Siewert auf der Nehrung filmte und, wie auch Sielmann, in der Beobachtungsstation „Ulmenhorst" der Vogelwarte übernachtete, hatten die beiden einige Nächte lang Zeit und Gelegenheit, sich kennenzulernen und auszutauschen.

Nach dieser einzigen Begegnung mit Siewert stand es für den zwei Jahrzehnte zuvor, am 2. Juni 1917, im heute zu Mönchengladbach gehörenden Rheydt geborenen Preußen fest: „Ich werde Tierfilmer!" Nun musste nur noch das Abitur bestanden werden, dann würde seinem weiteren Weg nichts mehr im Wege stehen, meinte er. Die Reifeprüfung bestand er im folgenden Frühjahr. Seine Eltern schenkten ihm eine erste 16-Millimeter-Filmkamera, eine Ciné Kodak Spezial, und unverzüglich begann er, das Verhalten der Wiesenvögel in der Pregelniederung mit bewegten Bildern zu dokumentieren. Hier entstand sein erster Film, „Vögel über Haff und Wiesen", den er im Februar 1939 in der Königsberger Albertus-Universität vorführte. Leider wurde dieses Erstlingswerk nicht kopiert und ging im Zweiten Weltkrieg verloren.



Bild: Hinkelmann

Im Ostpreußischen Landesmuseum 2001: Heinz Sielmann und der Autor dieses Beitrags bei der Eröffnung einer Ausstellung über das Lebenswerk des Filmschaffenden und Naturfreundes

Der Zweite Weltkrieg ließ Sielmanns Vorstellungen von seiner Zukunft vorerst Makulatur werden. Statt ein Studium zu beginnen, wurde er zunächst einmal zur Wehrmacht eingezogen. Dort bildete man ihn zum Funker und später zum Funklehrer aus. In dieser Funktion konnte er allerdings 1941/42, gewissermaßen nebenher, an der neu geschaffenen „Reichsuniversität Warthegau" vier Semester Biologie studieren.

1943 wurde zu einem weiteren Schicksalsjahr für Sielmann. Seine Erlebnisse mit den Vögeln in den Pregelwiesen hatte er zu einem gut illustrierten, seinem ersten Buch zusammengestellt, das nach Jahren des Wartens endlich bei Gräfe und Unzer in Königsberg erschien. Es erhielt denselben Titel wie sein Film: „Vögel über Haff und Wiesen". Doch brauchte die Wehrmacht immer mehr kämpfende Soldaten und ersetzte die Funklehrer durch weibliches Personal. Sein Marschbefehl an die Ostfront war bereits formuliert, als er von Horst Siewerts Tod erfuhr. Siewert war mit dem Auftrag ins besetzte Kreta geschickt worden, dort einen Film über Landschaft, Volksleben und Tierwelt der großen Insel zu drehen. Doch erlitt er am 20. Juni 1943 beim Aufstieg in den Bergen einen Herzinfarkt und stürzte mit tödlicher Folge ab. Nun wurde Sielmann gefragt, ob er dessen gerade begonnenes Filmwerk fortsetzen wolle. Natürlich sagte er sofort zu und hielt sich bereit. Doch erst nach einer ganzen Reihe anderer militärischer Verwendungen konnte er im April 1944 nach Kreta reisen und das Filmprojekt fortsetzen. Hier erlebte er das Kriegsende am 8. Mai 1945. Bis zum letzten Tag hatte er filmen können. Auch dieses Filmmaterial gilt heute als verschollen.

Einige ostpreußische Nächte mit Horst Siewert brachten die Entscheidung

Nach britischer Kriegsgefangenschaft fasste Sielmann beruflich Fuß in Hamburg, drehte seinen ersten Kinofilm und heiratete am 22. Dezember 1952 Inge Witt. Das Ehepaar ging nach München, wo Sielmanns einzigartige Karriere im Wirtschaftswunderland begann. Sielmann hat sein Studium nie abgeschlossen, hatte aber stets ein gutes Gespür für neue Entwicklungen und lohnenswerte Herausforderungen. Die deutsch-deutsche Grenze hatte für ihn nur geringe Bedeutung. Er konnte auch in der DDR drehen und wurde hier wie im Westen von den Zuschauern gern gesehen. 1960 wurde er sogar mit dem Filmpreis der Deutschen Demokratischen Republik ausgezeichnet. Doch seine Heimat Ostpreußen sah er erst nach der politischen „Wende" wieder. Dort drehte er auch auf der Kurischen Nehrung für RTL den Beitrag „Europas Küsten – Brükken des Vogelzugs", der am 9. März 1992 ausgestrahlt wurde.

Das Wiedersehen mit Rossitten, wo die Vogelzugforschung bereits 1956 in einem Außeninstitut der Universität Leningrad wieder aufgenommen worden war, war für Sielmann ein besonders bewegender Moment. Die blühende, hervorragend funktionierende Vogelwarte seiner Erinnerung kontrastierte stark mit der nun von ihm vorgefundenen Einrichtung, die nach dem Zerfall der Sowjetunion ums Überleben kämpfte. Dort war große Hilfe, ein starkes finanzielles Engagement notwendig, und Sielmann war bereit. Als die Vogelwarte Rossitten 2001 ihr 100-jähriges Bestehen feierte, war Sielmann als Ehrengast eingeladen. Ohne seine Unterstützung gäbe es das Institut nicht mehr.

Auf Gut Herbigshagen am Rande von Duderstadt, dem operativen Zentrum der 1994 vom Ehepaar Sielmann gegründeten Heinz Sielmann Stiftung, wird an seinen Namensgeber und dessen Lebenswerk erinnert. Dort wird gezeigt, welche Bedeutung Ostpreußen für seine Karriere hatte. Die Stiftung hat zur Aufgabe, Naturräume und die in ihnen lebenden Tiere und Pflanzen zu schützen, Kinder und Jugendliche an die Natur heranzuführen sowie ein Archiv für Natur- und Tierfilme aufzubauen. Fast alle diese Projekte werden in der Bundesrepublik durchgeführt. Besonders in den neuen Bundesländern erwirbt die Stiftung Lebensräume, um sie langfristig zu sichern. Zu den ganz wenigen Ausnahmen außerhalb der Bundesrepublik gehört das heute als Exklave zur Russischen Föderation gehörende Rossitten. Dort erhält die Stiftung den Betrieb der Vogelwarte aufrecht. Auch dadurch bleibt Heinz Sielmann, der am 6. Oktober 2006 in München starb, über seinen Tod hinaus seiner ostpreußischen Heimat verbunden.

Christoph Hinkelmann

ESM bedeutet Diktatur

Zu: „‚Nein zum ESM‘“ (Nr. 21)

Vor dem ESM-Finanzierungsgesetz (ESMFinG) muss gewarnt werden. Dieses Gesetz dient nicht dem Wohl des deutschen Volkes, sondern ist grundgesetzwidrig und würde unabsehbare Folgeschäden verursachen. Zu beachten sind folgende Fakten:

1. Frankreich und Griechenland haben bei den jüngsten Wahlen entschieden, die europäische Sparpolitik abzulehnen. Für Deutschland bringen diese Entscheidungen zusätzliche Belastungen.

2. Das ESMFinG erfordert eine supranationale ESM-Bank, die geheim arbeitet, unkontrollierbar ist und nicht demokratisch legitimiert geleitet wird.

3. Deutschland verpflichtet sich, an die ESM-Bank 190 Milliarden Euro zu zahlen und damit einen Teil seiner Haushaltssouveränität aufzugeben. Das ist grundgesetzwidrig.

4. Die ESM-Bank dient der zentralen europäischen Schuldenverwaltung und führt zu einer Fiskal-Diktatur. Deutschland wird gesetzwidrig gezwungen, die Schulden der korrupter Staaten zu übernehmen.

5. Die ESM-Bank spaltet Europa in eine Euro-Zone und in eine Nicht-Euro-Zone.

6. Die ESM-Bank führt zu einem europäischen Bundesstaat und zur grundgesetzwidrigen Preisgabe Deutschlands als souveräner Staat. Eine europäische Zentralregierung ist nur durch eine Diktatur realisierbar.

7. Das ESMFinG führt nicht zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, weil Deutschland durch die Übernahme fremder Staatsschulden in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit beeinträchtigt wird und selbst dem Staatsbankrott näherkommt.

8. Das ESMFinG führt nicht zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, weil die Ursachen der Wirtschaftsschwäche der europäischen Südstaaten nicht durch Kredite beseitigt werden können. Diese Ursachen sind Verwaltungsversagen, Korruption, mangelnde Leistungsbereitschaft und Steuerhinterziehung.

Dr. Hans Penner, Linkenheim-Hochstetten

Nicht im Ansatz souverän

Zu: „Zwölf Sterne“ (Nr. 20)

Eine ungeheuerliche Tatsache, dass eine nationale Notenbank ihre Goldreserven nicht auf eigenem Staatsgebiet, sondern auf dem Territorium einer fremden Macht lagert. Kleinere Teile des deutschen Goldes befinden sich übrigens, wie man seit der Gauweilerschen Nachfrage weiß, in London und Paris. Dass dies die drei westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkriegs sind, ist natürlich nur ein Zufall.

Der Großteil unserer Goldreserven liegt zwar in den USA, aber dafür haben wir zum Ausgleich zirka 70 000 US-Besatzungssoldaten im Lande mitsamt Atombomben, über deren Einsatz selbstverständlich nur die USA entscheiden können.

Auch führt der US-Hegemon immer mal wieder Kriege unter anderem von deutschem Staatsgebiet aus und ob die BRD-Regierung nun dafür ist oder nicht, spielt überhaupt keine Rolle. Man denke nur an den zweiten Irakkrieg (die Regierung Schröder war dagegen) oder den Libyenkrieg (Regierung Merkel war neutral). Das Grundgesetz ächtet zwar den Angriffskrieg, aber die Machtinteressen des US-Hegemons sind allemal höherwertig als das Grundgesetz. Ein Staat jedoch, der nicht einmal entscheiden kann, ob von seinem Territorium Krieg geführt wird oder nicht, kann nicht im Ansatz als souverän bezeichnet werden.

Thomas Wagner, Rio de Janeiro, Brasilien

Wie in der DDR

Zu: „Sarrazin entzaubert Mythos“ (Nr. 21)

Hans-Olaf Henkel hat schon vor längerer Zeit gefordert, den Euro in einen (härteren) Nord-Euro und einen (weicheren) Süd-Euro aufzuteilen, womit er sich natürlich den Unmut und den Zorn der politisch korrekten Medien und Gutmenschen, vor allem aber den aller ehrlichen und überzeugten Europäer zugezogen hat.

Leider ist in den gleichgeschalteten deutschen Medien jegliche Diskussion um den Euro mit einem Tabu belegt und politisch unerwünscht. In den meisten Talkshows, die dieses Thema diskutieren, versichern die Anwesenden zunächst, dass sie alle überzeugte Europäer sind (die wahrscheinlich nur zufällig Deutsch reden), anschließend darf dann eine leichte Kritik zur Euro-Rettung angebracht werden, um abschließend wieder zu betonen, dass man ja überzeugter Europäer sei.

In der DDR lief das ähnlich ab: Man versicherte zunächst, überzeugter Kommunist der SED zu sein, anschließend durfte man eine kleine Kritik anbringen, um dann wieder zu sagen, man kritisiere das ja nur, weil man ja eben ein überzeugter Kommunist sei.

Wahrscheinlich flüchtet sich der politisch korrekte Deutsche gern in eine europäische Identität, weil er von derart viel Selbsthass besessen ist, die ihm die Geschichte seiner Nation auferlegt hat.

Ralf Müller, Dresden

Ein neuer Krieg

Zu: „Sarrazin entzaubert Mythos“ (Nr. 21)

Jeder politisch interessierte Deutsche weiß, dass die Einführung des Euro nur dazu diente, Deutschland zu schwächen. Die Äußerung des damaligen französischen Staatspräsidenten François Mitterrand, dass dies Versailles ohne Krieg sei, ist offensichtlich dokumentiert.

Einige Jahre ging alles gut, Deutschland hatte schwer mit der Wiedervereinigung zu tun, bekam das alles aber wesentlich schneller in den Griff, als es unsere „Verbündeten“ für möglich hielten. Jetzt ist es wieder soweit: Deutschland ist wirtschaftlich stärker als alle anderen in Europa und jetzt beginnt ein neuer Krieg, dieses Mal mit den Finanzwaffen.

All dies, was jetzt unentwegt geschieht, dient nur dem einen Zweck, Deutschland zu zerstören. Die Angst davor, dass irgendwann die Mehrheit der Deutschen dies begreift, löst die üblichen Empörungen aus.

Der Krieg ist seit fast 70 Jahren zu Ende, kein heute lebender Deutscher, abgesehen vielleicht von einigen Uralt-Männern, hat je Schuld auf sich geladen. Sie haben alle ihr Leben lang fleißig gearbeitet, sind rechtschaffene Bürger und ihnen permanent einzureden, dass sie einem Verbrechervolk angehören würden, muss langsam ein Ende finden.

Aber vor diesem Ende fürchten sich diese ganzen Gutmenschen. Das Einzige, was sie können, ist die Nazikeule zu schwingen.

Ketzerisch gesagt müssen sie dem Dritten Reich dankbar sein, dass es existierte, denn nur diesem Umstand haben sie ihre materielle Existenz zu verdanken. Was würden sie bloß tun, wenn es die Nazis nicht gegeben hätte?

Peter Schumacher, Melsungen



„Diskussionen mit Tabu belegt und politisch unerwünscht“ – die heutige Konsensmeierei erinnert manchen schon an ostzonale Verhältnisse: Abstimmung in Ost-Berlin im September 1974 über die Streichung des Begriffes „Deutsche Nation“ aus der DDR-Verfassung. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Bild: pa

Überdenken

Zum Leserbrief: „Nur ein Spielball der Politik“ (Nr. 20)

In welcher Zeit leben wir eigentlich, wenn einer Dichterin und verdienten Ostpreußin der Straßenname aberkannt wird. Agnes Miegels Gedichte haben uns als Schüler zwar viel abverlangt. Heute ist es für mich eine Bereicherung, dass wir seinerzeit die Gedichte lernen mussten. Sie waren schwer, aber inhaltsreich. Es war eine gute Übung für uns. Miegel war als Mensch aus unserer ostpreußischen Heimat nicht wegzudenken. Eine außergewöhnliche Frau. Sie hatte im Traum die beiden Weltkriege gesehen mit der Not und dem Elend und war darüber sehr in Unruhe geraten.

Der Oberbürgermeister von Celle sollte seine Entscheidung noch einmal überdenken und auch seinen Stadtverordneten eine sachliche Belehrung über diese außergewöhnliche Dichterin geben.

Heinz Lipka, Bad Aibling

Das dicke Konto

Zu: „Ein geopolitisches Spiel“ (Nr. 19)

Was mich wundert ist, dass man Frau Timoschenko immer noch so hoch in den Himmel hebt. Wo hat sie nur ihr dickes Bankkonto her? Bevor die „orangene Revolution“, durch Millionen aus amerikanischen Stiftungen finanziert, greifen konnte, soll besagte „Demokratin“ bei Interpol auf der Liste gestanden haben ... Dann kam die „Begegnung“ mit dem Präsidenten und als sie ihre Ziele nicht durchsetzen konnte, gründete sie eben eine eigene Partei. Ob als Regierung oder als Opposition, die Herrschaften haben nicht viel zu Stande gebracht, nur Beschlüsse boykotiert und so die Wirtschaft lahmgelegt. Aber davon abgesehen, die jetzige Regierung ist natürlich nicht besser. Auch der Präsident soll schon gesessen haben, nicht gerade wegen eines Kavaliersdeliktes.

Reinhard Kernz, Berlin

»Schwabenland« größte Leistung der Vorkriegspolarforschung

Zu: „Eisige Legenden um Hitler“ (Nr. 19)

Der ansonsten korrekte und informative Beitrag über die Legenden, die sich um eine Hitler-Festung in der Antarktis bildeten, enthält allerdings eine kleine Ungenauigkeit. Es betrifft die Aussage, eine deutsche Antarktis-Expedition habe noch während des Zweiten Weltkrieges im Königin-Maud-Land eine Basis errichtet. Tatsache ist vielmehr, dass das Forschungsschiff „Schwabenland“ über die Jahreswende 1938/39, also noch vor dem Zweiten Weltkrieg, eine Expedition in jene Gegend unternahm und das erforschte Gebiet „Neu-Schwabenland“ nannte. Eine Basis wurde jedoch weder zu jenem Zeitpunkt noch danach (während des Krieges) errichtet.

Leider ist die Deutsche Antarktische Expedition von 1938/39 in der Geschichtsschreibung kaum präsent, obwohl ihre Forschungsergebnisse seinerzeit einzigartig waren. Aber der Grund ist ein ganz einfacher: Die Expedition fand unter der Schirmherrschaft der Nationalsozialisten und damit zur „falschen“ Zeit statt, weshalb sich politisch korrekte Zeitgenossen nur ungern daran erinnern.

Ein amerikanischer Wissenschaftler sagte dazu schon vor einigen Jahren, die Ergebnisse der deutschen Expedition von 1938/39 zählten zu den größten Leistungen auf der Gebiet der Polarforschung vor dem Zweiten Weltkrieg und er könne gar nicht verstehen, dass die Deutschen nicht stolz darauf seien, nur weil das NS-Regime der Auftraggeber war. Er verglich diese Haltung dann mit der zu den Olympischen Spielen von 1936 in Berlin, wofür sich nach seiner Feststellung viele heutige Deutsche geradezu schämten, obwohl man als Deutscher doch eigentlich auf die damaligen sportlichen Leistungen sehr stolz sein könne.

Als ich 1997 selbst an einer Antarktis-Expedition teilnahm und dabei unter anderem auch die argentinische Forschungsstation „Esperanza“ besichtigte – eine der ältesten und nach der US-Station am Südpol zugleich die zweitgrößte Basis in der Antarktis, wo 1978 auch der erste Mensch auf dem Kontinent geboren wurde –, da präsentierten uns dort die Argentinier ihre für die Wissenschaft bedeutsamen Forschungsergebnisse, auf die sie zu Recht stolz waren. Einem deutschen Lektor an Bord unseres Schiffes blieb es dann nach dem Verlassen der Station vorbehalten, uns darauf aufmerksam zu machen, dass die wissenschaftlichen Erfolge der Argentinier durchaus ihre Kehrseite hätten, da sie während der Zeit der Militärdiktatur stattgefunden hätten und das müsse man bei der Betrachtung der Angelegenheit immer mit berücksichtigen.

Bei dieser offensichtlich nur in Deutschland verbreiteten Sichtweise der Geschichte müssten auch alle Errungenschaften der Französischen Revolution sowie in der bürgerlichen Gesetzgebung der Napoleonischen Ära relativiert werden, da die damaligen Machthaber nach heutigem Verständnis nun wirklich keine lupenreinen Demokraten waren.

Wolfgang Reith, Neuss

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das tun, was in unserer Macht steht

Zum Leserbrief: „Die Geschichte soll ohne Beteiligung von Zeitzeugen festgeschrieben werden“ (Nr. 20)

Oft spiegeln einzelne Leserbriefe die Wunsch-, Gedanken- und Vorstellungswelt breiter Leserschichten wider, doch wie realistisch und produktiv sind diese Gedanken? Die *PAZ* gab dem Leserbrief, auf den ich mich beziehe, die besagte Überschrift. Das „soll“ müsste man indes durch ein „wird“ ersetzen, das „werden“ am Ende streichen!

Der Leserbrief enthält die Falschaussgage: Dass es so lange dauere, das über Flucht und Vertreibung gesprochen wird, „... liegt an den Siegern des Krieges, welche Flucht und Vertreibung am besten gar nicht erwähnen wollen“. Sind es nicht eher die regierenden Parteien in Berlin und von ihnen durch letzte Fördergelder „eingekaufte“ führende BdV-Vertreter?

Doch nun zum Fazit meines Leserbriefes: Rechnen wir mit den Realitäten, nicht mit unseren Wunschvorstellungen, versuchen wir das, was in unserer Macht steht, zu schaffen, indem wir kleine Gesprächskreise über die Generationen bilden und unseren Kindern Werte weitergeben. Setzen wir uns für den Erhalt von Kulturzeugnissen vor unserer Haustür ein! Hören wir endlich auf, auf „die da oben“ zu schimpfen, damit schaden wir nur uns selbst, wir ruinieren unsere Gesundheit und erreichen am Ende nur eines: Verbitterung darüber, dass es vor unserer Haustür so ganz anders läuft, als wir uns das wünschen.

Hans Ulrich Thiele, Bielefeld

Linksmotivierte Gewalttaten führen die Statistik bei weitem an

Zu: „‚Unsensible‘ Fakten“ (Nr. 19)

Statistiken sind trocken, aber manchmal lohnt es doch, sie genau zu betrachten. Umso mehr, wenn Grünen- und Linke-Abgeordnete einen „sensiblen“ Umgang damit fordern, was letztlich darauf hinausläuft, Fakten, die einem nicht passen könnten, wie zum Beispiel die Täterherkunft, am besten erst gar nicht erheben zu wollen. Diese Denkweise erinnert mich doch stark an „Erichs“ Zeiten.

Interessant ist auch, was der aktuelle Berliner Polizei-Bericht über politisch motivierte Kriminalität (PMK) hinsichtlich der politischen Zuordnung der Fälle von Gewaltdelikten aussagt. Rechte Gewalttaten: 61; linke Gewalttaten: 397; politische Ausländerkriminalität: 78; sonstige politische Kriminalität, beispielsweise im Rahmen von Occupy- und Anti-AKW-Bewegungen: 46.

Es liegen mir leider keine konkreten Zahlen vor, in welchen Bereich das meiste Geld für Prävention von politischer Kriminalität gesteckt wird, aber gefühlt dürfte das nicht der Kampf gegen Linksextremismus sein.

Für die aktuelle Polizeiliche Kriminalstatistik von Berlin trägt der neue Innensenator Frank Henkel noch keine politische Verantwortung. Der Anstieg der Gesamtkriminalität um über vier Prozent und der Diebstähle sogar um mehr als elf Prozent gehen noch auf das Konto von SPD-Innensenator Körting (der mit der tollen Idee, der Polizei Namensschilder vorzuschreiben). Andere Kriminalitätskennziffern verblieben auf hohem Niveau, das einzige aber, das nicht sinken sollte, sinkt leider: die Aufklärungsrate.

Henkel wollte vor der Wahl im letzten Jahr 250 neue Stellen bei der Polizei schaffen. Die sollen zwar laut einem Bericht des „Tagesspiegels“ vom 16. März auch immer noch zum Einsatz kommen, aber wohl frühestens 2015.

Gleichzeitig sollen 440 Polizeistellen bei Objektschutz und in der Justiz kurzfristig gestrichen werden, Aufgaben, die dann vermutlich von den übrigen Polizeikräften wieder mit übernommen werden müssen.

Sicher, sparen ist ein Gebot dieser Zeit, aber die Gewährleistung der inneren Sicherheit gehört fraglos zu den vordringlichsten Aufgaben eines jeden Gemeinwesens.

Umso sträflicher, wenn politisch Verantwortliche gerade hier auf Kosten der Sicherheit der Bürger sparen wollen, um etwa weiter Gelder für politische Lieblingsprojekte wie Gender-Budgeting, worin Berlin Vorreiter ist, ausgeben zu können.

Berliner, die für eine Stärkung der inneren Sicherheit und gegen weiteren personellen Abbau bei der Berliner Polizei sind, sollten deshalb am 9. Juni ab 14 Uhr am Brandenburger Tor die Gelegenheit nutzen, um Frank Henkel lautstark aufzuwecken.

Heribert Eisenhardt, Berlin

Das Ostpreußenblatt

Nr. 22 – 2. Juni 2012

MELDUNGEN

Totenmaske übergeben

Tilsit – Die Stadtgemeinschaft Tilsit hat den Weltmuseumstag zum Anlass genommen, um im Auftrag des Tilsiters Adam Bobrowski die Totenmaske seines Vaters Johannes Bobrowski in dessen Vaterstadt zu bringen. In einer eindrucksvollen Zeremonie übergab Manfred Urbschat, Vorstandsmitglied der Stadtgemeinschaft Tilsit, dem Tilsiter Oberbürgermeister Nikolai Wojstschew die Totenmaske des Lyrikers und Schriftstellers. Bei der Übergabe waren zugegen die Direktorin des Tilsiter Stadtgeschichtlichen Museums Angelika Spiljowa, die Vorstandsmitglieder der russischen Gesellschaft Tilsit Anatolij Polunin und Jakow Rosenblum, Vertreter von Kunst und Kultur sowie zahlreiche Journalisten des russischen Fernsehens und der örtlichen Presse. Der Oberbürgermeister würdigte die Totenmaske als ein wertvolles Kulturgut, sowohl für das Tilsiter Stadtgeschichtliche Museum als auch für Tilsit als Ganzes, welches mit Bobrowski eng verbunden sei. Er dankte Adam Bobrowski und allen in der Stadtgemeinschaft vereinten deutschen Tilsitern für die kostbare Erinnerung an einen der größten Söhne der Stadt am Memelstrom und versprach, dass die russischen Bewohner der Stadt gemeinsam mit den deutschen Tilsitern das Andenken an Johannes Bobrowski bewahren werden. Zeitlebens war Bobrowski von dem Wunsche beseelt nach der Rückkehr zu seinen Wurzeln, in die Landschaft des Ostens, die ihn geprägt hatte und aus der er seine poetischen Bilder schöpfte. Nun ist wenigstens seine Totenmaske nach Tilsit gelangt, in jene Stadt, in welcher der Dichter 1917 geboren wurde. *H.Dz.*

Bahnhof wird restauriert

Lyck – Diesen Monat soll mit der Restaurierung des Lycker Bahnhofs begonnen werden. Unter anderem sollen das Dach angehoben und Fenster wie Türen erneuert werden. Das Gebäude wird neu verputzt und erhält sowohl einen neuen Boden als auch eine Zentralheizung, die das gesamte Gebäude beheizen soll. Ein Aufzug wird die Ebenen miteinander verbinden, wie überhaupt der Bahnhof behindertengerecht werden soll. Für die Sicherheit werden Kameras installiert. In 15 Monaten soll alles fertig sein. Für die Übergangszeit steht den Fahrgästen nur ein Seitentrakt des Bahnhofs zur Verfügung. *PAZ*

Kindergarten-Erfolg in Oppeln

Oppeln – Oppelns Stadtteile Groschowitz und Metalchem sollen einen zweisprachigen beziehungsweise einen Kindergarten mit Deutsch als Minderheitensprache erhalten. Die Initiative dazu ging von Marcin Gambiec und Norbert Honka vom Deutschen Freundeskreis (DFK) aus. *PAZ*

Eine Ausstellung zum Geschenk

»Lötzen – die Perle Masurens« informiert über die Geschichte der Stadt

Auf großes Interesse stößt die vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen gestaltete zweisprachige Ausstellung „Lötzen – die Perle Masurens“, die im Rahmen der Feierlichkeiten zum 400. Jahrestag der Verleihung der Stadtrechte an Lötzen in den Räumen der Feste Boyen eröffnet wurde.



Einst militärisch, nun kulturell genutzt: Ausstellungsraum in der Feste Boyen

Bild: Fritsche

Am 26. Mai 1612 verlieh der Kurfürst von Brandenburg und preußische Herzog Johann Sigismund Lötzen die vollen Stadtrechte – seither führt diese das Wappen mit den drei silbernen Brassen. Dieses historische Datum nahm man in Lötzen [Gizycko] zum Anlass, mit einer Dokumentation die Geschichte des Ortes von der ersten urkundlichen Erwähnung bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg einem breiteren Publikum vorzustellen.

Die Ausstellung findet vor allem im politischen Bereich starkes Interesse. So gehörten zu den rund 80 Teilnehmern der Eröffnungsszeremonie neben der Bürgermeisterin Jolanta Piotrowska der Landrat des Kreises Lötzen Mirosław Dariusz Drzazdzewski und der stellvertretende Woiwode der Woiwodschaft Ermland-Masuren Jan Mascianica. Aus der Bundesrepublik Deutschland waren Delegationen der Kreisgemeinschaft Lötzen in Neumünster unter Leitung des Kreisvertreters Dieter Eichler und seiner Frau Ute Eichler sowie der Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss unter ihrem Vorsitzenden Peter Pott in das Ermland gereist.

In ihrer Eröffnungsansprache bedauerte Bürgermeisterin Jolanta Piotrowska die tragische Geschichte der Stadt mit ihrem fast kompletten Bevölkerungsaustausch nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Deutschen wurden durch polnische Bürger aus Litauen und der Ukraine ersetzt. Der Tag biete die Gelegenheit, so Piotrowska, dem Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen unter dessen Direktor Wolfgang Freyberg und seinen Mitarbeitern Roman Gogan und Bernhard Denga für ihre Arbeit zu danken. Die 46 Schautafeln sollten der neuen Generation die Wahrheit über die Geschichte erzählen.

Mit den Worten „Ich möchte Ihnen diese Ausstellung schenken“ übergab Dieter Eichler von der Kreisgruppe Lötzen die Bildtafeln an das Stadtoberhaupt. Die Erstellung sei mit einer Erbschaft einer ehemaligen Einwohnerin der Stadt möglich geworden, die eine besondere Verwendung ihres Vermögens verfügt habe, fügte Eichler hinzu und dankte für die Möglichkeit, die Ausstellung in historischen Räumen zu zeigen.

„Ein Begriff ist in jeder Sprache verständlich: Die Perle Masurens

Bildtafeln von der Kreisgemeinschaft

– auch wenn die Stadt im Laufe der Jahre viele Namen trug“, ging Wolfgang Freyberg auf den Ausstellungstitel ein. Mit dem geschichtlichen Abriss stehe Lötzen mit nur wenigen Orten in der ersten Reihe, die ihren Bewohnern die Stadtgeschichte in derartiger Form nahebringen. Der Direktor des Ellinger Kulturzentrums wünschte der Ausstellung viel Erfolg und viele interessierte Besucher. Für die Landsmannschaft Ostpreußen, Kreisgruppe Neuss, übergab deren Vorsitzender Peter Pott alte Fotografien, zu denen die Stadt Lötzen die aktuellen Gegenstücke hatte anfertigen lassen.

Der geschichtliche Abriss, den das Kulturzentrum Ellingen mit seinen Bildtafeln bietet, beginnt mit der Vorgeschichte der Lötzener Landschaft und den Missionsversuchen im Prußenland durch den Heiligen Bruno von Querfurt. Es geht dann weiter mit der Entwicklung des Deutschen Ordens an der Weichsel, der Eroberung des Prußenlandes im 13. Jahrhundert, der Siedlungsgründung an der Ordensburg Lötzen und der Geschichte der Burg, in der seit kurzem ein Viersterne-Hotel untergebracht ist, vom 15. bis zum 19. Jahrhundert. Dazu wird die Entwicklung Lötzens von der Siedlung zur Stadt vorgestellt. Die geschichtliche Beschreibung endet mit der Zwangsarbeit der verbliebenen rund 300 Deutschen, von denen ein Teil im Oktober 1945 nach Mecklenburg abtransportiert wurde. *Manfred E. Fritsche*

»Mit Hilfe von Wind und Propeller«

Ausstellung über die Fliegerei in Ostpreußen im Deutsch-Russischen Haus in Königsberg eröffnet

Im Deutsch-Russischen Haus in Königsberg ist derzeit eine Ausstellung mit dem Titel „Mit Hilfe von Wind und Propeller“ zu sehen. Gezeigt werden zahlreiche Fotografien aus dem Bestand des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg. Aufnahmen von der Segelflugschule in Rossitten auf der Kurischen Nehrung, vom Flughafen Devau in Königsberg und von der deutsch-russischen Fluggesellschaft „Deruluft“ runden das Bild der Fliegerei in Ostpreußen ab.



Bild: Tschernyschew

Die eine oder andere Aufnahme wert: Fotos der Fliegerei-Ausstellung in Königsberg

Die Ausstellung baut auf zwei vorhergehenden auf, die 1994 im Westpreußenmuseum in Münster und 2001 im Deutsch-Russischen Haus in Königsberg gezeigt wurden. Christoph Hinkelmann, wissenschaftlicher Mitarbeiter des Ostpreußischen Landesmuseums, begleitete als Kurator die Ausstellung. Während der Eröffnung erzählte er über ihre Entstehung, die Vorbereitungsarbeiten und darüber, welche bemerkenswerten Seiten der Geschichte sie beleuchtet.

Weil Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg keine eigenen motorbetriebenen Flugzeuge nutzen durfte, schloss die deutsche Regierung mit der Sowjetunion 1921 einen Vertrag zur Gründung der gemeinsamen Fluggesellschaft „Deruluft“. Am 30. April 1922 wurde die erste Fluglinie Moskau–Königsberg in Betrieb genommen, später folgten auch Flüge nach Berlin. Die Fluggesellschaft wurde ein Erfolgsunternehmen, das berühmt für seine Pünktlichkeit war. Es galt auch als eines der ersten Beispiele für die russische Zivilfliegerei. Das Unternehmen stellte allerdings 1937 seinen Betrieb wieder ein.

Hinkelmann äußerte in seiner Eröffnungsrede die Hoffnung, dass die Geschichte dieser Zusammenarbeit nicht in Vergessenheit gerate. Dazu solle auch die gegenwärtige Ausstellung beitragen.

Die Leitung des Deutsch-Russischen Hauses überreichte Hinkelmann einen Dankesbrief als Zeichen der Anerkennung seiner Ausstellung in ihrem Hause.

In der Ausstellung sind auch Modelle von Flugapparaten zu sehen, die in den Jahren 1920 bis 1930 auf der Strecke Moskau–Königsberg zum Einsatz kamen, sowie Informationsmaterial über die Person des Segelflug-Pioniers Ferdinand Schulz und über die Geschichte des Segelflugklubs, der in den 20er Jahren in Rossitten wirkte. Die Ausstellung ist noch bis zum 4. Juli zu sehen. *Jurij Tschernyschew*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

ein Thema beschäftigt unsere Landsleute doch sehr, es geht um den „letzten Zug“, der bei uns immer noch auf Halt steht. Und es ist nicht schwer zu orakeln, dass er noch lange nicht auf das Abstellgleis geschoben wird, wie Frau **Karla Gabbey** aus Bremen vorausschauend meint. So ist es, denn es kommen immer neue Zuschriften zu diesem Thema der unterschiedlichsten Art wie die von Frau Gabbey, die sich vor allem mit dem Zeitproblem befasst, denn da kommt man schon leicht durcheinander. Ich auch, denn ich könnte heute meinen Fluchtweg nach dem Kalender nur schwer auflisten und anderen dürfte es noch schwerer fallen. Wer wochenlang unterwegs war, immer nur nach der nächsten Bleibe suchend, der wusste wirklich nicht mehr, welches Datum gerade der Kalender zeigte. Auch im Nachhinein können sich Fehler einstellen, wie bei unserem Landsmann aus Bad Lippspringe, der seinen ersten Fluchttag auf den 23. Januar 1945 verlegte, und ich hatte die Angabe so übernommen, ohne nachzuforschen. Es war aber der 22. Januar gewesen, wie einige Leser sofort korrigierten, und unser Landsmann war doch sehr betroffen, welches „Chaos“ er angerichtet hatte. Anscheinend haben manche Schreiber den Zeigefinger allzu hoch gereckt – den bekam ich übrigens auch zu spüren! –, aber Korrekturen können auch versöhnlicher angebracht werden, das tut mir und unserer ganzen Ostpreußischen Familie gut.

Ein gutes Beispiel liefert da Frau Gabbey, die uns ihre Recherche mitteilt, denn auch sie wollte ihre Datumsangaben absichern. Sie ist eine geborene **Neumann** und stammt aus Pobethen an der samländischen Westküste. Als Lehrerin unterrichtete sie an der Hindenburg-Volksschule bis zum 24. Januar, an dem Tag wurde der „Lehrbetrieb“ beendet und die Kinder wurden heimgeschickt. Es war ein Mittwoch, an dieses Datum kann sie sich genau erinnern, weil es der Geburtstag ihrer Schwester war. Die Bestätigung der Richtigkeit holte sie sich aus dem Buch „Unternehmen Rettung“, das die Flucht über See behandelt und in dem es im letzten Abschnitt heißt: „Am Nachmittag dieses 30. Januar, es ist ein Dienstag ...“ Frau Gabbey meint: „Ich betrachte dies als Untermauerung meiner Angabe, da die Marine doch glaubwürdige Daten notiert und gemeldet hat.“ Sie hat vom 30. Januar rückwärts alle Tage bis zum 21. Januar 1945 aufgelistet, der also ein Sonntag war, wie wir auch bereits richtiggestellt hatten. Vielen Dank, liebe Frau Gabbey, für Ihre Mühe und den von Ihnen übermittelten Dank für unsere „immense Arbeit für uns Ostpreußen, die jede Woche immer gleich groß ausfällt“. Das ist nach echt ostpreußischem Rezept „Ölke oppet Seelke“.

Und eine ganz genaue Absicherung des genannten Datums liefert die Kopie eines „Immerwährenden Kalenders zur Ermittlung von Sonn- und Feiertagsfahrten“, die uns Herr **Karl Goedsche** aus Waldsassen übersandte, um nach seinen Worten „der Datumsverwirrung ein Ende zu bereiten“. Zwar trug das Blättchen auf den ersten Blick zu meiner eigenen Verwirrung bei, denn die Zahlenangaben sind so klein gehalten, dass ich doch zur Lupe greifen muss, zumal auch die Gebrauchsanweisung selbst für meine kurzsichtigen Augen kaum leserlich ist, aber ich werde üben und anhand dieses „Immerwährenden Kalenders“ auch für weitere Fälle gerüstet sein, auch wenn es sich nicht um Sonn- und Feiertagsfahrten, sondern um Fluchttage handelt. Auch Herr Goedsche, dem ich herzlich für diese Hilfe danke, war damals als 16-Jähriger auf der Flucht von Angerburg in Richtung Frisches Haff.

Unser „letzter Zug“ macht heute nur einen Ruck und den noch rückwärts, denn Frau **Edelgard Hesse** aus Cribitz beginnt ihren langen Brief mit den Worten: „Oft wird oder wurde darüber berichtet, wann der letzte Zug in Richtung Westen die ostpreußischen Städte verließ. Ich aber habe eine Frage in umgekehrter Richtung.“ Also nach Osten, das heißt in Richtung Grenze, obgleich die damals schon der Russe überschritten hatte. Genaue Daten gibt die Schreiberin nicht an, aber um die geht es auch nicht, sondern um das Schicksal ihrer Mutter, deren Ängste und Zweifel, die der Tochter erst bewusst wurden, als sie mit dem Schreiben der Familienchronik begann. Auch um die vielen Glücksfälle, die den Lebensweg der jungen Frau in den entscheidenden Phasen begleiteten, die ihre Tochter Edelgard jedenfalls als solche bezeichnet, weil sie die vielleicht klarer erkennt, als es je die Mutter vermochte.



Wo liegt die Hindenburgstraße in Lyck? Bild: privat

Edelgard Hesse wurde 1943 in Riesenburg geboren. Es war die Heimatstadt ihrer Mutter **Hedwig Bendig** geborene **Freitag**, deren Mutter **Anna** Freitag dort als Schneidermeisterin tätig war. Die Tochter lernte bei ihr ebenfalls das Schneiderhandwerk und war in ihrem Betrieb tätig, bevor sie **Gustav Bendig** aus Bialla 1939 heiratete, einen Angehörigen der deutschen Wehrmacht, der in Lyck stationiert war. Dorthin zog das junge Ehepaar, aber ihr erstes Kind brachte die Hedwig Bendig in Riesenburg zur Welt. Sie ließ es auch in der Obhut der Mutter, als sie wieder nach Lyck zurückkehrte. Warum sie das tat, erklärt Frau Hesse mit den Ängsten um die Zukunft, die ihre Mutter hegte, da diese nicht an einen Endsieg glaubte. Sie wiegte ihr Kind in Sicherheit bei der Großmutter in Riesenburg, ließ sich sogar als „Rabenmutter“ bezeichnen. Dies muss schmerzlich für sie gewesen sein, wie die Tochter glaubt, schmerzlich wie der Abschied von ihrem Kind bei ihren kurzen Besuchen in Riesenburg. Als die Front näher rückte, vertraute sie sich einer Frau in Lyck an, die sich als erster der bereits erwähnten Glücksfälle erwies. Sie riet Frau Bendig, ihrer Mutter zu übermitteln, eine Eingabe an die Behörde zu machen, dass ihre Tochter für ihre Schneiderei, die als kriegswichtiger Betrieb galt, dringend benötigt werde. Sie hatte Erfolg, Frau Bendig durfte Lyck verlassen. Sie zog also nach Riesenburg, kehrte aber noch ein paar Mal nach Lyck zurück, um noch etwas Hab und Gut zu retten. Beim letzten Versuch fuhr kein Personenzug mehr ostwärts, nur Wehrmachtszüge. Auf ihre Bitte, sie mitzunehmen, fragten die Soldaten entsetzt, was sie denn noch in Lyck wolle, ließen sie dann doch in einen Zug einsteigen. In Lyck hörte man schon den Kanonendonner, Frau Bendig gelang es aber dann doch, nach Riesenburg zurückzukehren. Von dort aus erfolgte die Flucht mit Mutter, Tochter und anderen Verwandten über die nahe Weichsel bis nach Berlin und Güstrow als Endstation des Fluchtweges. Die Wohnung in Lyck wurde kurz nach ihrem endgültigen Verlassen von einer Bombe getroffen, die sich als Blindgänger erwies.

Über diese Vorgänge hat Frau Bendig erst kurz vor ihrem Tod gesprochen, aber die Ängste und Vorwürfe, die sie als „Rabenmutter“ gequält hatten, wurden der Tochter nun beim Erarbeiten der Familiengeschichte bewusst. So bekam die von ihrer Mutter gesprochene Mahnung: „Hinterfrage jedes Handeln, bevor du urteilst!“ eine ganz andere Bedeutung. Und nun möchte Frau Hesse die Geschehnisse um ihre Mutter in Lyck und Riesenburg zeitlich einordnen und hofft, mit Hilfe von Heimatfreunden Näheres erfahren zu können. Da ist die Frage, wann der letzte Personenzug aus westlicher Richtung Lyck erreichte. Wann erfolgte der Bombenangriff auf die Stadt, bei dem die Hindenburgstraße getroffen wurde, die elterliche Wohnung befand sich im Haus Nr. 38. Ab wann wurden Frauen zum Kriegsdienst in Lyck eingesetzt? Wer kannte Frau Hesses Eltern aus ihrer Zeit in Riesenburg und Lyck? Das sind die Fragen, die Frau Hesse aufgelistet hat, aber vielleicht ergeben sich auch noch weitere Beziehungspunkte anhand der Aufzeichnungen. Sie würde sich über jede Zuschrift, jeden Anruf freuen. (Edelgard Hesse, Weinbergstraße 38 in 19089 Crivitz, Telefon 03865/222577.)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

In den letzten Monaten wenden sich verstärkt Autoren und Wissenschaftler an uns auf der Suche nach Zeitzeugen. Da ist man als 96-Jährige mit einem guten Gedächtnis, durch lebenslange Kontaktpflege geschult, schon gefragt. Und das ist auch unsere Ostpreußische Familie, denn es gibt kaum eine Folge, in der nicht Zeitzeugen gesucht werden. Heute ist es Herr **Michael Paul** aus Freiburg, dessen Anfrage so lautet: „Ich bin Buchautor und in den Recherchen zu einem neuen Roman, der mit seiner Handlung eingebunden sein wird in die Ereignisse 1945/46 mit dem Fall von Königsberg und der Flucht über Pillau und Danzig/Gotenhafen bis nach Schweden. Dabei spielt ein Hauptmotiv des historischen Rahmens die Flucht von zirka 3000 deutschen und baltischen Soldaten über die Ostsee nach Schweden und deren spätere Auslieferung nach Russland im November 1945/Januar 1946. Diese Auslieferung wird als ‚Der Sündenfall Schwedens‘ bezeichnet. Ich habe auch einen persönlichen Bezug dazu, da mein Großvater in Königsberg in russische Gefangenschaft geriet und ich Eindrücke durch über 100 Postkarten und Briefe aus der Kriegs- und Gefangenschaftszeit 1944 bis 1948 habe.“ Herr Paul versucht nun, Kontakte zu fachkundigen Personen zu bekommen und Zeitzeugen zu finden, aber das dürfte aus Altersgründen schon schwieriger sein, wie er meint. Ich bin da etwas hoffnungsvoller und bitte unsere Leser aus der Erlebnisgeneration, die er zu verschiedenen Vorgängen dieser Zeit befragen möchte, sich bei ihm zu melden. (Michael Paul, Engelbergerstraße 19 in 79106 Freiburg, Telefon 0761/20254, Fax 0781/2025485, Mobil: 0171/209578, E-Mail: info@braintools.de, www.braintools.de)

Aus dem mit vielen Anlagen versehenen Schreiben von Herrn **Martin Schröder** aus Detmold, mit denen ich mich noch eingehend beschäftigen muss, will ich heute nur einen kleinen Wunsch entnehmen. Als Schüler nahm er an einem Ausflug nach Königsberg teil, bei dem auch ein Opernbesuch auf dem Programm stand. Anscheinend stimmten sich die jungen Besucher schon auf diesen ein, denn die größeren Schüler sangen auf der Hinfahrt ein Lied, das ihm unbekannt war und auch heute noch ist. Es beginnt mit: „Wer steht denn da am Ufer und schauet aufs Meer ...“ Im weiteren Text heißt es dann: „.... es ist ja Luise, wo sehnt sie sich hin?“ Herr Schröder fragt, ob dieses Lied eine Beziehung zu der Königin Luise habe? Ich kenne es nicht, habe es nie gehört, und reiche die Frage deshalb an unsere Leserschaft weiter. Die wird es – wie gewohnt – schon richten. (Martin Schröder, Rosenstraße 17 in 32756 Detmold.)

Eure

Ruth Geede

Das Überleben gesucht und geschafft

Treffen der »Königsberger Kinder« im Ostheim

Es war nur ein kleiner Kreis von Frauen und Männern im Seniorenalter, der sich an einem Mai-Wochenende im Ostheim in Bad Pyrmont zusammenfand, aber er war groß genug, um dieses Treffen für die 18 Teilnehmer zu einem emotionalen, nachhaltigen Erlebnis werden zu lassen. Denn es handelte sich um die damals jüngsten zurückgebliebenen Deutschen in und um Königsberg, die alleingelassen in der von den Russen eroberten Stadt vegetierten, weil die Eltern, Geschwister und andere Angehörige ermordet, anderweitig verstorben, verschleppt oder einfach aus ihrem Lebenskreis verschwunden waren. Kleine verängstigte, hungernde, kränkelnde Geschöpfe, die zwischen 1945 und 1948 das Überleben versuchten und es auch schafften. Wir haben oft über diesen individuellen Kreis berichtet, der sich ohne Zwänge zusammenfindet, um gemeinsam das Erlebte aufzuarbeiten, und werden es auch weiter tun, denn was damals nach der russischen Okkupation mit diesen Kindern geschah, ist weitgehend unbekannt. Selbst Pfarrer **Ulrich Franz** aus Bad Pyrmont/Holzhausen, der eine kleine Gedenkfeier hielt, brachte zum Ausdruck, dass ihm bisher das Schicksal dieser Königsberger Kinder, das erlebte Leid und die Grausamkeiten nicht bekannt waren und ihn tief beeindruckten. Und so wollen wir aus dem selbst gestalteten Programm, in dem das Themenfeld „Individuelles Erlebte, Vertreibung und die damit verbundene Rechtmäßigkeit“ fleißig beackert wurde – vor allem von dem niederländischen Völkerrechtler Dr. **Frans du Buy** –, den ersten Komplex herausnehmen, denn niemand kann das Geschehene authentischer wiedergeben als jene, die es am eigenen Leib und eigener Seele ertragen mussten. Wir entnehmen aus den von Frau **Edith Matthes**, Glauchau, auf dem Treffen vorgetragenen Ausführungen einige Stellen, die Einblick in den Überlebenskampf der Kinder gewähren, aber auch die Wichtigkeit dieses Treffens für die „Königsberger Kinder“ beweisen.

„Nur ein Bruchteil unseres langen Lebens war jener Zeit vorbehalten, da wir in das entsetzliche Kriegs- und Nachkriegsgeschehen in Ostpreußen geworfen wurden. Wir waren Kinder, hilflos, angsterfüllt, ausgeliefert und mit einem Geschehen konfrontiert, das wir nicht begreifen konnten, das uns aber ein ganzes Leben lang prägte. Wir hatten den Tod der nächsten Angehörigen erlebt, erlitten körperliche und seelische Verletzungen, litten unter quälendem Hunger und spürten das totale Verlassenheitsgefühl, permanente Angst und bedrückende Obdachlosigkeit. Wir gehören zu den Überlebenden, und doch mischt sich in die Dankbarkeit für das Überleben immer noch Schmerz und Trauer über die Verluste. Das Gespräch hier in unserem Kreis bringt Erinnerung und Gedenken. Letzteres aber in wohltuender und tröstlicher Weise, weil wir aneinander die Narben der Verletzungen erkennen, die uns das Schicksal geschlagen hat, und am Lebensbild des anderen meinen, ein Stück jenes Weges miteinander gegangen zu sein. Und es gab in der Tat jene Sternstunden für manchen von uns, nach Jahren Weggefährten zu finden, mit denen man gemeinsam eine Zeit im Kinderhaus verbracht hatte, mit denen man Erinnerungen tauschen konnte, eigene Erfahrungen bestätigt fand und auf manche offene Frage eine Antwort bekam.



Die „Königsberger Kinder“ im Ostheim Bild: privat

Bei der Ausreise aus Königsberg wurden 4760 Kinderhausinsassen registriert. Beim Transport war man mit den vertrauten Gefährten noch zusammen, bei der Verteilung in die unterschiedlichen Quarantänelager wurde schon nach Alter und Geschlecht sortiert, und so fand man sich bald wieder allein und ohne den vermeintlichen Schutz in der Gruppe. Die Erwachsenen hatten immer von „heim ins Reich“ gesprochen, besaßen auch zumeist Adressen und Anlaufpunkte. Wir Waisenkinder waren aber eigentlich nicht angekommen im heute verstandenen Sinne. Wir waren bettelarm, unmündig, unwissend. So ratlos, wie die russischen Behörden in jenen Jahren dem sich ständig vergrößernden Potenzial der verwaisten Kinder gegenüberstanden, so überfordert waren nun auch im Nachkriegsdeutschland 1947 die Jugendämter, Kinderheime, Schulen und die Berufslenkung. Und wieder waren wir auf andere Art ausgeliefert. Hier herrschten Bedingungen, auf die man nicht vorbereitet war, am wenigsten wir Kinder. Die hinter uns liegende Zeit hatte uns geprägt. Was uns im Elternhaus anerzogen wurde, war verloren. Über viel zu lange Zeit hatte der Hunger unser Handeln diktiert.“

Mit dem Ende der Quarantänezeit brachen dann schließlich auch die Bindungen untereinander ab und ganz unterschiedlich waren die Wege, die – selbst gewählt oder von anderen geführt oder gedrängt oder angeordnet – die Menschwerdung zum Ziel hatten. Aber jeder der zu diesem Kreis Gehörenden – einige waren aus gesundheitlichen Gründen leider nicht zum Treffen gekommen – hat seinen Weg gefunden. „Wir fanden Erfüllung im Beruf und standen irgendwann in einer Reihe mit den anderen, die nicht ahnten, welche Vorgeschichte uns belastete und welche Hürden wir nehmen mussten, um ans Ziel zu gelangen“, beendete Edith Matthes ihre Ausführungen zu Beginn des dreitägigen Treffens. Sie zeigten auf, wie wichtig solche „Sternstunden“ in harmonischer Runde für die ehemaligen „Königsberger Kinder“ sind. Kein Wunder: Das nächste Treffen ist schon geplant! *R.G.*

Wir gratulieren ...

ZUM 99. GEBURTSTAG

Greiner, Frida, geb. **Kloss,** aus Ortelsburg, am 7. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kaukel, Martha, geb. **Jedamzik,** aus Lyck, General-Busse-Straße 1, an 6. Juni
Prostka, Adolf, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 4. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bökens, Gertrud, geb. **Braun,** aus Kleinerlenrode, Kreis Elchniederung, am 2. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Donnerstag, Alfred, aus Wehlau, Deutsche Straße, am 7. Juni
Kamm, Waltraut, geb. **Meyer,** aus Metgethen, Kreis Samland, am 9. Juni
Krolzik, Martha, aus Wetzhausen, Kreis Neidenburg, am 8. Juni
Lückert, Hildegard, geb. **Granzow,** aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 5. Juni
Mrotzek, Gertrud, geb. **Przytulla,** aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Roehr, Erna, geb. **Bobrowski,** verw. **Dudda,** aus Treuburg, am 8. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Cornelsen, Charlotte, geb. **Philipp,** aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 5. Juni
Heilmann, Erna, geb. **Trotte,** aus Ebenrode, am 9. Juni
Lang, Liselotte, geb. **Becker,** aus Lyck, am 9. Juni
Schweiger, Erich, aus Kortmedien, Kreis Wehlau, am 5. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Johann, Hildegard, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 6. Juni
Kallnischkies, Hedwig, geb. **Böttcher,** aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, am 7. Juni
Mootz, Else, geb. **Salamon,** aus Prostken, Kreis Lyck, am 4. Juni
Rimsa, Irene, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 4. Juni
Wedler, Richard, aus Friedlau, Kreis Elchniederung, am 10. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dolenga, Kurt, aus Bobern, Kreis Lyck, am 5. Juni
Heidrich, Elfriede, geb. **Dudda,** aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 6. Juni
Heinrich, Helene, geb. **Christochowitz,** aus Prostken, Kreis Lyck, am 6. Juni
Ruddat, Hilde, geb. **Timsries,** aus Kripfelde, Kreis Elchniederung, am 9. Juni
Runck, Ursula, geb. **Arlat,** aus Ebenrode, am 5. Juni
Scharnat, Heinz, aus Lyck, am 10. Juni
Schmidt, Edith, geb. **Nietz,** aus Hügeldorf, Kreis Ebenrode, am 10. Juni
Wenzel, Ottilie, geb. **Becker,** aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 8. Juni
Ziegler, Irmgard, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 141, am 9. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Borriß, Anna, geb. **Niedzella,** aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 7. Juni
Ebbinghaus, Waltraud, geb. **Stobbe,** aus Stolzenberg-Schule, Kreis Heiligenbeil, am 9. Juni
Fligge, Heinz, aus Drugehnen, Kreis Samland, am 10. Juni
Geisler, Maria, geb. **Sylla,** aus Lötzen, am 2. Juni
Gorriahn, Irmgard, geb. **Stamm,** aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 123, am 8. Juni
Klee, Erich, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 6. Juni
May, Ursula, geb. **Stoermer,** aus Tapiau, Erich-Koch-Straße, Kreis Wehlau, am 4. Juni
Müller, Eva, aus Insterburg, am 7. Juni
Natschke, Else, geb. **Jezierski,** aus Skomanten, Kreis Lyck, am 9. Juni
Pietsch, Gertrud, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Piontek, Anna, aus Statzen, Kreis Lyck, am 5. Juni
Romott, Frieda, aus Treuburg, am 5. Juni
Schalk, Anneliese, geb. **Kuchenbecker,** aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Schüttke, Alfred, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 3. Juni
Simmat, Kurt, aus Ebenrode, am 4. Juni
Sreball, Charlotte, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 5. Juni
Wörner, Edith, geb. **Dangeleit,** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Grieger, Elfriede, geb. **Grieger,** aus Starkenberg West, Kreis Wehlau, am 8. Juni
Klein, Herta, geb. **Schneidereit,** aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 4. Juni
Kruska, Alfred, aus Kobbelhals, Kreis Ortelsburg, am 8. Juni
Objartel, Hanna, geb. **Kobjolke,** aus Tapiau, Danziger Straße, Kreis Wehlau, am 10. Juni
Oehlert, Irma, geb. **Schulz,** aus Königsberg Pr., am 7. Juni
Powilleit, Erika, geb. **Sudau,** aus Breitenhof, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Schierhorn, Reni, geb. **Schiffer,** aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 9. Juni
Zwanzig, Christel, geb. **Danull,** aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 3. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Brejora, Heinz, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 7. Juni
Bunnemann, Eberhard, aus Ortelsburg, am 5. Juni
Calaminus, Eleonore, geb. **Wisbar,** aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 9. Juni
Gegner, Elsbeth, geb. **Bobel,** aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 8. Juni
Gehrmann, Manfred, aus Löpen, Kreis Mohrungen, am 3. Juni
Gehrmann, Rudolf, aus Löpen, Kreis Mohrungen, am 3. Juni
Hensgen, Erika, geb. **Pruß,** aus Griesen, Kreis Treuburg, am 6. Juni
Mestekemper, Herta, geb. **Laupsien,** aus Bredauen, Kreis Ebenrode, am 7. Juni
Piekereit, Waltraut, geb. **Janz,** aus Bolzfelde, Kreis Elchniederung, am 7. Juni
Röhl, Mathilde, geb. **Kutz,** aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 9. Juni
Rosenwald, Benno, aus Groß Skaten, Kreis Wehlau, am 4. Juni
Schulz, Christa, geb. **Krause,** aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 7. Juni
Sostak, Horst, aus Funken, Kreis Lötzen, am 5. Juni
Toll, Ulrich, aus Tapiau, Neustraße, Kreis Wehlau, am 8. Juni
Trautmann, Ruth, geb. **Will,** aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 10. Juni
Trojan, Edwin, aus Lyck, am 9. Juni
Zigann, Gerhard, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 9. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Demmer, Eva, geb. **Sedat,** aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 9. Juni
Fritzenwanker, Heinz, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 10. Juni
Goetz, Heinz, aus Ortelsburg, am 8. Juni
Gugat, Walter, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 5. Juni
Hilger, Inge, geb. **Statz,** aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 6. Juni
Hoyer, Reno, aus Reipen, Kreis Wehlau, am 5. Juni
Jobski, Heinz, aus Steintal, Kreis Neidenburg, am 5. Juni
Kilian, Eleonore, geb. **Haus,** aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 9. Juni
Kirschnick, Karl, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 9. Juni
Koller, Ursula, geb. **Buttkewitz,** aus Seliggen, Kreis Lyck, am 10. Juni
Marcinowski, Waltraud, aus Lyck, Yorkstraße 30, am 5. Juni
Markowski, Helmut, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 8. Juni
Milbrandt, Robert, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, am 7. Juni
Müller, Waltraut, geb. **Galilea,** aus Treuburg, am 6. Juni
Ohlrogge, Eva, geb. **Bluhm,** aus Banners, Kreis Mohrungen, am 26. Mai
Praglowski, Renate, geb. **Schulz,** aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 9. Juni
Rosteck, Gerhard, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 4. Juni
Sakobielski, Karl-Ernst, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 6. Juni
Schwabe, Erich, aus Kögsten, Kreis Ebenrode, am 6. Juni
Schwiderek, Herbert, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 8. Juni
Seefeld, Gert H. A., aus Neidenburg, am 10. Juni
Weichert, Werner, aus Neidenburg, am 4. Juni
Zachrau, Frieda, geb. **Rippke,** aus Regehnen, Kreis Samland, am 9. Juni
Ziegelschmidt, Ilse, geb. **Grunert,** aus Königsberg, am 8. Juni
Ziltener-Frischknecht, Harold, aus Lötzen, am 10. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Frischen, Marianne, geb. **Gerwien,** aus Groß Hubnicken, Kreis Samland, am 5. Juni
Hicken, Ursula, geb. **Possekel,** aus Warnicken, Kreis Samland, am 8. Juni
Hille, Waltraud, geb. **Bublitz,** aus Alt Kiwitten, Kreis Ortelsburg, am 4. Juni
Jagusch, Gerhard, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 5. Juni
Kulcke, Richard, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 5. Juni
Kunz, Magdalene, geb. **Klein,** aus Grieben, Kreis Schlossberg, am 5. Juni
Müller, Elfriede, geb. **Bury,** aus Rodefeld, Kreis Ortelsburg, am 6. Juni
Rogalla, Lieselotte, geb. **Kipar,** aus Groß Borken, Kreis Ortelsburg, am 5. Juni
Schmelzer, Helga, geb. **Laschewski,** aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 7. Juni
Schmidt, Edelgard, geb. **Orlowski,** aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 9. Juni
Weihs, Helmut, aus Purgalken, Kreis Neidenburg, am 6. Juni

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden. Ihre *PAZ*

TERMINE DER LO

Jahr 2012

16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein
21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont
9./10. März 2013: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont.
15. Juni 2013: Sommerfest der Deutschen Vereine in Osterode (Ostpreußen).

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Sommerfreizeit im Ostheim

Vom 2. bis 16. Juli bietet das Ostheim in Bad Pyrmont eine Sommerfreizeit für Senioren an. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergängen, Museumsbesuchen bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Die Stadt und das Staatsbad bieten in dieser Zeit folgende Kulturangebote an: 3. Juli 2012 Heeresmusikkorps im Kurpark, 4. Juli 2012 Frauenchor Singfonie im Kurpark, 6. bis 8. Juli Historischer Fürstentreff (im Freizeitpreis inklusive), ab 12. Juli beginnen wieder die Vorstellungen der Pyrmonter Theater Companie auf der Schlossinsel, die in diesem Jahr das Stück „Der Glücksritter“ von Lope de Vega zeigen, vom 13. bis 15. Juli findet das Oldtimer Treffen der 19. ADAC-Niedersachsen-Classics im Kurpark statt und am 13. Juli gastieren „Luis Diaz y los 5 del son“ aus Cuba mit karibischen Rhythmen im Schlosshof. Die 14-tägige Freizeit kostet 658 Euro im EZ, im DZ 567 Euro pro Person. Inkluse Vollpension, Gästebetreuung und eine Halbtagesfahrt. Anfragen und Anmeldungen (Anmeldeschluss ist der 18. Juni 2012) bitte nur schriftlich an:

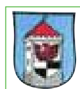
Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Tel.: 05281/9361-0, Fax: 05281/9361-11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 2. Juni, 15.05 Uhr, NDR: Flusskreuzfahrt – Von der Ostsee nach Berlin.
Sonnabend, 2. Juni, 20.15 Uhr, Arte: Die Bernsteinstraße.
Sonnabend, 2. Juni, 20.15 Uhr, WDR: Marcel Reich-Ranicki: Mein Leben. TV-Biografiedrama zum 92. Geburtstag des Literaturpapstes.
Sonnabend, 2. Juni, 22.45 Uhr, 3sat: Marathon der Weltkunst. Geschichte der documenta in 300 Minuten.
Sonntag, 3. Juni, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 3. Juni, 16.15 Uhr, Phoenix: Dagobert – Der Kaufhauserpresser.
Sonntag, 3. Juni, 20.15 Uhr, MDR: Alexandra – Stimme der Sehnsucht.
Sonntag, 3. Juni, 21.05 Uhr, N-TV: Produkt-Piraten: Die globale Bedrohung.
Montag, 4. Juni, 13.25 Uhr, Arte: Wildes Deutschland: Thüringer Wald.
Montag, 4. Juni, 21 Uhr, RBB: Die Hartz-Maschine. Geschäfte mit der Arbeitslosigkeit.
Montag, 4. Juni, 22 Uhr, NDR: Rätsel Ostseewrack.
Dienstag, 5. Juni, 13.15 Uhr, 3sat: Heimweh nach Masuren. 14 Uhr: Masuren. Von Wolf von Lojewski. 16.15 Uhr: Polen für Anfänger. 17 Uhr: Der Bernsteinzug – Eine Reise durchs Baltikum. 17.45 Uhr: Tränen der Götter. Entlang der Bernsteinküste.
Dienstag, 5. Juni, 20.15 Uhr, ZDF: Elisabeth II. – Die Queen und die Deutschen.
Dienstag, 5. Juni, 22.45 Uhr, ARD: Livland.
Mittwoch, 6. Juni, 20.15 Uhr, N24: Die Brücke von Remagen – Wendepunkt an der Westfront.
Mittwoch, 6. Juni, 21.15 Uhr, N24: Die 900 Tage von Leningrad.
Mittwoch, 6. Juni, 22 Uhr, SWR: Die 72er – beste Elf aller Zeiten?
Donnerstag, 7. Juni, 10.15 Uhr, SWR: Fischland Darß.
Donnerstag, 7. Juni, 16.05 Uhr, WDR: Countdown im Osten – Polen vor der EM.
Donnerstag, 7. Juni, 22.55 Uhr, Arte: Liebesgrüße aus den Kolonien.
Donnerstag, 7. Juni, 23.45 Uhr, BR: La Habanera. Melodram von 1937, das Zarah Leander den Durchbruch brachte.
Freitag, 8. Juni, ab 17 Uhr, ARD: Eröffnungsfeier der Fußball-EM in Warschau und Vorrundenspiele.
Freitag, 8. Juni, 20.15 Uhr, NDR: die nordstory. Trassenbauer ziehen die längste Pipeline durch Norddeutschland.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

20 Jahre Arbeit für Ostpreußen – Die Kreisgemeinschaft Angerburg gratuliert **Joachim Hans Domscheit** für sein 20-jähriges Engagement für Ostpreußen in der Kreisgruppe Osterburg in der Altmark. Domscheit ist auch Mitglied der Angerburger Kreisvertretung und stammt aus der Gemeinde Heidenberg im Kreis Angerburg. Mit einer festlichen Veranstaltung feierten Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft Ostpreußen ihr 20-jähriges Jubiläum. Der Vorsitzende der Kreisgruppe konnte als Ehrengäste Landrat Jörg Hellmuth vom Landkreis Stendal, den Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen aus Stendal Hartwig von Bach sowie Vertreter der ostpreußischen Vereine aus Stendal und Salzwedel begrüßen. In seiner Festansprache erinnerte Domscheit an die Gründung der Kreisgruppe am 10. April 1992 und an die große Unterstützung durch den damaligen Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg. 121 Teilnehmer der Gründungsversammlung erklärten an diesem Tag ihren Beitritt. Zu den Gründungsmitgliedern gehörte auch der Angerburger Joachim Hans Domscheit. Heute gehören der Kreisgruppe noch 75 Mitglieder an, davon 30 Gründungsmitglieder, die am 14. April 2012 durch Joachim Hans Domscheit besonders geehrt wurden. In seinem Arbeitsbericht erwähnt Domscheit besonders die Reisen in die Heimat sowie die positive Arbeit in der Kreisgruppe. Durch mehrere Busreisen ins Ermland und nach Masuren haben sich gute Beziehungen zum Heilsberger Singkreis und der deutschen Volksgruppe entwickelt. In Zusammenarbeit mit dem Bund der Vertriebenen konnte am 21. August 2005 an der Nikolaikirche in Osterburg anlässlich des 60. Jahrestages der Vertreibung eine Gedenktafel für alle Opfer von Krieg, Flucht, Vertreibung und Gewaltherrschaft feierlich enthüllt werden. Vom Kreisvorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Hartwig von Bach, wurden Joachim Hans Domscheit, Gisela Wolf und in Abwesenheit Christa und Gerhard Grützmacher für ihre aktive Arbeit in der Kreisgruppe ausgezeichnet. Die Angerburger wünschen Joachim Hans Domscheit eine Fortsetzung seiner erfolgreichen Arbeit für Ostpreußen.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 5 70 52. perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Sechstägige Ostpreußenreise des Kirchspiels Eichholz – Reiseroute: Frauenburg-Eichholz-Elbing-Danzig-Stettin. Termin: 27. September bis 2. Oktober. Reiseverlauf: Donnerstag, 27. September: Anreise über Hamburg, Raum Berlin an den ersten Übernachtungsort nach Schneidemühl. Freitag, 28. September: Nach dem gemeinsamen Frühstück Weiterfahrt nach Marienburg (Aufenthalt). Anschließend geht die Fahrt durch Elbing, Cadinen nach Frauenburg. Sonnabend, 29. September: Nach dem gemeinsamen Frühstück Fahrt nach Eichholz. (Programm). Sonntag, 30. September: Nach dem gemeinsamen Frühstück Fahrt nach Eichholz. (Programm). Montag, 1. Oktober: Heute heißt es Abschied nehmen von Frauenburg. Die Rückreise führt über Danzig. Nach einem geführten Stadtrundgang Weiterfahrt durch Stolp, Köslin nach Stettin. Dienstag, 2. Oktober: Nach dem Frühstück beginnt die Stadtrundfahrt Stettin. Anschließend Besuch der Markthalle und Rückreise. Teilnehmerpreis: 587 Euro ab 10 Personen, 537 Euro ab 15 Personen. Einzelzimmer: 60 Euro. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, 5 Übernachtungen mit Halbpension (Frühstück, warmes Abendessen), Stadtführung Danzig und Stettin, Gebühren Polen, alle Rundfahrten. Informationen erteilt Kirchspielvertreter Joachim Ruhnau, Schützenstraße 14, 56305 Döttesfeld. Telefon (02685) 987573, E-Mail: joachim.ruhnau@online.de



HEYDEKRUG

Kreisvertreter: Herbert Jaksteit, Tulpenweg 9, 51061 Köln, Telefon (0221) 637163, E-Mail HJaksteit@t-online.de

Verein in Heydekrug feiert Jubiläum. – Am 10. Mai feierte der Deutsche Verein Heide bei strahlendem Sonnenschein sein 20-jähriges Bestehen im Garten des Vereinshauses. Knapp 200 Personen nahmen an diesem Fest teil. Obwohl der Wetterbericht Regen und Kälte prognostiziert hatte, konnten wir im Garten des Deutschen Hauses bei herrlichem Sonnenschein das Fest feiern. Nachdem die Vereinsvorsitzende Gerlinda Stunguriene alle Teilnehmer herzlich grüßte, begann das offizielle, abwechslungsreiche Programm. Zu Beginn sangen alle das alte deutsche Lied: „Großer Gott, wir loben dich“ und daran anschließend sprach Herbert Jaksteit, Pastor i.R. das geistliche Wort. Anfangs gedachte er der Menschen, die durch Flucht und Vertreibung ihr Leben verloren hatten, um dann auf die Wichtigkeit einer Entscheidung für Jesus hinzuweisen, damit das Leben nicht sinnlos ist. Mit dem Vaterunser wurde der geistliche Teil abgeschlossen. Eine kleine Band mit jungen Leuten aus Heydekrug sorgte für eine gute Stimmung. Grußworte und Lieder wechselten einander ab. Unser Vorsitzender Uwe Jurgsties überbrachte die Grüße der Arbeitsgemeinschaft der Memellandkreise und überreichte dem Verein ein originelles Geschenk: Ein kleines Bäumchen mit fünf Zweihundertscheinen Litas von der Arbeitsgemeinschaft. Hans-Jörg Froese, der Kreisvertreter von Memel-Stadt und Vorstandsmitglied bei der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), überbrachte auch Grüße von LO-Sprecher Stefan Grigat. Es sagte: „Das Memelland wird auch künftig ein Stück ostpreußischer und deutscher Identität im litauischen Staat haben.“ Um die stärkere Verbindung zu dem übrigen südlich der Memel gelegenen Teil Ostpreußens zu betonen, nahm auch LO-Sekretärin Edyta Gladkowska aus Allenstein an diesem Jubiläum teil. Vom Verein der Deutschen aus Memel überbrachten Magdalena und Arnold Piklaps herzliche Grüße. Traute Meuser aus Beverstedt vom Verein deutsch-litausche Verständigung blickte auf die schwere Zeit der Deutschen zurück, um dann aber dankbar zu sein für die vielen Begegnungen zwischen Deutschen und Litauern in der Gegenwart. Auch der Heydekruger Pfarrer Semeklis ließ es sich nicht nehmen, persönlich Grüße von der Evangelischen Kirche Heydekrugs zu überbringen. Es waren nicht nur Memelländer, die an diesem Fest teilnahmen. Einen Tag vor dem Jubiläum fand ein großes Sängerfest der deutschen Chöre aus dem Baltikum (Estland, Lettland und Litauen) in Memel statt. Einige dieser Chöre machten auf der Fahrt in ihre Heimatstädte Station in Heydekrug, um das Programm mitzugestalten. Mit ihren Liedern erfreuten die Chöre aus Kaunas (Kulturverband), Wilna (Deutsche Gemeinschaft), Libau (Deutsches Kulturzentrum) und aus Venspils (Deutscher Kulturverein) die Teilnehmer. Auch der Alexandra-Freude-Verein aus Deutschland war mit dabei. Die begabte Sängerin Alexandra wurde bekanntlich in Heydekrug geboren und hat sich immer zu ihrer memelländischen Heimat bekannt. Dorothee Lotsch aus München sang einige Lieder von Alexandra. Unser Chor aus Heydekrug trat natürlich auch mit Gesangsbeiträgen in Aktion und sang zum Abschluss des offiziellen Teils der Veranstaltung das stimmungsvolle Lied: „Sing mir das Lied der Heimat.“ Für Essen und Trinken war auch reichlich gesorgt. Die Mitglieder des Vereins Heide hatten alles liebevoll zubereitet. Ein engagiertes Team hatte alles gut vorbereitet. Auffallend war auch die Beteiligung einiger junger Leute an diesem Sonntag. Ein herzliches Dankeschön an die Vereinsvorsitzende Gerlinda Stunguriene, die die Hauptverantwortung für das Gelingen des Festes trug. Als die Veranstaltung sich ihrem Ende näherte, kam er erste Schauer, aber der konnte diesen Tag nicht mehr stören. Ein schöner Jubiläumstag in Heydekrug ging zu Ende.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701. info@strammverlag. de, Internet: www.labiau.de.

Bericht von der Busreise – Die Busreise unserer Kreisgemeinschaft fand unter der Leitung der Kreisvertreterin Brigitte Stramm vom 8. bis 17. Mai statt. 31 Personen, munter gemischt aus „Eingeborenen“, deren Partnern, Nachkommen und Ostpreußen-Liebhabern, machten sich auf die lange Reise gen Osten. Ein Ehepaar war extra aus den USA angereist. Eine Zwischenübernachtung erfolgte, wie in den vielen Jahren zuvor, in Kolberg in Pommern. Allerdings in einem neuen Hotel im Kurviertel, unweit der Ostseeküste – ein guter Start. Bei herrlichstem Wetter setzten wir die Reise fort. Blühende Rapsfelder, bestellte Felder und Kastanien, die in voller Blüte standen, erfreuten überall das Auge, ebenso üppig blühende Obstbäume und Fliederbüsche. Auf dieser Nordroute haben inzwischen viele größere Orte eine Umgehungsstraße, jetzt auch Stolp. Der Wermutstropfen dabei: Man passiert nicht mehr die Städte mit teilweise interessanten Gebäuden, die Pommerns Geschichte interessant widerspiegeln, so das imposante Rathaus in Stolp, das am 4. Juli 1901 eingeweiht wurde. Während der Reise wurden immer wieder Informationen gegeben, die die Fahrtzeit angenehm verkürzten. Danzig, das Danziger Werder, die Überquerung der Flüsse Weichsel und Nogat lassen die Gedanken um den Freistaat Danzig kreisen, deren Grenze zu Ostpreußen die Nogat war. Auch hier wird kräftig an einer neuen Autobahn Richtung Warschau gebaut. Elbings Türme grüßen von weitem. Dann geht es auf die komplett erneuerte Strecke Richtung Königsberg, die zumeist direkt auf der Trasse der alten Reichsautobahn erbaut wurde. Wie viele Male sind wir auf der alten Betonpiste Richtung Nordostpreußen „gehoppelt“, daran denkend, wie viel Leid diese Straße gesehen haben mag. Der neue Grenzübergang Heiligenbeil II ist sehr komfortabel, die Warteräume sogar mit Sitzgelegenheiten ausgestattet. Auch die Toiletten sind jetzt nutzbar. Nach einer Stunde ging es dann weiter. Unterkunft in Königsberg im Hotel Tourist, Cranzer Allee. Das vor einigen Jahren komplett renovierte Hotel ist absolut empfehlenswert. Obwohl wir wussten, dass am 9. Mai, dem „Eroberungstag“, der besonders der deutschen Bevölkerung so viel Leid beschert hat, dort heftig gefeiert wird, sind wir doch bei Beginn des opulenten Feuerwerks, das mit einem fürchterlichen Knall begann, erschrocken zusammengefahren. Bei der Erlebnisgeneration kamen schlimme Erinnerungen hoch. Vom Hotel konnte teilweise das Feuerwerk, das am Hansaplatz gezündet wurde, beobachtet werden. Was auffiel: Zahlreiche Kleinflugzeuge befanden sich in der Luft, um das Spektakel hautnah zu erleben. Am nächsten Tag ging es zur Rundfahrt durch den Kreis Labiau. Das Museum in der Ordensburg war der erste Besuchspunkt. Nikolaj Wassiljewskij berichtete, dass er die Räumlichkeiten erweitern wird. Noch sieht es dort deprimierend schlecht aus. Aber er hat schon mehrmals bewiesen, dass daraus etwas Schönes entstehen kann. Rundfahrt in Labiau: Es fällt auf, dass doch inzwischen viel renoviert wurde, so nach und nach entwickelt sich unsere kleine Kreisstadt zum Besseren. Weitere Anlaufpunkte sind Labagienen und Rinderort am Kurischen Haff. Dem Verfall des Leuchtturms wurde leider kein Einhalt geboten, alle Pläne, dieses Objekt touristisch zu nutzen, sind leider in Schubladen verschwunden und sicher aus Geldmangel nicht realisiert worden. Das Nonnenkloster auf der ehemaligen Gutsanlage Dedawe / Deimehöh war etwas Erfreuliches fürs Auge. Auch die ganz fremd anmutende russisch-orthodoxe Kapelle war interessant anzusehen. Die Nonnen gestatteten sogar Einlass und drückten bei den Damen, die allesamt in Hosen erschienen, ein Auge zu. Eigentlich dürfen sie diese Kapelle nur mit Röcken / Kleidern betreten. Abends hatten wir Gelegenheit, zwei DVDs mit alten Aufnahmen von Labiau im Veranstaltungssaal des Hotels anzusehen. Moderne computerunter-

stützte Technik ließ unser Kreisstädtchen und weitere interessante Punkte in Großformat auf der Leinwand erscheinen. So waren alle für den nächsten Tag, dem Taxitag, der den Besuchen der Heimatorte gelten sollte, vorbereitet. Wir strömten dann am nächsten Morgen ganz erwartungsvoll den vorbestellten Autos zu. Alle hatten „ihr“ Programm. Besucht wurden Labiau, Lindenau, Sussemilken, Jorksdorf, Popelken, Rinderort, Gilge, Bittehnen, Proniten, Lablacken, Mehlauken, Kelladden, Lauknen, Groß Legitten und Groß Scharlack. Besondere Vorkommnisse: Sussemilken war kaum erreichbar. Die Entwässerung funktioniert nicht mehr und das Winterhochwasser hatte arge Schäden hinterlassen. In Lablacken entdeckten unsere Mitreisenden einen Bären in einem viel zu kleinen Käfig! In Mehlauken wurden Bürgersteige gepflastert und die Straßen mit hübschen Laternen versehen. Links neben der Kirchenruine befindet sich jetzt ein hoch umzäunter Platz für verschiedene Ballspiele, davor ein hübscher Platz mit Sitzgelegenheiten aus Holz. Doch, was erschreckend und schlimm anzusehen war: Das Dach der Kirche ist eingestürzt und es ist zu befürchten, dass die am 25. Oktober 1846 eingeweihte Kirche, die der Prototyp für den Bau der Friedenskirche in Potsdam war, nun lediglich als Steinbruch ihre letzten Tage fristen wird. Die Gleichgültigkeit, mit der die Menschen an dieser Ruine vorbeigehen, ist kaum zu ertragen. Lediglich der Turm ist noch von einem Storchenpaar bewohnt, das tröstete dann etwas. Auf dem Gelände des zu Groß Scharlack gehörenden Besitzes wird Öl gefördert. In einem kleinen Wäldchen, in dem noch vor 20 Jahren viele Störche, die hoch oben in den Baumwipfeln nisteten, zu finden waren, fanden wir jetzt nichts mehr vor. Warum mögen sie wohl diesen schon zu deutscher Zeit bestehenden Platz verlassen haben? Ein Tag war der Erkundung von Ostpreußens Hauptstadt Königsberg gewidmet. Besuch des Doms mit Orgelkonzert, Stadtrundfahrt, Besuch des Bernsteinmuseums und ein gemeinsames Essen im Restaurant Elefant im Fischdorf waren nur einige Punkte. In Königsberg wird eifrig gebaut. Dem Zulauf zum Oberteich, noch vor zwei Jahren ein übel riechendes Rinnsal, wurde jetzt ein Betonbett verpasst und man baute an der Promenade. Im Stadtteil Marauenhof sind viele Häuser liebevoll restauriert und neue, teils wahre Paläste, hinzugebaut worden. Am nächsten Tag: Abreise von Königsberg nach Rauschen, quer durchs Samland mit Stopp in Palmnicken. Der Ort machte einen passablen Eindruck. Auch die private Bernsteinmanufaktur arbeitete wieder. Sie haben sich in Polen informiert, neue Gerätschaften gekauft und die Produktion wieder anlaufen lassen. Ein vielseitiges Angebot ließ kaum (Kauf-) Wünsche offen. Die Steilküste mit dem breiten Sandstrand davor und den Denkmal für die Opfer des Holocaust wurde von uns besucht. Das Buch „Endzeit in Ostpreußen. Ein beschwiegenes Kapitel des Holocaust“ beschreibt diese unglaublichen Vorgänge. In Rauschen hatten wir ein sehr schönes Hotel direkt an der Steilküste. Eine Treppe von zirka 300 Stufen führte an die See. Fast alle ließen es sich nicht nehmen, von dort den Spaziergang an der Küste entlang zur Promenade zu unternehmen. Der Strand ist recht schmal geworden. Zum Küstenschutz ausgelegte Körbe, gefüllt mit großen Steinen, hatten den Winter nicht so gut überstanden. Sie wiesen teils Löcher auf. Die Naturgewalten, die hier auf die Samlandküste treffen, sind wirklich sehr gewaltig. Warum der Küstenschutz, wie zu deutscher Zeit, nicht weiter geführt wird, erschließt sich uns nicht. Der Promenadenweg mit seinen Treppen zur See hinunter war zwar instandgesetzt, aber die Treppen nicht angepasst worden. Das Mosaik der Sonnenuhr, letztes Jahr noch beschädigt, wurde aber inzwischen erneuert. Die Bernsteinverkäufer versuchten wie immer ihre Erzeugnisse, zumeist an die Frau, zu bringen. Vieles entspricht dabei nun wirklich nicht unserem Geschmack. Der nächste Tag auf der Kurischen Nehrung sollte der letzte in Nordostpreußen sein. Die Nehrung – alle hatten sich darauf gefreut – ist immer wieder ein Erlebnis. Das frische Grün, der wunderbar strahlend blaue Himmel, der vor der Festlandlinie aufgetürmte Wolkenstreifen, der Blick von der Ephas-Düne auf Pillkoppen, das Haff und die Ostsee – immer wieder faszinierend. Von der See kam kaum jemand ohne die von der unaufhörlich rollenden See rund oder oval geschliffenen Steine zurück – auch sie sind begehrte Souvenirs, und ganz umsonst. In der Vogelwarte zeigte uns ein perfekt deutsch sprechender Mitarbeiter, wie die Zugvögel gefangen, beringt und dann sofort wieder freigelassen werden. Ein

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

schöner Tag auf der Nehrung ging zu Ende. Abends konnten wir dann noch an der Steilküste in Rauschen wieder einen stimmungsvollen Sonnenuntergang beobachten. Über Danzig, wo wir in einem neuen Hotel am Segelboothafen wohnten, gegenüber dem Krantor, besichtigten wir auf eigene Faust die wunderbare Stadt. Über Oliva und Krockow ging es dann auf der Rückfahrt wiederum in das schöne Hotel in Kolberg und am Tag darauf hatte uns Deutschland wieder. Alle waren sich einig – es war eine tolle Reise und einige werden mit Sicherheit bei den nächsten Fahrten wieder dabei sein. Fazit: Ostpreußen lebt – durch uns. Im Sommer-Tohus-Heft wird ein ausführlich bebilderter Bericht erscheinen.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Sonnabend, 16. Juni, 10 bis 16 Uhr, Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft in der Patenstadt Neumünster, Brachenfelder Straße 23: Dauer- und Sonderausstellung **„Lötzen – die Perle Masurens“**. 16.15 Uhr: „Ostpreußens Symbole (Teil 2 von 4): Der Storch“. Dieter und Ute Eichler lesen und erzählen vom Adebar.



SENSBURG

Erster stellv. Kreisvertreter: Rolf W. Krause, Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstraße 15, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de

Wasserung des Nikolaiker Stinthengstes. – Am ersten Sonnabend nach dem 1. Mai wird traditionsgemäß im Stadtparkteich der Patenstadt Remscheid der Nikolaiker Stinthengst zu Wasser gelassen. Bei der diesjährigen Wasserung am 5. Mai galt es, gleichzeitig ein Jubiläum zu feiern, denn die Wasserung des Fischkönigs in Nikolaiken begann vermutlich im Jahr 1922, also genau vor 90 Jahren. Der amtierende Kreisvertreter Rolf W. Krause konnte bei der Feierstunde unter der blühenden Kastanie an diesem leider regnerischen Tag dennoch zahlreich erschienene Gäste begrüßen, an ihrer Spitze die Remscheider Bürgermeisterin Monika Hein, den CDU-Landtagskandidaten Jens Nettekoven sowie die seit vielen Jahren treuen Begleiter dieser Veranstaltung Hubert Haenel und Georg Gergull. Ein herzliches Dankeschön richtete Krause an den Remscheider Ostpreußenchor unter der Leitung von Nelli Illinich, der in guter Tradition die Feierstunde mit seinen Gesangsdarbietungen umrahmte. Bürgermeisterin Hein bezeichnete in ihrer Ansprache die Stinthengstwasserung in der Patenstadt Remscheid – in diesem Jahr war es das 51. Mal – als symbolischen Akt, der die Verbundenheit Remscheids mit der Heimat der Sensburger dokumentiere und die Hoffnung auf bessere Zeiten auch in Remscheid festige. Denn auch heute stehe man in Remscheid im Blick auf die finanzielle Notlage vor großen Problemen, die unbedingt gelöst werden müssten. Dennoch sei es für sie sehr wichtig, Brauchtum und Tradition zu erhalten und zu pflegen. „Ich freue mich sehr, dass der Stinthengst in Remscheid heimisch geworden ist“, sagte sie. Rolf W. Krause ließ in seiner Rede diesmal den König der Fische persönlich zu Wort kommen und über sein Befinden im seinem 90-jährigen Leben berichten. In seinem ersten Leben sei er als mächtiger Baumstamm zur Welt gekommen, der als Schlagbaum quer durch den Nikolaiker See führte und die Fischer daran hinderte, sich der Zollabgabe zu entziehen. 1920 habe er dann erneut das Licht der Welt erblickt, zunächst aus einem Baumstamm geschnitzt, später aus Blech hergestellt. Er wuchs zur stattlichen Länge von drei Metern heran und trug eine Krone auf dem Kopf. Er wurde bekannt und berühmt als der König der Fische, der seit 1922 immer am 1. Mai im Nikolaiker See gewassert, mit einer schweren Kette am Brückenpfeiler angepflockt und am 1. Oktober in sein Winterquartier verbracht wurde. Nach der Vertreibung aus der Heimat dauerte es viele Jahre, bis die Stadt Remscheid die Patenschaft für den Kreis Sensburg übernommen hatte, und weitere Jahre, bis „ich erneut wieder geboren wurde und schließlich 1952 im Remscheider Stadtparkteich eine neue Heimat fand …“, diesmal als Traditionsfigur. Der Fischkönig erinnerte in seinem Rückblick an die vielen Fotos, die in Nikolaiken und in Remscheid von ihm gemacht wurden, an die Gedichte und Texte, die von ihm und seiner Geschichte berichten, wobei sicher nicht alle der Wahrheit ganz genau entsprechen. Auch bewegt den Stinthengst heute, dass er 1963 in seiner masurischen Heimat einen jüngeren Bruder bekommen hat, der im Sommer nun an seiner Stelle unter der Nikolaiker Brücke schwimmt und nicht nur von ehemaligen Bewohnern des Kreises Sensburg bei ihren Heimatbesuchen begrüßt wird. Er ist gleichzeitig ein Anziehungspunkt für die heutigen Bewohner in Nikolaiken und eine Attraktion für die Touristen in der viel besuchten Stadt am See. Nikolaiken hat die alte Tradition wieder aufleben lassen. Zum Abschluss seiner mit herzlichem Beifall aufgenommen Ansprache gab Rolf W. Krause der Hoffnung Ausdruck, dass der Stinthengst in Remscheid den Sensburgern und allen Remscheider Bürgern weiterhin Glück und Zufriedenheit bescheren und der polnische Stinthengst die gleiche Kraft entfalten möge zum Wohl aller Menschen, die heute im Kreis Sensburg leben. – **Niemand hatte das Kleinod erkannt. Altargemälde in der Uktaer Kirche doch nicht von Girolamo Muziano?** – Mit großem Interesse habe ich den Beitrag „Niemand hatte das Kleinod erkannt/Vermeintlich verschollenes Gemälde im Hauptaltar der Kirche von Ukta entdeckt“ gelesen. (*PAZ/Das Ostpreußenblatt* Nr. 20, 19. Mai 2012, Seite 13). Der Autor Grzegorz Supady berichtet über die sensationellen Forschungsergebnisse des Vorsitzenden des Vereins zum Schutz der Kulturlandschaft Masurens Krzysztof Worobiec. Der Beitrag enthält leider keinerlei Quellenangaben. Aber die „sensationellen“ Erkenntnisse des Herrn Worobiec werfen Fragen auf. So schreibt der Verfasser des Beitrags: „nachdem Worobiec die ausführlichen Informationen über die Innenausstattung der Uktaer Kirche gelesen hatte …“. Diese Informationen hat er vermutlich dem schon im Dezember 2011 im Sensburger Heimatbrief erschienenen Beitrag „Aus der Geschichte der Kirche in Alt Ukta“ von Dorothee Heitmann entnommen, in dem die Quellen angegeben sind, aus denen hier ohne Quellenangabe geschöpft wurde. – Der Heimatbrief liegt Pfarrer Sawicki vor. – Nun zu dem „sensationellen“ Forschungsergebnis des Herrn Worobiec: Auf Anfrage teilte mir der stellvertretende Direktor der Gemäldegalerie Staatliche Museen zu Berlin Dr. Rainer Michaelis mit Schreiben vom 4. Januar 2012 mit: „Das Gemälde ‚Beweinung Christi‘, Art des Girolamo Muziano (Leinwand 142 x 110 cm, Katalog-Nr, B 158, 1938 nachträglich in Abwesenheit inventarisiert) gehörte zum Altbestand der 1830 gegründeten Berliner Galerie.“ Wie kann sich der Autor des Beitrags zu folgender Erkenntnis des Herrn Worobiec verleiten lassen? Aufgrund seiner genauen Betrachtung des Hauptaltars von Ukta kam er zu dem Schluss, dass das in den Kriegswirren verloren geglaubte Bild doch das von Muziano sein müsse. Die Authentizität der ‚Beweinung‘ wurde dann durch entsprechende Untersuchungen von sachkundigen Denkmalschützern bestätigt.“ Frage: Wie kann die genaue Betrachtung des Hauptaltars den Beweis für die Authentizität des Gemäldes liefern, und wer sind die „sachkundigen Denkmalschützer“? Ich darf zusammenfassen: Die Herkunft des Uktaer Altarbildes ist mir aus der Fachliteratur seit langem bekannt. Ich vertraue mehr der Auskunft des Dr. Rainer Michaelis, der ausdrücklich darauf hinweist, dass das Gemälde nach Art des Girolamo Muziano gemalt ist, also, bis zum Beweis des Gegenteils, keineswegs von Muziano, der als einer der ersten Künstler der damaligen Zeit galt, selbst gemalt worden sein muss. Ich teile die Freude aller Beteiligten, dass das restaurierte Gemälde, von wem auch immer gemalt, an seinen angestammten Platz in der Uktaer Kirche zurückgekehrt ist, in der mein Großvater am 10. November 1872 getauft wurde.

Rolf W. Krause, Velbert – amtierender Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Sensburg und 1. Kirchspielvertreter des Kirchspiels Ukta.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

16. Kirchspieltreffen Hoverbeck – Am 14. April fand das diesjährige Kirchspieltreffen Hoverbeck gemeinsam mit dem Ortstreffen Selbongen statt, wie es nun schon zur guten Tradition geworden ist. Man traf sich in dem beliebten Restaurant „Zur Traube“ unter den Weinreben in Unkel am Rhein. Nikolaus von Ketelhodt eröffnete für die Kirchspielvertreterin Christine Birkner das Heimattreffen mit einer kurzen Ansprache und übermittelte die Grußbotschaft des amtierenden Kreisvertreters Rolf W. Krause. In einer Schweigeminute gedachten die Anwesenden der im vergangenen Jahr verstorbenen Landsleute aus ihrem Kreis. Aus dem Kirchspiel Hoverbeck waren 40 Besucher von nah und fern angereist, und 37 aus dem zum Kirchspiel Nikolaiken gehörenden Ort Selbongen. Die fühlen sich inzwischen zu den Hoverbeckern hingezogen, mit denen sie sich immer wieder gern treffen. Für sie war es bereits das 11. Ortstreffen an diesem Ort und in dieser Umgebung. Eine freudige Überraschung war für sie, dass sechs Geschwister der Familie Salewski aus Selbongen anwesend sein konnten. Bei lebhafter Unterhaltung in gemütlicher Atmosphäre verging die Zeit viel zu schnell. Inzwischen sind die beliebten Treffen fast schon zu Familienfeiern geworden. Für das kommende Jahr ist das 17. Hoverbecker Kirchspieltreffen für den 12. April 2013 wieder in Unkel am Rhein geplant. – **18. Ortstreffen Giesenau** – Beim diesjährigen Treffen der Giesenauer am 14. April konnte Günter Fladda 44 Besucher begrüßen, die sich lange auf diesen Tag gefreut hatten. Er stellte fest: Zwar wird der Kreis der Teilnehmer immer kleiner, viele der früher anwesenden Landsleute sind verstorben oder durch Krankheit verhindert, die Anreise auf sich zu nehmen. Dennoch finden immer wieder einige dazu, die diese Treffen noch nie miterlebt hatten. In diesem Jahr war es Elisabeth McLaughlin geb. Lingnau, die an dem kulturellen Erbe und den Traditionen der Heimat festhalten will, wie sie selbst erklärte. Auch diesmal wurde das Giesenauer Ortstreffen wieder zu einer fröhlichen Wiedersehensfeier. Erinnerungen wurden aufgefrischt, von neuen Erlebnissen berichtet, vor allem von Fahrten in die Heimat. Die Stimmung war großartig, der Gedankenaustausch nahm kein Ende, so viel wurde geschabbert. Die Fortsetzung folgt beim nächsten Treffen, das am 13. April 2013 stattfinden soll. – **60. Treffen der Schülergemeinschaft Sensburger Oberschule.** – Renate Pasternak berichtet: Das diesjährige Treffen der Schülergemeinschaft Oberschule Sensburg stand im Zeichen von zwei Zahlen: 60 und 40, die die Geschichte der regelmäßigen Treffen der Schülergemeinschaft dokumentieren. Nach dem Krieg hatten sich die ehemaligen Gymnasiasten zunächst nur in kleinen Gruppen während der Sensburger Kreistreffen zusammengefunden, so lange, bis ihr früherer Direktor Bruno Wichmann im Mai 1953 zu einem Treffen der „Ehemaligen“ einlud mit dem Wunsch, eine Schülergemeinschaft zu gründen, damit „wir Angehörige unserer Schule näher zusammenrücken können“. Aus diesem ersten Treffen entstand eine nun bereits 60 Jahre währende Tradition. Anfänglich fanden die Treffen einmal im Jahr in verschiedenen Städten statt, bis 1973 Willingen im Sauerland als zentraler Ort und der Waldecker Hof als ideales Tagungslokal gefunden wurden. Dabei ist es bis heute – bis zur dritten Generation der Hotelbesitzer-Familie Werner – geblieben. Das war Grund genug, ein fröhliches Jubiläumsfest zu feiern, zu dem immerhin noch 36 Teilnehmer angereist waren. 1973 waren es 85 Personen gewesen, in späteren Jahren oft noch mehr. Nun wird der Kreis immer kleiner. Auch diesmal gab es viel Wiedersehensfreude, nicht enden wollende Unterhaltungen, mehr oder weniger lange Spaziergänge und natürlich auch das übliche Spargelessen bei „Annegret“. Einer früheren Tradition folgend hielt ein Mitschüler einen Vortrag über sein Forschungs- und Arbeitsgebiet, der mit großem Interesse aufgenommen wurde, was die anschließende lebhafte Diskussion bewies. Mit großer Freude konnte einem „Ehemaligen“ zu einem besonderen Jubiläum gratuliert werden. Vor 75 Jahren bestand er sein Abitur an dem Sensburger Gymnasium. Als Dankeschön für die 40jährige freundliche Aufnahme im Waldecker Hof überreichte die Schülergemeinschaft dem Hotelbesitzer Dirk Werner ein gerahmtes Bild von ihrem Sensburger Gymnasium, wofür er sich mit einer Runde seines guten Himbeergeistes bedankte. Das Fazit dieser sehr harmonischen Zusammenkunft ist: Wir wollen uns auch im kommenden Jahr wieder treffen, und zwar vom 30. April bis 2. Mai 2013 natürlich im Waldecker Hof!



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

Heimattreffen in Halle/S. – Das gemeinsame Heimattreffen der drei Nachbarkreise Tilsit-Stadt, Elchniederung und Tilsit-Ragnit wurde in diesem Jahr von der Stadtgemeinschaft Tilsit ausgerichtet. Als Austragungsort war Halle/Saale gewählt worden. Die Wahl erwies sich als sehr günstig. Die Stadt war auf Straße und Schiene gut zu erreichen und bot mit ihrem repräsentativem Kultur- und Kongresszentrum ein ansprechendes Ambiente für die Veranstaltung. Der Zustrom war entsprechend stark. Er überstieg die kühnsten Erwartungen. Als sich um 9 Uhr die Türen zum Einlass öffneten, waren schon nach kurzer Zeit alle vorhandenen Plätze besetzt. Zusätzliche Tische und Stühle mussten aufgestellt werden und als Punkt 10 Uhr die Veranstaltung begann, zählte man 338 Teilnehmer. Erwin Feige, Vorstandsmitglied der Stadtgemeinschaft Tilsit, begrüßte die Anwesenden aus nah und fern und eröffnete das Treffen mit dem gemeinsamen Gesang des Ostpreußenliedes. Die drei Kreisvertreter Hans Dzieran (Tilsit-Stadt), Manfred Romeike (Elchniederung) und Dieter Neukamm (Tilsit-Ragnit) würdigten in ihren Ansprachen die starke Beteiligung am Heimattreffen als Beweis für die Treue zur Heimat und als einen Beitrag gegen das Vergessen. Ein Land, in dem 700 Jahre preußisch-deutsche Geschichte geschrieben wurde – so Hans Dzieran –, dürfe nicht aus dem Gedächtnis der Menschen verschwinden. Es gelte, die geschichtliche Vergangenheit und das kulturelle Erbe der ostpreußischen Heimat wachzuhalten und sie mit Wort und Schrift ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Der Ostpreußenchor Magdeburg umrahmte die Ansprachen mit einem unterhaltsamen Programm an Heimatliedern und Rezitationen. Mit großem Interesse wurde der Vortrag von Bruno Buntschu, dem Direktor der Tilsiter Switzerland aus Tilsit in der Schweiz aufgenommen. Er machte die Teilnehmer mit der Tradition des Tilsiter Käses vertraut, schilderte die Entstehung von Tilsit in der Schweiz und erläuterte sein Projekt, mit dem er den Tilsiter Käse wieder am Memelstrom heimisch machen will. Die Tilsiter Museumsdirektorin Angelika Spiljowa sprach in ihrem Vortrag über die Entdeckung der historischen Vergangenheit unserer Heimatstadt, über die Einweihung des Herzog-Albrecht-Gedenksteins und über den Besuch von Armin Mueller-Stahl in Tilsit. Sie verlas auch eine Grußadresse des Oberbürgermeisters Nikolaj Woistschew und übergab Hans Dzieran die kürzlich eingeführte Stadtflagge in den alten Tilsiter Farben grün-weiß-rot mit dem historischen Wappen von 1552. Den Abschluss des Programms bildeten die Darbietungen des A-cappella-Ensembles „Cantabile“. Den Teilnehmern blieb genügend Zeit zum Plachandern. Es gab interessante Begegnungen und neue Bekanntschaften. Die weiteste Anreise hatten Tilsiter aus Ottawa/Kanada, aus Naples/USA und aus Bryanston/Südafrika. Als Dieter Neukamm bekannt gab, das nächste gemeinsame Treffen finde am 5. Oktober 2013 in Osnabrück statt, waren sich alle einig, im nächsten Jahr wieder dabei zu sein.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



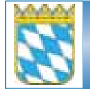
BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Vom 27. Juli bis 6. August fährt die Kreisgruppe Buchen nach Königsberg mit Insterburg, Trakehnen, Kurische Nehrung, Masuren, Westpreußen und östliches Hinterpommern. Die Reisenden erwartet ein sehr vielfältiges, individuell gestaltetes Programm. Es sind noch vier Plätze frei. Interessenten mögen bitte die Vorsitzende Rosemarie S. Winkler in Buchen unter Telefon (06281) 8137 anrufen, die näher darüber informieren wird.

Lahr – Donnerstag, 14. Juni, 18 Uhr, Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Ulm/Neu-Ulm – Freitag, 14. Juni, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Frauengruppe.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 16. Juni, 15 Uhr, Orangerie: Ein Reiseurlaub in Pommern im Sommer 2011. Gisela Heilbronner, ehemaliges Mitglied der Jugendgruppe, berichtet von ihren Erlebnissen und der schönen Landschaft.

Ingolstadt – Sonntag, 17. Juni, 14.30 Uhr, Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8: Monatliches Heimattreffen.

Landshut – Dienstag, 19. Juni, 14 Uhr, Insel: Zusammenkunft der Gruppe.

München – Jeden Montag, 18 bis 20 Uhr, Haus des Deutschen Ostens: Ostpreußischer Singekreis. Ansprechpartner: Dr. Gerhard Graf, Offenbachstraße 60, 85598 Baldham, Telefon (08106) 4960.

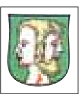
Nürnberg – Freitag, 8. Juni, 15 Uhr, Tucherbräu neben dem Opernhaus: Filmvorführung „Zwischen Nehrung und Rominten“. Gäste sind willkommen.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 22. bis Sonntag, 24. Juni: Jahresausflug nach Rheinsberg und Potsdam aus Anlass des 300. Geburtstages von Friedrich dem Großen. Die Gruppe fährt mit Landsleuten der Kreisgruppe Ansbach nach Brandenburg und besucht dort die historischen Stätten des Wirkens des großen Königs. Sonderprogramm. Auskunft und Anmeldung bei Lm. Kösling unter Telefon (09831) 611665.

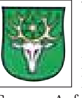


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Lyck – Sonnabend, 2. Juni, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



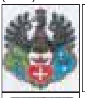
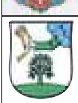
Wehlau – Sonntag, 3. Juni, 15 Uhr, „Lindengarten“, Alt-Buckow 15a, 12349 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 10. Juni, 15 Uhr, Restaurant „Stammhaus“, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (0332321) 88826.

Gumbinnen / Johannisburg / Lötzen / Sensburg – Mittwoch, 20. Juni, 14 Uhr, „Oma Brinks Kartoffelhaus“, im Clubraum, Gardeschützenweg 139, 12203 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen für Gumbinnen bei Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, für Johannisburg und Sensburg bei Andreas Maziul, Telefon (030) 54 29 917, für Lötzen bei Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.

Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 29. Juni, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppe. Auskunft erteilt Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Bartenstein – Sonnabend, 30. Juni, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1-3, S-Bahnhof Zehlendorf, Sitzungssaal C 21: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

FRAUENGRUPPE



Mittwoch, 13. Juni, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10962 Berlin: Frühling in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Dittchenbühne: Freitag, 15. Juni, 20 Uhr: Premiere „Der Zauberer Gottes“. Komödie von Paul Fechner. Regie Raimar Neufeldt. Eintritt: 20 Euro. – Sonnabend, 16. Juni, 16 Uhr: „Der Zauberer Gottes“.– Sonntag, 17. Juni, 16 Uhr: „Der Zauberer Gottes“. Freilichtaufführung.,

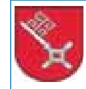


BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Telefon (04521) 4094-830, Fax (04521) 4094-831, Mobil (0173) 6254277, E-Mail: elard.gottberg@gottberg-logistik.de.

Brandenburg/Havel – Montag, 22. Juni, 14 Uhr, Hotel Burg Eisenhardt Straße der Einheit 41, Bad Belzig: Frühlingsfest. Gäste sind herzlich willkommen. Anfragen bei Jürgen Rasztuttis, Telefon (03381) 300 703.

Oranienburg – Sonnabend, 2. Juni, 10 Uhr, Regine-Hildebrandt-Haus, Sachsenhausener Straße 1: Einladung zur Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stehen die Berichte des Vorstandes und Neuwahlen. Vorschläge für die Bereitschaft im neu zu wählenden Vorstand mitzuwirken sind willkommen. Anfragen bei Horst Trimkowski, Telefon (03301) 582496.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Sonnabend, 16. Juni, ab 15 Uhr: Der Bund der Vertriebenen, Landesverband Bremen, und auch die Landsmannschaft Gruppe Bremen beteiligen sich mit einem Info- und Verkaufsstand am „Sommermarkt Borgfeld 777“ in Borgfeld-Mitte. Der Markt befindet sich im Zentrum des Stadtteils auf der Borgfelder Heerstraße und Borgfelder Landstraße. Besucher aus anderen Teilen Bremens können mit der BSAG-Linie 4 bis zur Endhaltestelle Borgfeld fahren und sind dann bereits in der Nähe des Marktes.



HAMBURG

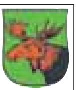
Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

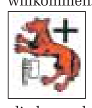
Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Hamburg-Wilhelmsburg – Montag, 25. Juni, 15 Uhr, Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag der Gruppe.

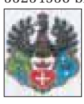
KREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 20. Juni, 14 Uhr, Café Rosengarten, Alsterdorfer Straße 262 (mit S- und U-Bahn, Haltestelle Ohlsdorf, in wenigen Minuten gut zu erreichen): Treffen der Gruppe. Mit einem Überraschungsgast soll der Sommer heiter begrüßt werden. Gäste sind wie immer herzlich willkommen.



Heiligenbeil – Sonnabend, 23. Juni, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7: Alle Mitglieder und Freunde der Gruppe sind herzlichst eingeladen, mit Kaffee, Kuchen und einem Filmvortrag in geselliger Runde einige fröhliche Stunden miteinander zu verbringen. Kostenbeitrag für Kaffee, Kuchen und einen Film-Vortrag 5 Euro. Der Seniorentreff ist mit der Buslinie 116 von den U-Bahn-Stationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek-Markt aus zu erreichen. Anmeldung bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 53254950 bis 22. Juni erbeten.



Königsberg – Sonnabend, 9. Juni, 8.30 Uhr, Moorweide / Shell-Tankstelle gegenüber Dammtorbahnhof: Abfahrt zum Ausflug in den Vogelpark Walsrode. Zuvor wird dort eine Zierkerzenschnitzerei besichtigt, Mittagessen gibt es in der Waldgaststätte. Danach geht es in den Vogelpark. Ankunft in Hamburg gegen 18.30 bis 19 Uhr. Anmeldung bitte bis 11. Juni bei Ursula Zimmermann, Telefon (040) 4604076.



Sensburg – Sonntag, 17. Juni, 15 Uhr, Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg: Grillparty. Gäste sind herzlich willkommen. Anmeldung bei Kurt Budszuhn, Telefon (04101) 72767 bis zum 15. Juni.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

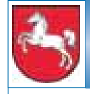
Darmstadt-Dieburg – Sonnabend, 16. Juni, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Treffen vor der Sommerpause. Nach der Kaffeetafel hält Dieter Leitner einen Vortrag über Preußenkönig Friedrich den Großen anlässlich seines 300. Geburtstages.

Gießen – Die Vorsitzende Erika Schmidt begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder und Freunde der Kreisgruppe zum Programm: „Eine Westpreußin fliegt nach Sibirien.“ Das klingt nach Verschleppung und Verbannung der Jahre um 1945. Aber wer nach Sibirien fliegt, muss nicht gleich verbannt werden. Freundeskreismitglied und Landesfrauenbeauftragte der LOW-Landesgruppe Hessen, Karla Weyland, flog mit Freunden zu Freunden nach Sibirien, zum ehemaligen Verbannungsort Mama. Mit dem Flugzeug ging es mit Unterbrechungen bis Jakutsk. Und weiter ging es auf Rädern nach dem Verbannungsort Mama. Die weiter gezeigten Bilder gaben Einblick in die Wohnstätten und Baracken der ehemaligen Verbannten und Strafgefangenen. Die weitere Umgebung ist stark bewaldet und hält versteckt in diesen Wäldern die Verbannungsstätten. Diese von Karla Weyland vermittelten Bilder zeigten eine Fülle von Natur und Leben in Russland.

Kassel – Dienstag, 5. Juni, ab 14.30 Uhr, Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg 28, Kassel: Treffen der Kreisgruppe. Um 15 Uhr bringt Gerhard Landau, Kassel, Anmerkungen zum Thema „Umerziehung der Deutschen nach 1945“. **Bericht von der Frühlingstour** – Die Wander- und Fahrtengruppe der Landsmannschaft hatte sich für ihre Frühlingstour die Dom- und Kaiserstadt Fritzlar ausgesucht. 13 unternehmungslustige Teilnehmer, unter ihnen drei Schlesier, wählten für die Hinfahrt die Regiotram. Diese schlängelt sich durch die hübschen Täler von Fulda und Eder. Für den Vormittag stand eine 3,5 Kilometer lange Wanderung in die nahe Ederaue mit ihrem urigen Erlenbruchwald und einem interessanten Gewässernetz auf dem Programm. Höhepunkt am Nachmittag war die Kremserfahrt durch das Fachwerkjuwel Fritzlar unter dem Wahlspruch „Waltraud-von-Schaewen-Schäffler-Ehrenrundfahrt“. Bezug genommen wurde dabei auf die langjährige Schriftführerin des Vereins, die infolge anstehenden Ortswechsels den Kreis im Sommer leider verlässt. Reich an Eindrücken begaben sich die Mitfahrer nach einem Café-Besuch auf den Heimweg, diesmal mit dem Bus auf mehr westlicher Trasse mit prächtigen Ausblicken auf die Basaltkuppenlandschaft des reizvollen Chattengaus. – Beim letzten **Treffen der Kreisgruppe Kassel im Mai** hielt Landesfrauenleiterin Karla Weyland einen Diavortrag über Land und Bäume „Über allen Gipfeln ist Ruh“. Frau Weyland schilderte die Schönheit der grünen Alleen und erzählte die Geschichte ihrer Entstehung. Die ersten Alleen waren schon 2000 vor Christus bekannt. Diese Idee kam aus Italien, aber der Ursprung liegt eigentlich in Frankreich. In Deutschland wurden die ersten Alleen in Mecklenburg und Pommern unter Friedrich dem Großen angelegt. Danach folgte die Beschreibung des Waldes. Der Wald ist ein Lieblingsort der Deutschen. Es gibt große Waldgebiete. Die besten Kiefern wachsen in Masuren. Rotbuchen findet man in der Nähe von Heiligenbeil. Typisch für Europa sind Mischwälder. In Deutschland fand in den 50er und 60er Jahren eine massive Aufforstung statt. Ein Viertel der Wälder der Welt befinden sich in Europa. In Deutschland haben wir keine ursprünglichen Waldbestände mehr. Der Wald ist ein großer Wirtschaftsfaktor. Der deutsche Wald war schon immer ein Mythos. Über den Wald entstanden viele Gedichte und Lieder. Früher war der Baum die Mitte des Dorflebens. Bäume sind Ausdruck des Lebens.

Wetzlar – Montag, 11. Juni, 18 Uhr, Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl 128: Nächstes Treffen mit einem Vortrag von Götz Diehm über „Der Vertrag von Versailles – ein Friedensschlüssel?“ Gäste sind willkommen. Über die Aktivitäten des Königsberger Diakonissen-Mutterhauses der Barmherzigkeit, das nach seiner Vertreibung auf dem Altenberg bei Oberbiel und in Wetzlar im Jahre 1953 eine neue Heimat gefunden hat, sprach Altvorsteher Pfarrer Dieter Nebeling während des Maitreffens. Anlass war die Gründung des zweiten ostpreußischen Diakonissen-Mutterhauses „Bethanien“ im Jahre 1910 in der masurischen Kreisstadt Lötzen und die damit verbundenen Jubiläumsfeierlichkeiten vor zwei Jahren zu dessen 100jährigem Bestehen. Als erfreulich für die heutigen deutsch-polnischen Beziehungen bezeichnete Nebeling die Feiern in Lötzen zum 100-jährigen Bestehen des Lötzener Mutterhauses, dessen Gebäude jetzt als Regionalkrankenhaus dienen. Ein Grußwort aus Wetzlar sei dabei verlesen worden. Auch zwei örtliche Tageszeitungen hätten ausführlich über seine Geschichte berichtet. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs fand das Lötzener Mutterhaus im norddeutschen Quakenbrück eine neue Heimat.

Wiesbaden – Dienstag, 12. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: **Heimatliche Küche. Spezialitäten aus Ost- und Westpreußen.** – Sonnabend, 16. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Friedrichstraße 35: „Stille Helden“. Dokumentarfilm von acht Master-Studenten der Hochschule der Medien in Stuttgart (HdM). Nach der Filmvorführung erzählt Marcus Mangeot, Autor, Kameramann und Editor, was zu diesem Studienprojekt führte. Zuvor ist Gelegenheit zur Unterhaltung bei Kaffee und Kuchen. – In der Landeshauptstadt sind erstmals Werke aus den Schaffensphasen des ostpreußischen **Malers Eduard Bischoff (1890-1974)** zu sehen. „Die Dünen, das Haff, die Kurenkähne und natürlich der Mensch, mit den Bildern von Eduard Bischoff ist auch ein Stück Ostpreußen nach Wiesbaden gekommen“, sagte der LOW-Vorsitzende Dieter Schetat bei Eröffnung der Ausstellung, zu der gemeinsam der Bund der Vertriebenen (BdV), Landesverband Hessen, das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg und die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Wiesbaden (LOW) eingeladen hatten. Rund 70 Exponate des Königsberger Malers sind zu sehen unter dem Titel „Ich übertrage das Gefühl“. Damit sei vor allem das Heimatgefühl gemeint, erklärt der Bischoff-Enkel Ingo-Endrick Lankau die Intention hinter dem Ausstellungstitel. Die Bilder im Wiesbadener „Haus der Heimat“ kommen aus dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, der Galerie im Hamburger Grand Elysee und aus dem Privatbesitz des Malerenkels Ingo-Endrick Lankau, der die Ausstellung großzügig unterstützt hat. Leider gilt ein Großteil der Werke Bischoffs seit Ende des Krieges als verschollen. Eduard Bischoff gehörte eine Zeit lang zum Kreis der sogenannten Künstlerkolonie in Nidden auf der Kurischen Nehrung mit ihrer einmaligen Dünenlandschaft, die viele Schüler der Kunstakademie Königsberg anzog. Man traf sich im Gasthaus Hermann Blode, wo es die „Künstler-Ecke“ gab. Es waren weltbekannte Namen wie etwa Lovis Corinth, Max Pechstein, Hans Kallmeyer, Ernst Bischoff-Culm, Ernst Mollenhauer und eben Eduard Bischoff. „Bei unseren Ostpreußen-Reisen mit der Landsmannschaft war es selbstverständlich, das Gasthaus von Hermann Blode mit der berühmten Veranda zu besuchen und uns der heimatlichen Maler zu erinnern“, erzählte Dieter Schetat. Die Ausstellung, zu der Dr. Jörn Barfod, Kustos des OL, einführende Worte sprach, ist noch bis zum 30. Juni zu sehen. Die Schul- und Kulturdezernentin der Stadt Wiesbaden, Rose-Lore Scholz, will sich dafür einsetzen, dass die Ausstellung auch für Schulen gezeigt wird.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Buxtehude – Donnerstag, 28. Juni: **Halbtagesfahrt nach Nindorf/Lüneburger Heide in den Wildpark.** Dort erwarten die Teilnehmer idyllische Wege durch den Wald, mit vielen Ruhebänken, vorbei an Teichen, Mooren und über 1000 Tieren, auch Elchen. Im Kaffeerestaurant wird für die

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Gruppe eingedeckt und Buchweizen- oder Sahnetorte serviert. Kosten für Busfahrt, Eintritt und Kaffeegedeck 25 Euro. Enkelkinder oder Kinder bis 12 Jahre zahlen nur 5 Euro.

Hannover – Donnerstag, 15. Juni, 13 Uhr, Busabfahrt Buxtehude-Wachtelberg, Apenser Straße: **Gruppenfahrt zum Spargelessen zur Marienburg** in Pattensen-Schulenburg. Vorgesehen ist nach dem Spargelessen eine Führung durch die Marienburg oder auch durch den Park. Anmeldungen bitte an Roswitha Kulikowski, Telefon (05101) 2530. Anmeldung mit Tortenwunsch bis zum 23. Juni bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918.

Hildesheim – Donnerstag, 14. Juni, 15 Uhr, Bürgermeisterkapelle. Rathausstraße 8: Treffen der Heimatfreunde. Dr. Fred Martin zeigt die Schönheiten der Insel Usedom.

Oldenburg – Mittwoch, 13. Juni, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Walter Perkuhn, Oldenburg, hält einen Dia-Vortrag: „Von Königsberg den Pregel aufwärts“, zweiter Teil des Vortrags über seine Heimat, Kreis Löwenhagen bei Königsberg. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Freitag, 15. Juni, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 20. Juni, 17.30 Uhr, Erkerzimmer der Stadthalle Bad Godesberg: Stammtisch der Gruppe. Auch zu dieser Veranstaltung sind Gäste herzlich willkommen.

Dortmund – Montag, 18. Juni, 14.30 Uhr, Ostdeutsche Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Dienstag, 12. Juni, 15 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: Filmvorführung „Kadetten“ (Deutschland 1939). – Dienstag, 12. Juni, 19 Uhr, Bambi Filmstudio, Klosterstraße 78: Filmvorführung „Lidice“. – Donnerstag, 14. Juni, 9.30 Uhr: Fahrt zur Floriade nach Venlo/Niederlande. – Donnerstag, 14. Juni, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch. – Freitag, 15. Juni, 19 Uhr, GHH / Eichendorffsaal: Szenische Lesung „In Zeiten des Krieges“. – Freitag, 15. bis Sonntag, 17. Juni, Pommernzentrum Lübeck-Travemünde: Pommerntage. Infos bei Heinz Butzbach, Telefon (0211) 362481. – Sonntag, 17. Juni, 18 Uhr, GHH/Eichendorffsaal: 1953 Volksaufstand in der DDR. Autorenlesung von Monika Maron „Zwei Brüder – Gedanken zur Einheit“. – Dienstag, 19. Juni, 19.15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von Prof. Dr. Bernd Faulenbach „Preußens Ende – Der Preußenschlag vom 20. Juli 1932“. – Mittwoch, 20. Juni, 19 Uhr, GHH/Konferenzraum: Ausstellungseröffnung „Porträts aus Böhmen und Mähren“.

Ennepetal – Donnerstag, 21. Juni, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit Heringsstipp mit Kartoffeln.

Essen – Freitag, 15. Juni, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen-Frohnhausen: Treffen der Gruppe. Im Juli und August sind Sommerferien.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Haltern – Donnerstag, 14. Juni, 15 Uhr, Gaststätte Kolpingtreff: Monatsversammlung.

Neuss – **Jahresreise der Kreisgruppe Neuss** – Die Reise ging in diesem Jahr vom 17. bis 20. Mai nach Berlin. Diese großartige Stadt verändert ihr Aussehen durch die immense Bautätigkeit rasant. Viele Architekten haben bei der Planung ihre Visionen verwirklicht, sodass sich mancher fragt, ob man in diesen Häusern auch noch wohnen kann. Die Eheleute Pott hatten ein Hotel am Bahnhof Friedrichstadt ausgesucht. Man ging in den Friedrichstadtpalast, besichtigte den Reichstag und schipperte von der Havel in Alt-Treptow über die verschiedenen Wasserstraßen Berlins. Durch die zentrale Lage des Hotels hatte jeder in der Freizeit auch die Möglichkeit für eigene Spritztouren. Auf der Heimreise gab es ein „Bonbon“. Besichtigt wurde das Krongut Bornstedt. Es wurde 1999 zum Weltkulturerbe ernannt. Es war Sitz des Hohenzollernschen Kronprinzenpaares Friedrich Wilhelm (1831- 1888) und seiner Gemahlin Viktoria (1840 – 1901) gewesen. Während der Busfahrt sorgte ein Schlückchen „Bärenfang“ dafür, dass die gute Stimmung erhalten blieb.

Wesel – Sonntag, 17. Juni: **Jahresausflug – Busreise nach Bad Sassendorf.** Abfahrtszeiten: 9 Uhr Wesel-Feldmark an der Apotheke, 9.15 Uhr Hotel Kaiserhof in Wesel. Der Fahrpreis beträgt 22 Euro. Im Preis enthalten sind ein Picknick mit Umtrunk auf einem Autobahnrastplatz oder einem Parkplatz und Kaffeetrinken in einem Café in Bad Sassendorf. Verbindliche Anmeldungen bis zum 8. Juni sind zu richten an: Paul Sobotta, Telefon (0281) 45657 oder Ursula Paehr, Telefon (0281) 1637230. Fahrzeuge können auf dem Hof der Heimatstube abgestellt werden.

Witten – Montag, 18. Juni, 15 Uhr, Ev.-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6-10: Ostpreußische Kaffeetafel bei lustigen Geschichten und Singen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 21. Juni, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Freitag, 15. Juni, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen der Frauengruppe. – Mittwoch, 20. Juni, 10 Uhr, Treffpunkt Apotheke an der Zentralhaltestelle: Treffen der Wandergruppe. – Jeden Montag, 16 Uhr, Treffen des Kulturkreis Simon Dach trifft sich unter der Leitung von Ingrid Labuhn zur Chorprobe. – **20jähriges Bestehen der Kreisgruppe Chemnitz.** – Am 11. Mai wurde die Gedenkstätte für alle Ostpreußen, die in Sachsen ein neues Zuhause gefunden haben, eingeweiht. Es wurde ein Gedenkstein gegen das Vergessen eingeweiht. Die Gruppe möchte jetzt schon Pfarrer Plorin danke sagen für den Segen, den er an der Gedenkstätte gesprochen hat. Am 12. Mai begann die Festveranstaltung im Platner Hof. Um 10 Uhr fand ein Gottesdienst für alle Mitglieder des Vereins statt. Pfarrer Plorin sprach viele tröstende, heilende und zukunftsorientierte Worte. Die Epistellesung für den kommenden Sonntag – Rogata/Betet – übernahmen Erna Felber und Hannelore Kedzierski. Sehr nahe gingen die Worte aus dem Alten Testament „Gedenke der vorigen Zeiten und der Geschichte vergangener Generationen! Frage deinen Vater, der wird es dir erzählen, frage die Alten, die werden es dir sagen.“ Einige Mitglieder sagten nach dem Gottesdienst: „Die Predigt hat mir gut getan, wenn wir so einen guten Pfarrer in unserer Gemeinde hätten, würden wir wieder mehr zum Gottesdienst gehen.“ Als die Mitglieder vom Gottesdienst kamen, waren alle Tische ganz liebevoll geschmückt. Liesbeth Krüßel legte für jeden eine schöne Bleistiftzeichnung vom „Heidekrug“ in Ostpreußen auf den Platz. Marta Micklisch hatte für alle eine kleine Blumenvase gebastelt und mit Blümchen bestückt. Diese konnte jeder als Andenken mit nach Hause nehmen. Inzwischen waren weitere Mitglieder und Gäste eingetroffen, mitunter von weit her. Der Saxonia-Square-Dance-Club aus Chemnitz sorgte bis zum Mittagessen für eine fröhliche Stimmung. Die Vorsitzende Sieglinde Langhammer sprach einige Worte zur Erinnerung an die 20 Jahre des Vereins und begrüßte die Ehrengäste. Danach folgte die Ansprache des Referenten Wolfgang Thüne. Er lobte den Mut der Mitglieder. Wolfgang Thüne wiederholte den Ausspruch von Berthold Brecht „Immer noch schreibt der Sieger die Geschichte der Besiegten. Dem Erschlagenen entstellt der Schläger die Züge. Aus der Welt geht der Schwächere, und zurück bleibt die Lüge.“ Die Gruppe darf und will die Wahrheit sagen. Sie hat auf ihrer Festzeitschrift geschrieben „Werdet nicht müde, Euch zu bekennen, immer wieder die Heimat zu nennen“. Unter großem Applaus mahnte Wolfgang Thüne die Teilnehmer, immer für ihr Recht zu kämpfen und für ihre Menschenwürde zu streiten. Der Verein hat anlässlich des 20-jährigen Bestehens seine Kulturleiterin **Ingrid Labuhn mit der goldenen Ehrennadel für Ostpreußen** vorgeschlagen und der Landesvorsitzende Alexander Schulz sprach die Laudatio und überreichte ihr die Nadel sowie die Urkunde. Der Vorstand gratulierte ebenfalls herzlich und dankte für 20 Jahre gute Arbeit mit dem Kulturkreis und im Vorstand. Weiterhin wurden Elisabeth Seelig, Kurt Weise, Karin Janella und Sieglinde Langhammer mit einem Blumenstrauß für ihre Tätigkeit im Verein geehrt. Nun begann ein wunderschönes Festprogramm für alle. Frau Labuhn brachte mit dem Kulturkreis „Simon Dach“ sowie mit ausgewählten Künstlern aus Leipzig, Dortmund und Chemnitz ein Festkonzert zu Gehör. Mit den Liedern „Du mein einzig Licht“, „Flogen einst fünf wilde Schwäne“, „Land der Väter, weites Land“, „Abends treten Elche aus den Dünen“ sowie mit dem „Bärenfanglied“ – alle Anwesenden bekamen einen Schluck selbstgemachten Bärenfang – und „In unserem Garten, da singt ein Amselchen“ ging dieses Konzert zu Ende. Der Vorstand möchte sich bei allen nochmals auf diesem Weg bedanken, die dazu beigetragen haben, dass das 20jährige so gefeiert werden konnte.

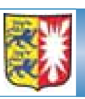


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 11. Juni, 14 Uhr, Krötenhof: „Alltag in Ostpreußen“. Dia-Vortrag.

Magdeburg – Dienstag, 5. Juni, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Sonntag, 10. Juni, 14 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Himmelfahrt und Pfingsten.



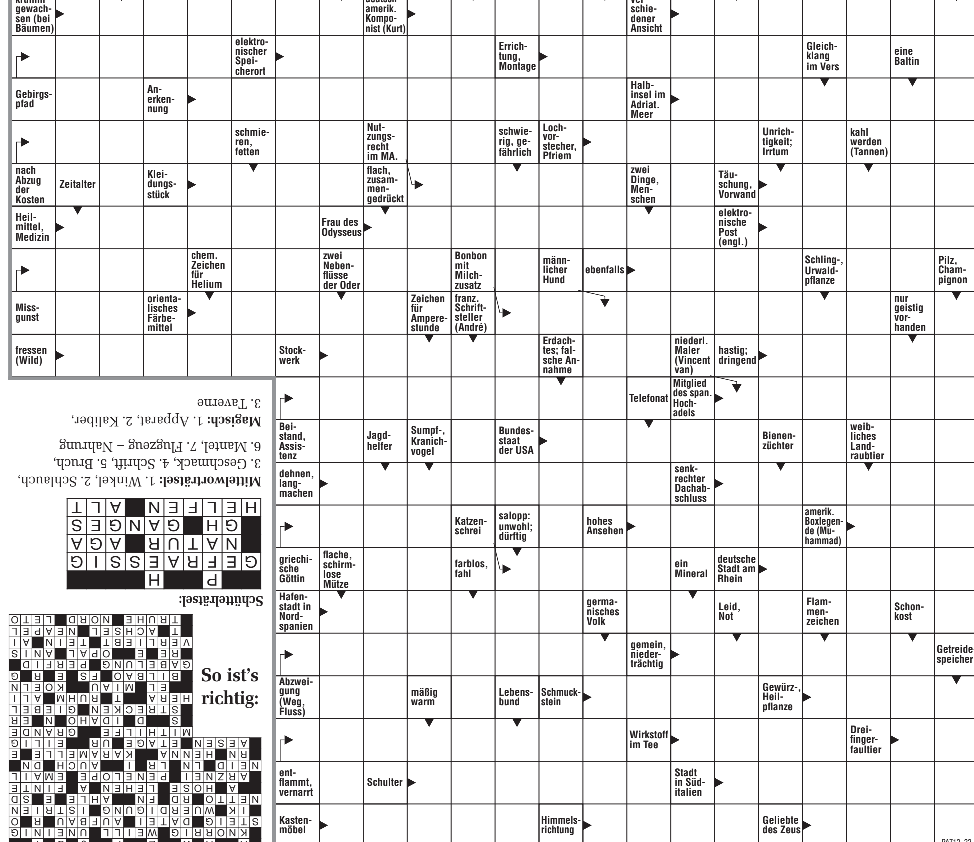
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Donnerstag, 14. Juni, 15 Uhr. AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34a, Bad Schwartau: **Diavortrag** – Am 14. Juni endet das erste Veranstaltungs-Halbjahr bei den Ostpreußen mit einem Diavortrag von Pastor em. Axel Simanowski: „Auf deutschen Spuren in Südrussland“.

Flensburg – Sonntag, 10. Juni, 13.15 Uhr: „Wir gehen an Bord“. Um 12.45 Uhr Treffpunkt am Schiffsanleger der Alexandra, Fördefahrt (13.15 Uhr bis 14.45 Uhr), Kaffeerunde an Bord.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20



Schüttelrätsel

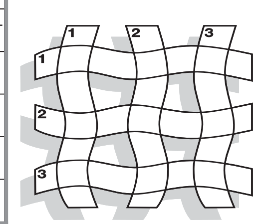
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AEEFG GIRSS	EEGN		AFHLP	AEGU		AEHNR	AAGS	EGIL	AGST
ANRTU						AAG			
EEFH LN			AEGG NS						
						ALT			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für Essen, Speise.

1	BLICK		ADVOKAT
2	WASSER		BOOT
3	WOHL		LOS
4	DRUCK		ZEICHEN
5	EIN		LANDUNG
6	PELZ		TARIF
7	SEGEL		TRAEGER



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 technisches Gerät
2 Rohrdurchmesser
3 italienische Schenke

Marburg feiert ohne Deutsche

Kulturverein der Minderheit »Brücken« plant eigene Veranstaltungen in der slowenischen Kulturhauptstadt

„Im Kulturhauptstadtjahr will ich zeigen, dass wir noch hier sind!“ Mit Bitternis, aber auch gehörigem Trotz beantwortet Veronika Haring die Frage nach den Plänen des deutschen Kulturvereins „Brücken“ für das Europäische Kulturhauptstadtjahr 2012 im slowenischen Marburg an der Drau [Maribor].

Nur noch schätzungsweise 2000 Deutsche soll es heutzutage in Slowenien geben, ein kleiner Teil davon ist in der Hauptstadt der Untersteiermark beheimatet, die bis 1919 jahrhundertelang zu Österreich gehört hatte und damals noch mehrheitlich von Deutschen bewohnt war. Staatlicherseits sind die Deutschen in Slowenien bis heute nicht als ethnische Minderheit anerkannt. „Zuerst sagte man, wir seien ‚nicht autochthon‘“, erklärt Haring, „dann hieß es, wir seien ‚zu wenige‘ und schließlich, die Deutschen würden nicht in einem geschlossenen Raum leben.“

Eine offizielle Anfrage hinsichtlich einer Beteiligung der Marburger Deutschen am Kulturhauptstadtprogramm habe es nicht gegeben, bedauert die 63-jährige Obfrau der „Brücken“. Dass sie dennoch etwas Respektables auf die Beine stellen wird, traut man der energischen Buchhändlerin im Ruhestand sehr wohl zu, wenn man ihren Ausführungen über die Geschichte der Stadt, die besondere Bedeutung der deutschen Kultur in der Region und die schwierigen Bemühungen um eine Neuorganisation der Volksgruppe nach dem Zerfall Jugoslawiens zuhört.

Eine erste Vereinsgründung habe es 1990 mit der Bildung der „Freiheitsbrücke“ gegeben. Diese bestehe bis heute, sei aber weniger an Kultur als am Ziel der rechtlichen Gleichstellung der deutschen Volksgruppe und Entschädigungen für das erlittene Unrecht interessiert, sagt Haring. Deshalb wurde im Dezember 2000 der „Kulturverein deutschsprachiger Frauen ‚Brücken‘“ aus der Taufe gehoben. Dieser verfügt seit 2005 dank finanzieller Förderungen der österreichischen Bundesländer Steiermark und Kärnten sowie privater Spenden über eigene Vereinsräume in der Färbergasse [Barvarska ulica], einer engen Altstadtgasse unweit des Domes. Zurzeit zählt man gut 100 Mitglieder.

Längst seien die Aktivitäten nicht mehr auf Frauen beschränkt, betont die Obfrau und verweist stolz auf die Kinder- und Jugendgruppe, den eigenen Kammerchor „Hugo Wolff“ und die Schriften der verbandsinternen Literaturgruppe, die in den Jahrbüchern der „Brücken“ ihren Niederschlag fänden. Darüber hinaus gebe es Sprachkurse für Erwachsene und Kinder, Mal- und Zeichenkurse, Diskussionsrunden, Konzerte, Weihnachtsfeiern und vieles andere. Zuletzt veranstaltete man im Dezember 2011 einen Erinnerungsabend an Rudolf Wagner, der an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert den Marburger Männergesangsverein geleitet hatte. Einen wichtigen Stellenwert genießt auch die Zusammenarbeit mit anderen deutschen Minderheitengruppen im eigenen Land, allen voran dem Gottscheer Altsiedlerverein, aber auch der Anfang 2011 gegründeten deutschen Vereinigung im nahen Cilli [Celje], oder mit befreundeten Organisationen im Ausland, insbesondere dem Alpenländischen Kulturverband Südmark in Graz.

Zweifellos ist die Regsamkeit des kleinen Vereins wesentlich auf den Tatendrang und den Ideenreichtum Veronika Harings zurückzuführen. Beides hängt auch mit ihrer Biografie zusammen. Von der eigenen Herkunft erfuhr sie überhaupt erst im Alter von 14 Jahren durch die antideutschen Hänseleien ihrer Marburger Mitschüler. Die Eltern hatten die Abstammung tunlichst verschwiegen und ließen die kleine Veronika auch nur mit der slowenischen Sprache aufwachsen, um ihre Tochter vor Benachteiligungen zu schützen. Geholfen hat das aber nicht immer, erzählt Haring. So habe sie in der Schule „immer Partisanengedichte aufsagen müssen, während andere Schüler Zeilen über den Frühling und so weiter vortrugen“. Ihre Muttersprache erlernte sie erst im Erwachsenenalter als Verkäuferin in einer Grazer Spielwarenhandlung. Danach übernahm sie die Leitung der Auslandsabteilung einer großen Marburger Buchhandlung.



Kann den kulturellen und architektonischen Einfluss deutscher Geschichte nicht verleugnen: Rathausplatz der Stadt Marburg a.d. Drau, die ehemals zur österreichischen Untersteiermark gehört hat Bild: Martin Schmidt

Selbst der deutsche Botschafter hielt Rede auf Englisch

Die Deutschen im slowenischen Teil der Steiermark seien bis heute „nicht voll gesellschaftsfähig“ und hätten vielfach „noch immer Bekenntnisängste“, klagt Haring. Obwohl drei Viertel der Bevölkerung Marburgs mehr oder weniger Deutsch sprechen könnten und sich auch städtebaulich und in vielerlei anderer Hinsicht die tiefen deutschen Prägungen nicht leugnen ließen, „berichtet die Presse überhaupt nicht über die Aktivitäten der ‚Brücken‘“. Die deutsche Sprache wird zwar an den Schulen – nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen – ab der vierten Klasse als Wahlfach angeboten, andererseits hat die bundesdeutsche beziehungsweise österreichische auswärtige Kulturpolitik den einstigen Rang des Deutschen als lingua franca auch in dieser Südostecke Mitteleuropas gegenüber dem massiv vordringenden Englisch offenbar längst aufgegeben. Entsprechend kommt es zu fatalen Signalen wie der Rede des deutschen Botschafters in Laibach am letzten 3. Oktober, der seine Gedanken zum Nationalfeiertag in englischer Sprache ausführte. „Das hat mir weh getan!“, beklagt Veronika Haring diese Instinktlosigkeit des Diplomaten.



In geschichtspolitischer Hinsicht ist die Situation ähnlich unerfreulich. Nach Angaben Harings existieren in der unmittelbaren Umgebung Marburgs ungefähr 20000 Gräber deutscher Opfer des Zweiten Weltkrieges, die geborgen werden müssten und deren Biografien und historischen Hintergründe es objektiv darzustellen gelte. Doch die bis zu den letzten slowenischen Parlamentswahlen am 5. Dezember 2011 regierenden „sozialdemokratischen“ Postkommunisten hätten die überfällige Aufarbeitung total verweigert, während die seither wieder regierende bürgerliche Partei von Ministerpräsident Janez Jansa hierfür immerhin eine gewisse Offenheit zeige.

„Eigentlich können wir als deutsche Minderheit keinen Einfluss auf das Kulturhauptstadtjahr nehmen“, konstatiert Haring. Dennoch will man sich beteiligen, zum Beispiel mit Begleitveranstaltungen im Kasinosaal des Staatstheaters – einst traditioneller Treffpunkt der deutschen Einwohner Marburgs – zur offiziellen Ausstellung „Maribor und die Deutschen“. Persönlich bleibe sie ein „ewiger Optimist“ und hoffe auf ein Umdenken der slowenischen Mehrheitsgesellschaft. Immerhin wachse ihre eigene Tochter mit einer eindeutig deutschen Identität auf, sagt Veronika beim Abschied lächelnd.

Martin Schmidt

Kontakt: Kulturverein deutschsprachiger Frauen „Brücken“, Barvarska ul. 5, SI – 2000 Marburg [Maribor], E-Mail: kulturnomostovi@triera.net, Internet: www.drustvo-mostovi.si

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 19

Neumünster – Donnerstag, 14. Juni, 10.30 Uhr (Abfahrt), Bahnhof hinter dem Finanzamt: Jahresausflug der Gruppe nach Wesselburen. Rückkehr gegen 19 Uhr. Anmeldung und Informationen unter (04321) 82314. – **Bericht von der Monatsveranstaltung** – Zahlreiche Teilnehmer konnte die 1. Vorsitzende Brigitte Profé am 9. Mai zur monatlichen Veranstaltung begrüßen. Mit dem Gedicht „Mutter sein“ leitete sie zum bevorstehenden Muttertag den Nachmittag ein. Nach der Kaffeepause hielt Ute Eichler (Geschäftsführerin des Lötzener Heimatmuseums) ein Referat über Hermann Sudermann, sehr berühmt und fast vergessen, einen Überblick über Leben und Werk. Hermann Sudermann wurde am 30. September 1857 im memelländischen Matziken, Kreis Heydekrug, geboren. Mit großem Interesse verfolgten die Mitglieder den Vortrag. Mit dieser anschaulichen, ausführlichen und informativen Erzählung bewies sie, dass heute das Interesse an ostpreußischer Literatur nicht erloschen ist, sondern neugierig macht auf unsere Geistesgrößen. Hermann Sudermann bildet einen Höhepunkt der aus Ostpreußen kommenden Literatur. Binnen weniger Jahre war er zu einem führenden dramatischen Schriftsteller seiner Zeit geworden. Um einige Werke zu nennen: „Frau Sorge, Heimat, Johanisfeuer, Litauische Geschichten, Die Reise nach Tilsit“. Ute Eichler hat Sudermanns Leben, seine Jugend, Schulzeit, den weiteren Lebensweg und den Werdegang mit einigen Buchvorstellungen sehr spannend dargebracht. Immer war Hermann Sudermann mit seinen Dramen und Prosawerken mit der ostpreußischen Heimat verbunden. Er starb am 21. November 1928 in Berlin. Ein Denkmal für Hermann Sudermann steht in Heydekrug.

Schönwalde am Bungsberg – Donnerstag, 14. Juni, 14.30 Uhr, Jugendherberge: Ostpreußennachmittag.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Willkommen bei den Geordies

Vom hässlichen Gruben-Entlein Nordenglands zum schönen Kultur-Schwan: Ein Besuch in Newcastle an der Tyne



Über sieben Brücken von Newcastle musst du gehen, vier davon zeigt das Panorama: die Millennium-, die Tyne-, die Swing- sowie die Eisenbahnbrücke High Level Bridge (v. l. n. r.) Bild: Wikipedia/Hans Peter Schaefer

An ihrer Stelle stand einst eine der römischen Festungen entlang des Hadrianswalles. Ihre Kohlegruben wurden seit dem 13. Jahrhundert ausgebeutet. Die englische Redewendung „Carry Coals to Newcastle" zeugt noch von der Existenzgrundlage der nordenglischen Stadt. Der schwarze Ruß ist heute abgewaschen, die Stadt präsentiert sich frisch und sauber den Touristen.

Auf die Minute genau um 17.30 Uhr sticht die Fähre „Princess of Norway" im Hafen von Amsterdam in See mit dem Ziel Newcastle upon Tyne. Ein munteres Völkchen tummelt sich an Bord – Studenten, Schüler und Touristen aller Altersklassen aus Deutschland und Skandinavien, darunter Briten, die von einem ausgedehnten Wochenende in den Niederlanden nach Hause zurückkehren. Etwas erstaunt seien sie schon über den Zustrom vom „Kontinent", erklärt ein junger Mann in dem ausgeprägt breiten Akzent der „Geordies", wie der Volksmund die Bewohner von Tyneside im Nordosten Englands nennt. Newcastle sei zwar eine sehenswerte Stadt, das Klima jedoch gewöhnungsbedürftig. „Aber der Regen hält uns alle jung und frisch", fügt er in britischer Selbstironie hinzu.

Entgegen dieser düsteren Prophezeiung landet der Reisende am nächsten Morgen bei strahlendem Sonnenschein im Hafen von Newcastle-Gateshead. Ein azurblauer Himmel wölbt sich über der Stadt, dem ehemals schmutzigsten Kohlerevier Großbritanniens! Die Stadt ist heute blitzsauber. Das gelang, wie der Fremdenführer Alex stolz berichtet, bereits 20 Jahre, bevor das Ruhrgebiet saniert wurde. Gleich nachdem die Kohlegruben geschlossen waren, erhielt die Stadt ein aufwendiges „Facelifting". So verwandelte sich das einst hässliche Entlein innerhalb kurzer Zeit in einen makellos schönen Schwan. Die Fassaden der im georgianischen und viktorianischen Stil errichteten Gebäude wurden gründlich gereinigt und originalgetreu restauriert. Zudem wachen die Stadtväter akribisch darüber, dass kein Graffiti jene strahlende Pracht verunziert, die gar zu lange unter dem fettigen schwarzen Kohleruß verborgen gelegen hatte.

Newcastle upon Tyne, vor über 2000 Jahren von den Römern als Pons Aelius gegründet und später von Robert, dem ältesten Sohn von Wilhelm dem Eroberer, in Newcastle (Neue Burg) umgetauft, atmet Geschichte. Der unter Imperator Hadrian im 2. Jahrhundert v. Chr. begonnene Limes gleichen Namens ist noch überall sichtbar und teilweise in seiner Originalform erhalten. Er wurde in erster Linie als Schutzwall gegen die kriegerischen Pikten aus dem schottischen Hochland erbaut und zählt heute zu den größten touristischen Attraktionen der Region. 1987 wurde er zum Unesco-Weltkulturerbe erhoben. Auch die prächtige gotische Kathedrale aus dem 14. Jahrhundert, die imposante Guildhall und die nahe gelegenen Schlösser und Burgen sind Zeugen einer glorreichen Vergangenheit.

Wohl nirgendwo im Vereinigten Königreich verschmelzen Geschichte und Moderne so nahtlos zu einer unvergleichlichen Synthese wie hier. Wer am Fluss entlang schlendert, weiß nicht, welchem architektonischen Kunstwerk er zuerst seine Aufmerksamkeit schenken soll: dem wie das Innere einer Ohrmuschel vom Stararchitekten Lord Norman Foster geformten gigantischen ultramodernen Musik- und Konferenzzentrum, in dem selbst die Sitze klimatisiert sind, oder der kühn geschwungenen Gateshead Millennium Bridge, die an ein offenes Auge erinnert. Doch auch die gegen Ende des 19. Jahrhunderts erbaute Swing Bridge und die elegante Tyne Bridge aus dem Jahr 1928 sind echte Hingukker.

„Obgleich Newcastle mit knapp 200 000 Einwohnern eine relativ kleine Stadt ist, rangiert sie in puncto Kultur gleich hinter London", erklärt Alex. „Die Geordies sind eben Leute mit Ideen und Köpfen, die alles durchsetzen", fügt er stolz hinzu und erklärt auch gleich, warum die Menschen in Tyneside Geordies genannt werden. Während der Jakobiteraufstände Ende des 17., Anfang des 18. Jahrhunderts stellten sich die Bürger spontan auf die Seite des neuen protestantischen Königs George, was ihnen von den Anhängern des katholischen Königs Jakob den empörten Ausruf einbrachte: „Seid ihr noch zu retten, ihr blöden Geordies." Unerschütterliche Loyalität gehöre zu den prägendsten Eigenschaften der Menschen dieser Region, erzählt Alex.

Mehrere Theater gibt es in der Stadt, in denen regelmäßig die legendäre Royal Shakespeare Company gastiert, eine ehemalige Keksfabrik beherbergt heute eine Kunstgalerie vom Allerfeinsten, die inzwischen Weltruhm genießt. Bei der Aufzählung so vieler Superlative bleibt dem Gast schier die Luft weg. Auch Earl Grey – ehemaliger britischer Premierminister unter König William IV., nach welchem der Tee mit dem betörenden Bergamottearoma benannt wurde – stammt aus der Gegend. Sein 41 Meter hohes Monument wurde 1838 an der Gabelung Nelson Street/Market Street aufgestellt. Vor Jahren verlor der Earl während eines schweren Gewitters durch einen Blitzschlag seinen Kopf. „Ein Geordie ohne Kopf – undenkbar", sagten die Leute von Tyneside und setzten ihrem Altvorderen diesen unverzüglich wieder auf.

> Der berühmte Earl Grey, nach dem der mit Bergamotteöl aromatisierte Tee benannt ist, stammte aus der Gegend

Den größten Trumpf aber behält Alex bis zum Schluss im Ärmel. Der Tyne, einst der – Zitat – „versiffteste Fluss" im ganzen Königreich, ist jetzt so sauber, dass sich in ihm wieder Lachse und Forellen in ständig wachsenden Populationen wohlfühlen. Auch Delphine spielen gelegentlich am Bug der vor Anker liegenden Schiffe. Und manchmal verirrt sich sogar ein kleiner Wal aus der Nordsee in das Gewässer.

Kein Zweifel, Newcastle ist eine Stadt zum Staunen und Genießen. Denn auch an urigen Pubs und guten Restaurants herrscht kein Mangel. Eine angesagte Adresse ist das Blackfriars Café Bar B 4. Ein Ort, der das Mittelalter heraufbeschwört. 1239 diente der schöne Speisesaal den „Schwarzen Mönchen" noch als Refektorium. Heute werden hier würziges einheimisches Bier vom Fass und eine Reihe typisch britischer Spezialitäten angeboten, unter anderen Lammbraten mit Mintsoße und jede Menge leckerer Pies. In unmittelbarer Nähe lockt der Grainger Market, eine Einkaufsarkade der Sonderklasse. Dieses nostalgische Kleinod wurde bereits Mitte des 19. Jahrhundert von weitsichtigen Kaufleuten sehr modern gestaltet. Viele Eingänge sorgen für stetig frische Luft und machen eine Klimaanlage überflüssig. Die Mischung aus bunten Gemüse- und Fleischständen, flippigen Modeboutiquen und originellen Läden ist von unwiderstehlichem Charme.

Vor der Abreise winkt noch ein ungewöhnliches Stück Kunst. Der „Rostige Engel" – eine riesige Athletenskulptur aus rostrotem Metall mit weit ausgebreiteten Flügeln – blickt auf die Besucher herab. „Der Künstler wollte zu einer Zeit, als es Newcastle gar nicht gut ging, darauf hinweisen, dass wir auch noch da sind", sagt Alex. Das ist ihm gelungen. Denn heute ist die schöne Stadt am Tyne wieder in aller Munde. Auch ohne Kohle. *Uta Buhr*

Preußen per Pedales

Unterwegs im Oder-Spree-Gebiet – Zwei Räder, vier Tage, elf Adelssitze, 190 Kilometer, unzählbar: Kunst- und Naturgenuss

Wenn uns die Spätfrühlingssonne so richtig herzhaft ins Gesicht lacht, ist es Zeit, den Drahtesel loszubinden: mit einem feuchten Lappen gestriegelt, Proviant eingepackt, einen Klaps aufs Hinterteil und los ins Grüne! Ein Glücksfall für unternehmungslustige Preußen-Fans und Kultur-Genießer ist da die „Märkische Schlössertour": Wer jemals glaubte, dass Preußens Glanz und Gloria in der Provinz nur noch matt schimmern, ist nach 188 Kilometern durch die Felder und Wälder des Oderlandes eines Besseren belehrt.

Elf Sitze des preußischen Landadels säumen die Schlössertour, die sich wie eine Acht um Alt Madlitz legt, rund 80 Kilometer östlich von Berlin. Mit Müncheberg und Beeskow liegen dazu noch zwei historische Städtchen am Weg, die mit ihrer alten Stadtmauer, ihren Toren und Türmen sogar bis ins Mittelalter verweisen.

Das Gelände ist flach und die Route führt überwiegend über ausgebaute Radwege und nur zu einem geringen Teil über unbefestigte Wege und kleine Ortsverbindungsstraßen. Es bietet sich eine kulturelle Fülle, an der selbst der sportlichste Radler auf den vier Etappen der Tour nur schnuppern kann. Laden viele Orte doch zum Dableiben ein. Gleich das Gut Klostermühle Alt Madlitz, Ausgangs- und Endpunkt sowie Zwischenstopp, ist eine Überraschung: Mitten im Wald erstreckt sich am Ende des Madlitzer Sees eine Vier-Sterne-Hotelanlage, die in ihrer traumhaften Lage und ihrem exklusiven Landhausstil ihresgleichen sucht. Zu DDR-Zeiten gingen hier Stasi-Offiziere auf die Jagd. Das Terrain war Sperrgebiet. Heute ist jeder eingeladen, sich durch gute Küche und Wellness-Angebote verwöhnen zu lassen.



„Wald, Wasser, Sand, das ist des Märkers Land": Die Strecke der „Märkischen Schlössertour" führt überwiegend über modern ausgebaute Radwege. Zur besseren Planung ist sie gut in eine Nord- und eine Südroute teilbar. Bild: Archiv

Preußens Innenpolitik setzte auf einen starken Landadel, der nicht nur Mustergüter schuf, sondern seine Herrenhäuser oft auch in architektonische Kostbarkeiten verwandelte und mit großartigen Parkanlagen umgab. Zahlreiche Häuser sind inzwischen saniert und haben eine neue Nutzung gefunden. Steinhöfel, Neuhardenberg und Gusow sind heute Schlosshotels. Auch Schloss Wulkow, das für den Radwanderer auf den Spuren des preußischen Adels den passenden Rahmen für die Übernachtung auf der Nordroute bietet.

Auf Gusow begann Preußens Gloria mit Generalfeldmarschall Georg Freiherr von Derfflinger, der nach Ende des Dreißigjährigen Krieges die Tochter des Hauses heiratete und das Schloss kaufte. An den Hausherrn, der mit seinem Sieg in Fehrbellin Preußens Herrscher zum Großen Kurfürsten machte, erinnert mancher Hinweis im Inneren des Hauses genauso wie das üppige Epitaph in der kleinen Dorfkirche. Äußerlich hat Schloss Gusow Derfflingers Zeit allerdings weit hinter sich gelassen. Seit seinem letzten Umbau um 1870 besticht es als malerische Dreiflügelanlage im englischen Burgen- und Landhausstil.

In einer wohl einmaligen Mixtur führt das historische Museum im Erdgeschoss von der Urzeit bis zur „Wende". Dazwischen, im wahrsten Sinne des Wortes, verfolgen Zinnfiguren-Dioramen Preußens Geschichte bis zu Albrecht dem Bären, ab 1157 erster Markgraf von Brandenburg, zurück.

In eleganter Schlichtheit und reinem Weiß erstrahlt geordnet das Andenken an Karl August Fürst von Hardenberg. Zum Dank für seine Verdienste um den Staat hatte Friedrich Wilhelm III. dem Staatskanzler 1814 das Amt Quilitz geschenkt, das zu seinen Ehren ein Jahr darauf in Neu-Hardenberg umbenannt wurde und seit 1991 wieder Neuhardenberg heißt.

Dank Karl Friedrich Schinkel ist das ehemalige Anwesen des Regierungschefs ein Meisterwerk des Klassizismus samt der Kirche am Schlossplatz. Es war Hardenbergs Wille, in ihr seine letzte Ruhe zu finden. Sein Leichnam wurde im Mausoleum beigesetzt. Das Herz aber ruht bis heute im Altar des Gotteshauses. Der Fürst hatte es so verfügt. Eine sehenswerte Ausstellung im Kavaliershaus erinnert an das politische Engagement der Familie, neben dem Reformkanzler auch an Carl-Hans Graf von Hardenberg, Standesherr im Schloss seit 1921 und Beteiligter am Stauffenberg-Attentat vom 22. Juli 1944.

Fast eine Tagestour südlich von Neuhardenberg spiegelt sich mit berauschender Schönheit Schloss Steinhöfel in dem langgezogenen Fontänenbecken. Das mit der Zeit zum Märchenschloss ausgebaute Herrenhaus und sein gepflegter englischer Landschaftsgarten gehören zu den schönsten Adelssitzen der Mark. Jede Pause ist zu kurz, um diese Luxusvariante des Landlebens auf sich wirken zu lassen – und zu genießen. Der Eisbecher auf der Schlossterrasse kommt dazu gerade recht.

Die Schlossbauten der Südroute sind weniger spektakulär. Tagesziel ist Beeskow, das zum illustren Kreis von Brandenburgs 31 Städten mit historischem Stadtkern gehört. Unübersehbar prägt die Marienkirche den kleinen Ort am Westufer der Spree. Vom Markplatz, vorbei an den Resten der jahrhundertealten Burg, führen die letzten Meter der dritten Etappe zum Märkischen Gutshaus. Mit seinem großzügigen Garten ist das ruhige Drei-Sterne-Hotel für diesen Tag genau die richtige Adresse.

Die vierte Etappe ist mit rund 80 Kilometern der sportliche Abschluss der Tour. Der lange waldreiche Rückweg nach Alt Madlitz lässt die Eindrücke Revue passieren. Schon Theodor Fontane bemerkte: „Ich bin die Mark durchzogen und habe sie reicher gefunden, als ich zu hoffen gewagt hatte." *Helga Schnehagen*

Märchen missbraucht

Gebrüder Grimm als Medizin

Noch haben nicht einmal die Bayreuther Festspiele 2012 begonnen, trotzdem sorgt die für 2013, das 200. Geburtsjahr des Komponisten Richard Wagner, geplante Neuinszenierung des „Ring der Nibelungen“ von Frank Castorf bereits für Schlagzeilen. Er wolle den „Ring“ als „Reise hin zum Gold unserer Tage – zum Erdöl“ in Szene setzen, so der Regisseur. Ob das Bühnenbild nun den Berliner Alexanderplatz „als postmodernen Sozialismus“ zeigt oder einen Ölturm in Aserbaidschan, dazu gibt es sich widersprechende Meldungen. Fakt ist, dass beide Ideen viel Kritik erhielten.

Aber Wagner ist nicht der einzige große Künstler, dessen Hinterlassenschaft interpretiert und vom ursprünglichen Werk völlig entfremdet wird. Ein weiteres Beispiel für die absolute Überinterpretation und Überfrachtung historischer Werke bietet „Die Märchen-Apotheke – Grimms Märchen als Heilmittel für Kinderseelen“, herausgegeben von Stephanie zu Guttenberg sowie kommentiert von Silke Fischer und Bernd Philipp. Dabei weist die Frau des Ex-Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg in ihrem Vorwort ganz zu Recht darauf hin, was Kinder von Märchen alles lernen können. Nicht nur die Phantasie wird beflügelt, zumeist geht es auch um Freundschaft, innere Werte und die Kraft, sich nicht klaglos in sein Schicksal zu fügen. Sie spricht gar von der „glücklichen Überwindung von Widerständen“ und harten Strafen für Bösewichte „als Sinnbild für Gerechtigkeit“.

Doch all das ist den an der „Märchen-Apotheke“ Beteiligten nicht genug und sie versehen die ausgewählten Märchen jeweils mit einer ihrer Meinung nach in die heutige Zeit übertragene Konfliktsituation und einem „Beipackzettel“, der die erfolgreiche Anwendung des „Medikaments Märchen“ aufzeigt. So erfährt man beispielsweise vom dicken Ferdinand, der in der Schule von Klassenkameraden gemobbt wird. Das Märchen „Der Hase und der Igel“ sollte Kindern wie Ferdinand helfen, sich ihrer Situation bewusst zu werden. „Festigen Sie sein Selbstbewusstsein, indem Sie seine besondere Talente loben“, empfiehlt der „Beipackzettel“ den Eltern.

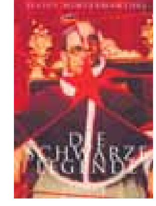
Auf die Problemstellung „Unser Kind fühlt sich in der neuen Patchworkfamilie nicht wohl“ wird dann „Aschenputtel“ vorgeschlagen. Bei „Aschenputtel“ ist der Prinz die Lösung und die Stiefmutter und Geschwister sind wirklich ziemlich böse, was also gewinnt ein Kind für positive Einsichten über die Stieffamilie bei „Aschenputtel“?

Märchen unnötig in Gegenwart verfrachtet

Ganz konstruiert ist der Fall „Unser Kind will nicht mehr zum Klavierunterricht und verschweigt uns, warum“. Wenn man weiß, dass Stephanie zu Guttenberg Präsidentin des Vereins „Innocence in danger“ ist, der sich um sexuell missbrauchte Kinder kümmert, dann ahnt man schon, in welche Richtung es geht: Nein, das Kind verweigert den Klavierunterricht nicht, weil es keinen Spaß hat, wie es öfter vorkommen soll, sondern weil der Klavierlehrer das Kind missbraucht. Für diesen doch eher seltenen, dafür aber sehr extremen Fall wird dann das Märchen „Allerleihrau“ als Medikament nahegelegt, was wiederum doch äußerst banal ist und den Märchensammlern Jacob und Wilhelm Grimm bestimmt niemals in den Sinn gekommen wäre.

Rebecca Bellano

***Stephanie zu Guttenberg (Hrsg.): „Die Märchen-Apotheke: Grimms Märchen als Heilmittel für Kinderseelen“**, Kösel, München 2011, gebunden, 240 Seiten, 19,99 Euro*



Gezielt gestreute Halbwahrheit

Wie Diktatoren Lügen installieren: Ließ der Papst Hitler wirklich gewähren?

In den letzten Jahren kamen so viele bundesdeutsche, linke Geschichtsmythen zu Fall, dass es Zeit ist, die Geschichte der Bundesrepublik neu zu schreiben, unter Berücksichtigung des Anteils der Staatssicherheit der DDR. Der Mörder von Benno Ohnesorg war ein Inoffizieller Mitarbeiter der Stasi, die Türöffner-Funktion der RAF-Terroristin Susanne Albrecht wird in den Stasiakten als „Einsatz“ beschrieben. Die Bundespräsidentenkandidatin der Partei „Die Linke“, Beate Klarsfeld, musste einräumen, Material in Ostberlin empfangen zu haben und für ihre berühmte Ohrfeige von der DDR-Führung prämiert worden zu sein. Die Liste ließe sich fortsetzen. Nun hat sich der Autor Julius Wintermanthel, nach eigenen Aussagen „seit rund vier Jahrzehnten auf unterschiedlichen Pfaden in der deutschen Kulturlandschaft unterwegs“, aufgemacht, in seinem Krimi-Debüt einer weiteren Legende zu Leibe zu rücken: der Legende vom Schweigen des Papstes zum Holocaust.

Wir erinnern uns: Anfang der 60er Jahre löste das Drama von Rolf Hochhuth „Der Stellvertreter“ weltweite Erschütterungen aus. Entscheidend für den Erfolg war die Berliner Erstaufführung der von Erwin Piscator erstellten und ins Werk gesetzten Bühnenfassung des Stücks. Es löste eine bis heute andauernde Debatte über die Rolle von Pius XII. während der Zeit des Nationalsozialismus aus.

Krimi und Bildungsroman zugleich

Wintermanthels Protagonist Andrian Friedhoven, ein Drehbuchautor auf dem absteigenden Ast, bekommt unerwartet den Auftrag seines Lebens: ein Drehbuch für die Verfilmung des Welterfolges zu erstellen. Statt sich unverzüglich an die Arbeit zu machen und das Stück für den Film umzuschreiben, beginnt Friedhoven zu recherchieren. Begleitet von seiner platonischen Freundin Margarethe Rabenschlag begibt er sich nach Rom, um in den Archiven des Vatikans Material für die Richtigkeit der These des Weltautors zu suchen, der im Krimi Flor Kapp heißt. Das sollte sich sehr bald als gefährlich herausstellen. Monsignore Ansbach, ein Professor für Kirchengeschichte im Vatikan, wird, kurz nachdem er seine deutschen Besucher verabschiedet hat, ermordet. Bald darauf wird auf das Domizil seiner Hausangestellten ein Brandanschlag verübt, dem Friedhoven und seine Freundin nur knapp entkommen. Auf ihren weiteren Wegen, über Zürich und Hamburg nach Israel gibt es noch mehr Tote in unmittelbarer Umgebung des Paares. Wer glaubt, eine der üblichen Hetzjagden serviert zu bekommen, wird positiv überrascht. Denn außer einem Krimi ist das Buch ein Bildungs- und Entwicklungsroman, in dem der Leser auf elegante Weise viel Neues erfährt. Zum Beispiel, dass „Der Fels“, wie das Drama im Buch heißt, in seiner Intention keineswegs neu oder singulär ist, sondern perfekt in die stalinsche Strategie passt, den Vatikan in die Nähe Hitlers zu rücken, die in Filmen und wissenschaftlichen Büchern propagiert wurde. So liest sich der Klappentext des Werkes des sowjetischen Historikers Scheinmann „Der Vatikan im Zweiten Weltkrieg“ wie ein Skript des Stückes über Pius XII. Scheinmanns „Antireligiöses Lehrbuch“ schaffte es 1940, in der Zeit des Hitler-Stalin-Paktes, übrigens in die Deutsche Staatsbibliothek.

Dennoch ist Wintermanthels Plot weit entfernt von allen Verschwörungstheorien. Im Gegenteil. Er macht auf unterhaltsame Weise klar, dass es die freiwillige Akzeptanz von Halbwahrheiten ist, mit denen die Propaganda totalitärer Diktaturen erfolgreich wird, die zur Verbreitung und Festigung von Geschichtslegenden beiträgt.

Am Ende des Buches werden alle Morde aufgeklärt, wenn auch auf überraschende Weise. Der Drehbuchautor bekommt zwar nicht den Filmauftrag, dafür darf er die Frau seines Herzens ehelichen. Es bleiben aber genug Fragen offen, die den Leser gespannt auf Teil zwei der „Schwarzen Legende“ warten lassen.

Vera Lengsfeld

***Julius Wintermanthel: „Die schwarze Legende“**, van Eck, Triesen 2012, borschiert, 272 Seiten, 19 Euro*



Gefährlicher Friedensaufruf

Roman über religiöse Schrift aus dem Jahr 431, die Autoritäten hinterfragt

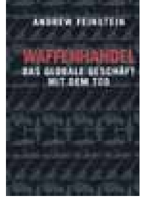
In die Welt der Spätantike und die Frühzeit der Kirche führt der tiefgründige Roman „Azazel“ des ägyptischen Autors Youssef Ziedan ein, der dafür 2009 mit dem internationalen Preis für arabische Literatur ausgezeichnet wurde. Geschrieben wurde der Roman von einem erstrangigen Kenner der Geschichte des Vorderen Orients: Ziedan ist Professor für Islamische Philosophie mit Schwerpunkt Sufismus und zugleich Direktor der Handschriftenabteilung der neuen Bibliothek von Alexandria. Mit einem Kunstgriff wird eingangs das Blickfeld für die Dimension hinter dem eigentlichen Inhalt eröffnet.

Im Vorwort bekundet ein fiktiver Übersetzer, von 1997 bis 2004 ein antikes Manuskript, bestehend aus 30 Pergamentrollen, aus dem Alt-Syrischen (Aramäischen) ins Arabische übertragen zu haben. Die gut erhaltene Handschrift aus dem Jahr 431 sei in den berühmten Ruinen nahe der syrischen Stadt Aleppo in Holzkisten gefunden worden. Es handele sich um die Lebensbeichte eines koptischen Mönchs namens Hypa. Dieser habe nach Vollendung der Niederschrift auf der Rückseite des letzten Pergaments notiert: „Ich werde diesen Schatz wieder vergraben, denn seine Zeit ist noch nicht gekommen!“ Und auch der namenlose Übersetzer verfügt, dass der Text erst nach seinem Tod veröffentlicht werden dürfe. Warum, fragt man sich, und man soll es auch. Die Antwort ergibt sich bei der Lektüre, die heute offenbar immer noch brisant ist wie im Jahr 431 zur Zeit des Konzils von Ephesos, nur auf andere Weise. Das Buch enthält eine Botschaft: Es ist als Plädoyer für religiöse Toleranz zu verstehen, was angesichts der Situation im Nahen Osten als Eintreten für ein friedliches Miteinander von Moslems und Christen zu werten ist. Auch werden gesellschaftliche Belange wie die Gleichbehandlung von Mann und Frau in ein positives Licht gestellt.

Neben der Geschichte des von Zweifeln geplagten Mönchs stehen die Glaubenszwistigkeiten innerhalb der Alten Kirche im Mittelpunkt. Die Alexandrinische und die Antiochianische Schule lehrten kontrovers über die Hypostase, die Dreifaltigkeit Gottes, und stritten daher auch um die Bezeichnung für die Jungfrau Maria. Der Verlag weist im Klappentext darauf hin, dass die Koptische Orthodoxe Kirche vergeblich ein Verbot des Buches forderte und muslimische Scheichs sich gegen den Autor in Stellung brachten. Die Erklärung für diese Abwehrhaltung liefert die „Neue Zürcher Zeitung“ in ihrer Rezension zu dem Buch: „Der Roman handelt vom Hinterfragen von Autoritäten, religiösen ebenso wie weltlichen.“

Dagmar Jestrzemski

***Youssef Ziedan: „Azazel“**, Luchterhand, München 2011, geb., 446 Seiten, 22,99 Euro*



Umstrittenes Geschäft, an dessen Ende der Tod steht

Der Handel mit Waffen muss zum Teil sein, doch geraten sie zu oft in die falschen Hände

Das weitgehend gut dokumentierte 847 Seiten umfassende Buch „Waffenhandel. Das globale Geschäft mit dem Tode“ von dem Südafrikaner Andrew Feldstein ist eine bedrückende Lektüre über die auf den Grau- und Schwarzmärkten der Schattenwelt des Waffenhandels handelnden Akteure auf allen Teilen des Globus und die bitteren Konsequenzen ihrer dunklen Geschäfte.

Feldstein ist realistisch genug, die Notwendigkeit des legalen Waffenhandels anzuerkennen. Die Forderung der UN – „responsibilty to protect“ (Die Verantwortung – Menschen – zu schützen) schließt den legalen Waffenbesitz und legalen Waffeneinsatz zum Schutz der Menschen auch gegen die eigene Regierung ein, wenn diese nicht willens oder nicht fähig ist, die eigene Bevölkerung zu schützen. Diese Pflicht war die entscheidende Legitimation für den Einsatz der Nato gegen Muammar Gaddafi.

Die Reduzierungen der meisten europäischen Verteidigungshaushalte und der Streitkräfte haben die nationalen Rüstungsindustrien unter starken Druck gesetzt. Von den Exporten in die Nato-Staaten können nationale Rüstungsindustrien nicht überleben. An deren Überleben sind die jeweiligen Regierungen jedoch aus Gründen der nationalen Sicherheit interessiert.

Durch die Reduzierungen sind die Rüstungsfirmen auf den Waffenexport angewiesen. Nach Ende des Kalten Krieges ist die Unterscheidung der potenziellen Empfängerstaaten in „gute“ und „böse“ noch schwieriger geworden, zumal sich die Bewertung über die Zeitachse durchaus ändern kann. Die Gefahr einer „Grauzone“ ist größer geworden.

Regierungen brauchen Rüstungsindustrie

Feldstein konzentriert sich im Wesentlichen auf den illegalen Waffenhandel, bei dem die Korruption eine große Rolle spielt, denn dieser illegale Waffenhandel bringt das große Geld: Dem Verkäufer und dem Käufer sowie den vermittelnden „Händlern des Todes“. Durch die Zunahme der sogenannten „failed states“ – Staaten, in denen der Staat die öffentliche Ordnung nicht aufrechterhalten kann – und durch die Zunahme von innerstaatlichen Konflikten und von nicht-staatlichen Akteuren in Krisen, Konflikten und Kriegen hat sich der illegale Waffenhandel ausgeweitet.

Waffen sind nicht a priori zu verdammen, weil sie auch in gerechten Kriegen eingesetzt werden, um Menschenleben zu schützen. Problematisch sind die Waffen, die die militärische Eskalation bestehender politischer und wirtschaftlicher Konflikte erst ermöglichen oder sie anheizen. Dies gilt im besonderen Maße für die grausamen Kriege in Afrika, wo Tyrannen und Diktatoren Teile der eigenen Bevölkerung – siehe Ruanda – und der „Feinde“ abschlachten. Bekannt ist der Fall Liberia, wo der Tyrann Charles Taylor seine „Kindersoldaten“ gegen die Bevölkerung im Nachbarland Sierra Leone einsetzte. Sein Lohn: unermesslicher Reichtum durch die sogenannten „Blutdiamanten“, die er von Sierra Leone als Gegenleistung bekam. Es ist immerhin ein Trost, dass Charles Taylor nach vielen Jahren 2012 vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag wegen der Beihilfe zu Kriegsverbrechen verurteilt wurde. Das gilt auch für den Russen Victor But, den prominentesten „Händler des Todes“, der 2012 von einem New Yorker Gericht wegen Waffenhandels und Verschwörung zu 25 Jahren Haft verurteilt wurde.

Die beiden bilden jedoch nur die Spitze des Eisberges. Immerhin müssen seit deren Verurteilung Massenmörder und die „Händler des Todes“ mit dem Risiko leben, eines Tages zur Rechenschaft gezogen zu werden. Leider wird das hunderte großer und kleiner Fische nicht davon abhalten, sich eine „goldene Nase“ verdienen zu wollen.

Feinstein ist realistisch genug, die Erfolgsaussichten des Kampfes gegen den illegalen Waffenhandel nicht zu überschätzen. Er sieht ein Licht am Horizont durch ein Vorhaben der UN, ein globales Waffenhandelsabkommen noch 2012 zu verabschieden. Allerdings stehen die UN nicht für besondere Durchschlagskraft und Nachhaltigkeit.

Schwer einzudämmen, da viele profitieren

Der Autor drückt auch sein Verständnis aus, dass der legale Waffenhandel nicht vor den Augen der Öffentlichkeit abläuft. Er versteht, dass geheime Absprachen und Verhandlungen über Waffenverkäufe und Waffenkäufe mit den damit in aller Regel verbundenen Kompensationsgeschäften vertraulich bleiben müssen. Wie sensitiv auch in Deutschland Waffenexporte bewertet werden, zeigen die heftigen politischen Reaktionen auf den Verkauf von 200 Kampfpanzern nach Saudi-Arabien, die Lieferung von U-Booten nach Israel und das Auffinden deutscher Waffen in Libyen. Für die Staaten und Rüstungsfirmen ist es schwer zu kontrollieren, bei wem die Waffen letztendlich landen.

Das Fazit ist ernüchternd: Staatliche, halbstaatliche und private Rüstungskonzerne werden zahlungskräftige staatliche, halbstaatliche und private Käufer – besonders Diktatoren und Tyrannen – in aller Welt finden, die skrupellos von dem Geflecht Waffenhandel, Drogen- und Menschenhandel sowie „Organisierte Kriminalität“ Gebrauch machen – auch gegen die eigene Bevölkerung. Es bleibt der bescheidene Ansatz, in westlichen Demokratien einen „Ehrenkodex“ für Waffenexporte zu erarbeiten, der mehr Moral und Transparenz verlangt.

Dieter Farwick

***Andrew Feinstein: „Waffenhandel. Das globale Geschäft mit dem Tod“**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2012, gebunden, 847 Seiten, 29,99 Euro*

MELDUNGEN

In Hotels nur noch arabisch

Riad – Dem Empfangspersonal in saudi-arabischen Hotels ist es künftig verboten, Fragen in englischer Sprache zu beantworten. Es soll laut Regierungserlass nur noch arabisch sprechen und auf arabische Anfragen reagieren. Auch sollen Terminplanungen künftig nur noch nach dem arabischen Kalender erlaubt sein. Der Kalender richtet sich nach den Mondphasen und beginnt im Jahre 622, als Mohammed in Medina einzog. *H.H.*

Olivenöl-Preis bricht ein

Rom – Der nächste Schlag für die gebeutelten Wirtschaften Südeuropas: Der Preis für Olivenöl ist im Vergleich zu 2005 auf die Hälfte eingebrochen. Der Absatz ging stark zurück. Die EU versucht, mit Subventionen gegenzuhalten. Besonders herb ist dies auch deshalb, weil viele Südeuropäer, vor allem Griechen, ihr Glück nach Arbeitsplatzverlust in der Stadt wieder in der Kleinlandwirtschaft suchen. Nun holt sie auch hier die Krise ein. *H.H.*

ZUR PERSON

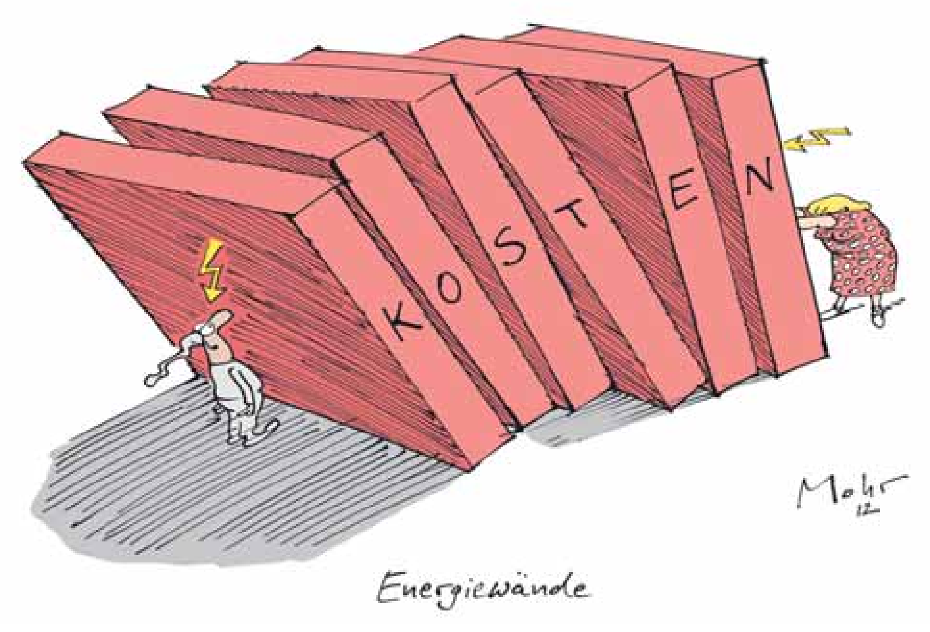
Es war der Butler Benedikts

Freunde nannten den Spion „Paoletto", er selbst gab sich den Decknamen „Maria", in Anspielung auf die tiefe Marienfrömmigkeit Benedikts XVI.: **Paolo Gabriele**, der Kammerdiener des deutschen Papstes, ist wegen Spionage gegen das Staatsoberhaupt angeklagt worden. Seit Jahresbeginn waren immer wieder geheime Dokumente über Korruption, Machenschaften und sogar ein angebliches Mordkomplott gegen den Pontifex an italienische Medien gelangt, zuletzt auch streng vertrauliche und private Korrespondenz des Papstes. Erst nach Abschluss der Vorermittlungen gab der Vatikan am Sonnabend vor Pfingsten bekannt, dass der 46-Jährige verhaftet wurde und in einer Zelle der vatikanischen Gendarmerie einsitzt.

Der Mann, der als einziger Laie zur Päpstlichen Familie gehörte – zu der neben den beiden Privatsekretären Georg Gänswein und Alfred Xuereb noch vier italienische Ordensschwestern zählen – hatte Zugang zu den Privatgemächern des Heiligen Vaters. Benedikt hatte den Hausangestellten noch von seinem Vorgänger auf dem Stuhl Petri, dem seligen Johannes Paul II., übernommen. Seit mindestens zehn Jahren soll Gabriele im Vatikan arbeiten, seit 2006 war er als Kammerdiener immer in seiner Nähe.



Da der Tatverdächtige mit Frau und drei Kindern im Vatikanstaat lebt, sei bisher ausschließlich die vatikanische Justiz mit dem Fall befasst. Er soll bereits über Hintermänner aussagen. Laut dem „Corriere della sera" soll ein italienischer Kardinal unter den Verdächtigen einer „Verschwörung" gegen den Deutschen auf dem Papstthron sein. Im April hatte Benedikt eine Untersuchung der „Vatileaks"-Affäre angeordnet. Erst letzte Woche musste der Präsident der Vatikan-Bank, Ettore Gotti Tedeschi, aufgrund schwerer Korruptionsvorwürfe seinen Posten räumen. *CR*



Zeichnung: Mohr

Schäubles Bandwurm

Warum wir bald Steuern für nichts bezahlen, wie wir endlich unsere Industrie loswerden, und wie ein Traum gieriger Despoten wahr wird / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Da hilft kein Leugnen mehr: Unsere berühmten Autobahnen, überhaupt die deutschen Straßen verrotten. Auch unsere Brücken bröckeln bedenklich, bald werden sie die ersten sperren müssen. Es muss etwas passieren.

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer sieht das genau und stöhnt: Ich will ja was tun, aber ich habe kein Geld! Der auch nicht? Neulich haben wir uns schon darüber gewundert, wie das zusammenpasst: Nie hat der deutsche Staat so viel Kohle eingenommen, war die Steuer- und Abgabenbelastung der Deutschen so hoch wie heute, und doch reicht es immer noch nicht.

Dieser Staat muss an einem Bandwurm leiden, der Arme. Wie opulent man ihn auch füttert, sein krankhafter Hunger geht nicht weg. Im Gegenteil: Er quält ihn so sehr, dass er langsam den Verstand verliert und an den absurdesten Stellen nach Nahrung sucht.

Jüngstes Beispiel ist die Kfz-Haftpflicht. Da hat man ja die Möglichkeit, seine Kosten zu verringern, wenn man bereit ist, per „Selbstbehalt" einen Teil des Risikos selbst zu tragen. Indes, weniger Versicherung bedeutet auch: weniger Versicherungssteuer. Das ärgert das Haus Schäuble. Daher soll der Autofahrer nun auch auf das Geld, das er im Schadensfalle selber berappen muss, Steuern zahlen. So die neueste Idee aus dem Finanzministerium.

Ursprünglich wollte der Finanzminister gar das weniger an die Versicherung gezahlte Geld als „fiktive Prämie" besteuern. Also ohne dass es überhaupt zur Zahlung per Selbstbehalt im Schadensfalle kommt: Steuern auf gar nichts.

Das irre Modell ließe sich auf alle Lebensbereiche ausweiten. Nehmen wir an, der Normaldeutsche kauft pro Woche sieben Frühstückseier, auf die er selbstverständlich Mehrwertsteuer entrichtet. Andere Deutsche kaufen keine Eier (weil sie sie nicht mögen) oder nur zwei oder drei. Nach der Logik der „fiktiven Prämie" müsste man den Weniger-als-sieben-Eier-Deutschen ebenfalls die Mehrwertsteuer für die nicht gekauften Eier in Rechnung stellen als Steuer für „fiktiven Eier-Kauf".

Sagenhaft: Steuern für Sachen, die man zwar gar nicht in Anspruch genommen hat, die man aber in Anspruch hätte nehmen können. Am Ende könnte Wolfgang Schäuble bei Arbeitslosen Einkommensteuer auf das „fiktive Gehalt" erheben oder Branntweinsteuer auf gar nichts einfordern. Denn nur weil der Kunde auf den Schnaps verzichtet wie der andere auf einen Teil seiner Kfz-Versicherung, heißt das für Schäubles Spezialisten noch lange nicht, ihm dafür nichts abzuknöpfen.

Steuern für nichts. Aus der Sicht des bandwurmkranken Staates die perfekte Lösung. Oder aber die wirre Vision eines durchgeknallten Fiskus im Fieberwahn. Das jedenfalls fanden Versicherer und Industriekunden, die nicht glauben wollten, was da in Berlin gefasst wurde und heftig protestierten. Also mussten die Steuern auf nichts zurückgenommen werden, weshalb es nun erst mal beim konkreten Selbstbehalt bleiben soll. Ulkig genug.

> Was die Energiewende nicht schafft, das richten wir per Frauenquote hin

Ob Peter Ramsauer was von dem Geld für seine Straßen abkriegt? Kaum, das geht alles an den Bandwurm. Daher will Ramsauer endlich Maut von den Pkw-Fahrern. Das Geld werde er alles getreulich für die Straßen ausgeben, beteuert der Bayer. Wir glauben ihm auch, dass er das vorhat. Doch nach aller Erfahrung wird sich Schäubles Bandwurm durchsetzen.

Der ist (und isst und isst) nämlich überall. Wie kann sonst das hier sein: Wir drücken massig an Steuern ab, um den öffentlichen Apparat am Laufen zu halten. Sobald wir aber auch nur das Geringste wollen von einem Amt, dann heißt es: Gebühren! Über Steuern und Gebühren stopfen wir es unserem Staat buchstäblich vorne und hinten rein.

Immerhin packt er mit dem Geld bisweilen richtig große Sachen an, die unser Leben wirklich verändern. Mit der Energiewende sind in den vergangenen Jahren zig Milliarden bewegt worden von den Taschen der Stromkunden zu den ... so genau wollen wir's gar nicht wissen.

Auf jeden Fall ist das Ergebnis derart großformatig geraten, dass es der Bundesregierung vollkommen zu entgleiten scheint. „Chefsache" ist die Energiewende ab jetzt, hat das Bundeskanzleramt verkündet. „Chefsache" bedeutet: Bei der Auswahl der zuständigen Personen hat die Kanzlerin so gründlich danebengegriffen, dass es nun lichterloh brennt und sie selber löschen muss, weil ihre Pappenheimer das nicht mehr gebacken kriegen.

Die deutsche Industrie stöhnt, dass sich Produktion bei uns bald nicht mehr lohnen könnte, weil die „gewendete" Energie immer teurer werde. Na also: Das „grüne" Deutschland, in dem die einzige „Industrie" aus Betreuungs-, Verwaltungs- und Verwaltungsbetreuungs-Industrie besteht, rückt näher. Das ist ohnehin viel sauberer. Damit nicht genug: Auch dem staubigen Baugewerbe rücken sie zu Leibe. In Nordrhein-Westfalen kriegen Baubetriebe nur noch dann öffentliche Aufträge, wenn sie die Frauenquote erfüllen.

Wer also nicht genügend Maurerinnen, Gerüstbauerinnen und Eisenbiegerinnen aufweisen kann, hat verloren. Es geht um Aufträge über 75 Milliarden jährlich. Außerdem sind rigide Öko- und Sozialauflagen zu erfüllen. Für die Überwachung will die erneuerte rot-grüne Koalition eigens eine neue Behörde schaffen, womit dem besagten Bandwurm ein weiterer Tentakel wächst.

Da soll einer sagen, unsere Politiker stritten immer nur, statt endlich mal was ins Laufen zu bringen. Das Gegenteil ist wahr: Sie ziehen feste an einem Strang, wenn es darum geht, die Bürger mit Steuern für nichts auszuwringen, um das Geld in eine Verwaltung zu stecken, deren Zweck darin besteht, die Wirtschaft zu strangulieren. Da greift nicht nur eins ins andere, das Programm ist auch absolut zukunftsfähig. Denn wenn die Wirtschaft erfolgreich erwürgt ist, kann man den Leuten kaum noch wirklichen Mehrwert besteuern. Da greifen dann Schäubles Steuern für nichts.

Zudem ist das Programm ein Zeichen europäischer Verantwortung. Wir haben gelernt, dass es quälende Ungleichgewichte in Europa gibt, weil die deutsche Wirtschaft so effektiv, die Infrastruktur so gut und die Menschen hier so motiviert seien. Dieser Missstand sei mitverantwortlich dafür, dass Griechen, Spanier oder Italiener nicht mehr hinterherkämen, was die europäische Einheit gefährde.

Wie es scheint, sind wir auf gutem Wege, das Problem bei der Wurzel zu packen. Die Stärke der Wirtschaft kriegen wir auf oben genannte Weise bestimmt weg, Straßen und Stromtrassen sind ein Trauerspiel, das Schienennetz dramatisch ausgedünnt, und was der bundesrepublikanische Steuerwahn von der Motivation der Deutschen übrig lässt, können wir uns ausrechnen. Irgendwann raffen sie, dass es gar keinen Zweck hat: Egal wie sie sich anstrengen, um ihre Einkünfte zu verbessern – Papa Staat findet immer eine Möglichkeit, ihnen alles wieder abzuknöpfen.

Und zwar nicht nur, was Gehälter oder „fiktive" Kosten angeht, sondern auch die Ersparnisse: Der Bund zahlt für zweijährige Anleihen null Prozent Zinsen. Kaufen müssen die Anleihen unter anderem Lebens- und Rentenversicherer, bei denen das Geld der Deutschen liegt und ebenfalls so verzinst werden wird. Nach Abzug der Inflationsrate schwinden die Privatvermögen so ganz allmählich dahin, damit Wolfgang Schäuble seinen Bandwurm billig mästen kann.

Um seine Aufgabe gründlich zu erfüllen, benötigt der Staat allerdings auch die notwendigen Kontrollinstrumente. Die schwedische Regierung arbeitet deshalb an der Abschaffung des Bargelds. Wenn erst nur noch mit Karte bezahlt werden kann, hat der Staat den totalen Überblick und kann per Kartensperre sogar das ganze Volk über Nacht enteignen. Der älteste Traum aller gierigen Despoten würde endlich wahr.

MEINUNGEN

*Im amerikanischen **„Time"-Magazin** (28. Mai) fordert US-Kommentator **Fareed Zakaria**, den **Deutschen** für ihr Engagement in Europa endlich **zu danken** („Time to say Danke"), anstatt sie dafür auch noch zu beschimpfen:*

„Berücksichtigen wir, dass Deutschland gefragt wird, das Geld seiner Steuerzahler – in einer Demokratie – zu nehmen, um Griechenlands Schulden zu bezahlen, das selbst schuld ist an seinem Missmanagement, geringer Wettbewerbsfähigkeit und Finanzbetrug. Und Deutschland hat Ja gesagt! Im Gegenzug werden die Deutschen in griechischen Zeitungen als Nazis bezeichnet."

***Thilo Sarrazin wundert sich** im „Focus" (26. Mai) über die **Empörung**, die sein neues Buch in der politischen Elite auslöst:*

„Für jeden bayerischen Bürgermeister gilt laut Gemeindeverfassung, dass er die Interessen der Kommune ... konsequent vertritt. Die Bundesregierung ist auch gewählt worden, damit sie nach außen deutsche Interessen vertritt. Dies von einer Regierung einzufordern, halte ich nicht für antieuropäisch."

*Der **US-Ökonom Melvyn Krauss** kritisiert in der „Financial Times Deutschland" **Europas Gewerkschaften**:*

„Die Gewerkschaften denken einzig an den Schutz älterer Mitarbeiter. Deshalb kann man sich nicht darauf verlassen, dass die ‚alte Gewerkschaftslinke' das Problem der hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa löst. Sie mag nicht an dem sakrosankten sozialen Schutz rühren, selbst wenn dieser eindeutig exzessiv ist und asoziale Nebeneffekte hat."

Über Unerträglichkeiten

Thilo hat, von Trotz getrieben,
noch ein böses Buch geschrieben,
und im weiteren Verlauf
kam's, wie unschwer zu vermuten,
denn jetzt gießen alle Guten
wieder ihre Jauche drauf.

Irgendein dressierter
Pudel
kläfft im Frankfurt-Rundschau-
Rudel
„widerlich" als Kommentar,
und Trittin, der kühne Recke
in der grünen Tugendecke,
spricht von „unerträglich" gar!

Unerträglich? Ich könnt' schwören,
das war über Grass zu hören,
jüngst erst im Ranicki-Reich –
richtig, weil er ja die Besagte
an Tabus zu rühren wagte –
ohnehin nur kuschelweich.

Und er ist in Folgewochen
obendrein zurückgekrochen,
wie die andern alle auch,
die bewährten Bundeslügen
letzten Endes doch sich fügen,
streng nach Ewigbüßer-Brauch.

Weiters zeigt er nun dem Lande,
wie er mit „Europas Schande"
fromm geläutert neu erblüht:
Sagt Europa und meint bieder
bloß die Ewigzahler wieder,
wenn er Hölderlin bemüht!

Gar dann aus antiken Zeiten
heute Rechte abzuleiten,
nützt wohl mehr noch dem
System –
aber Gründe zu erkennen,
sowas ein Gedicht zu nennen,
damit hab' ich ein
Problem ...

Pannonicus